

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

47 (11.2.1906) Badischer Landtag. 22. öffentliche Sitzung der Zweiten  
Kammer

## Beilage zur Karlsruher Zeitung № 47.

Karlsruhe, 11. Februar 1906.

### Badischer Landtag.

#### 22. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag, den 9. Februar 1906.

Vormittagsitzung.

##### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung;
2. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Bechtold und Genossen, die neuen Reichsteuervorlagen betr. — Drucksache Nr. 24 — (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Frhr. v. Dusch, Minister des Innern Dr. Schenk, Geh. Rat Dr. Reinhard, Präsident des Großh. Ministeriums der Finanzen Geh. Rat Becker, Präsident des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. v. Marshall und Geh. Oberfinanzrat Dr. Nicolai.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 23 Min.

Es wird folgender Einlauf verlesen:

Eingabe des geschäftsleitenden Ausschusses des Verbands der mittleren Städte Badens mit Abschrift des an die Großh. Regierung erstatteten Gutachtens in Betreff des den Ständen vorliegenden Entwurfs eines Vermögenssteuergesetzes.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Eingabe der Steuerkommission überwiesen.

Zur Tagesordnung erhält sodann zunächst das Wort:

Abg. Kolb (Soz.): Ich möchte zunächst mit einigen Worten auf die Reichsfinanzreform eingehen bzw. auf die Antwort, die die Großh. Regierung auf unsere diesbezügliche Interpellation hier abgegeben hat. Es war vorauszu sehen, daß die Großh. Regierung dieser Finanzreform zustimmen wird. Damit hat sie aber nicht im Interesse der großen Mehrheit des badischen Volkes gehandelt. Die dort gemachten Vorschläge sind derart, daß wir uns unter keinen Umständen zufrieden geben können, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil diejenigen Versprechungen, die man bei der Beratung des Zolltarifs in bezug auf die Berücksichtigung der minderbemittelten Bevölkerung gemacht hat, nicht gehalten wurden. Auch diese neuen Steuern sind zum größten Teil derart, daß die großen Massen der Bevölkerung in erster Reihe dar-

unter leiden müssen. Nur in einer Beziehung, in der geplanten Erbschaftsteuer, kann man einen Fortschritt erblicken. Sie macht allerdings den Eindruck, als sei sie nur zum Schein mit hereingenommen worden; denn das, was sie einbringen soll, ist so außerordentlich wenig, daß wohl kaum damit der Anfang zu direkten Reichsteuern gemacht werden soll. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Schuldenwirtschaft im Reich überhaupt nicht aufhören wird, solange nicht diese direkten Reichsteuern eingeführt werden, solange es den Regierungen nicht möglich ist, die Lasten der steigenden Militär- und Marineausgaben auf die sog. tragfähigeren Schultern abzuwälzen. Und von dem Augenblick an, wo diese begüterten Schichten zu den Lasten herangezogen werden, wo sie selbst die Folgen der Schuldenwirtschaft verspüren, wird im Reichstag zweifellos ganz anders gegen die Heeres- und Marinevorlagen aufgetreten werden, als dies heute der Fall ist. Es wird eingewendet, es sei überhaupt nicht möglich, direkte Reichsteuern einzuführen, und zwar deshalb nicht, weil man die Teilung der Steuergewalt nicht durchführen könne. Mit der Erbschaftsteuer ist aber ja bereits eine solche Teilung der Steuergewalt vorgenommen. Wir haben in Baden die Erbschaftsteuer und bekommen noch eine Reichserbschaftsteuer. Ich meine, was hier die Reichsregierung durchführen kann, kann sie auch in bezug auf alle anderen direkten Steuern durchführen. Man will jedoch in dieser Beziehung keine Reformen durchführen, vielleicht aus dem Grunde nicht, weil man fürchtet, daß die oberen Zehntausend eine Revision ihrer monarchischen Gesinnung vornehmen würden, wenn sie einmal gründlich zu den Lasten der heutigen Wirtschaft im Reiche herangezogen würden! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist davon gesprochen worden, daß diese Ausgaben, die wir heute machen, absolut notwendig seien. Wir sind anderer Meinung. Wir halten das heutige Militärsystem für ein außerordentlich bedenkliches, schon insofern, als wir, wenn so weiter gemacht wird, zweifellos einmal an dem Punkt ankommen werden, daß wir entweder abzurufen oder aber den Krieg erklären müssen; unmöglich können die Völker auf die Dauer derartige Lasten tragen und wichtige Kulturaufgaben vernachlässigen, nur um diesem Betrüßten nachzukommen. Direkte Reichseinkommens- und Vermögenssteuern wären zweifellos ein sehr gutes Erziehungsmittel gegen diese Betrüßerei, aber auch gegen Bevilligungen, die auf anderen Gebieten in sehr reichem Maße gemacht werden. Ich erinnere nur an die Kolonialpolitik und alle diese Dinge,

23. Sitzung siehe Seite 317.

die uns eine ungeheure Summe Geld kosten, ohne daß dabei für das deutsche Volk etwas besonderes herauskommt.

Meine Freunde werden im Reichstag gegen die Finanzreformvorlage stimmen; hoffentlich fällt diese Vorlage, die doch nichts weiter ist, als Flickwerk. Jedenfalls werden die Einnahmen, die dabei hereinkommen, durchaus nicht ausreichen, um die steigenden Ausgaben zu decken, die wir in den nächsten Jahren zu gewärtigen haben; die Schuldenwirtschaft wird dadurch allerdings in gar keiner Weise beeinflusst werden, im Gegenteil, es werden neue Schulden gemacht werden.

Nun gehe ich zu unseren badischen finanziellen Verhältnissen über. Der Herr Abg. Fröhlich hat gestern sehr eingehend Kritik an unserem Staatsvoranschlag geübt, und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Schwarzmalerei durchaus ungerechtfertigt ist. Was der Herr Finanzminister dann dem Herrn Abg. Fröhlich erwidert hat, war außerordentlich schwach, jedenfalls durchaus nicht geeignet, das, was der Herr Abg. Fröhlich an beweiskräftigem Material vorgebracht hat, irgendwie zu entkräften. Es ist etwas ganz anderes, ob ein Privatmann eine solche Sparpolitik treibt, wie wir sie treiben, oder ob sie der Staat treibt. Der Privatmann macht das zu seinem Privatvergnügen, und wenn ein Geizhals geizig ist, so schädigt er damit niemanden als sich selbst. Aber wenn ein Staat am falschen Ende spart, wenn er falsche Finanzpolitik treibt, so schädigt er dadurch volkswirtschaftliche Interessen, vor allem aber auch Kulturinteressen. Und daß am falschen Ende gespart wurde, daß wir nicht in den letzten Jahren die richtige Finanzpolitik getrieben haben, dafür sprechen doch wohl am deutlichsten die vielen Petitionen, die jetzt an den Landtag gekommen sind, und vor allen Dingen die Verwahrlosung der Volksschule. Wir sind ja gewöhnt, daß vom Regierungstische aus über Vorschläge, wie sie der Herr Abg. Fröhlich gemacht hat, mit mitleidigem Lächeln hinweggegangen wird; man ist dort der Meinung, niemand verstehe etwas, als die Fachmänner. Durch deren Weisheit lasse ich mir aber durchaus nicht imponieren. Wir haben Beispiele, daß Dinge für unrichtig und geradezu für verrückt betrachtet wurden, die man später für selbstverständlich gehalten hat. Ich habe einige Reminiscenzen, wie man früher über die Eisenbahn gedacht hat. Wenn man dies heute liest, mutet es uns lächerlich an, aber früher wurde es für sehr ernst gehalten; es waren vielfach Weisheitsprüche vom Regierungstische. Ein Oberbergerrat erklärte z. B., der Betrieb durch Lokomotiven sei unmöglich, man müsse rechtzeitig für Pferde sorgen; der König Ernst August von Hannover sagte: ich will keine Eisenbahn haben, es soll nicht jeder Schuster und Schneider so schnell reisen wie ich; ein früherer bayerischer Staatsminister meinte: wenn England sich mit den Eisenbahnen ruinieren will, sei es seine Sache, für uns läge keine Veranlassung vor, das nachzuahmen!

Unser Budget wird nach einem ganz bestimmten Schema aufgestellt, nach dem Schema F, das für die Bureaucratie maßgebend ist. Dieses Schema stimmt jedoch nicht mit der Wirklichkeit überein. Vor allen Dingen werden bei der Aufstellung des Budgets viel zu wenig volkswirtschaftliche Grundsätze berücksichtigt. Der Herr Minister hat gestern davon gesprochen, daß man nicht jede Ausgabe bewilligen könne, die seitens der Volksvertretung verlangt werde, daß man keine Schulden machen dürfe, höchstens für werbende Kapitalien. Unter werbenden Kapitalien kann man aber sehr verschiedenes verstehen. Unser Finanzminister versteht darunter nur solche Anlagen, die so viel abwerfen, daß die Zinsen und Amortisationen bestritten werden können. Die Städte stehen auf einem andern Standpunkte und sagen: werbende Kapitalien

sind z. B. auch die Ausgaben, die wir für die Kanalisation und für die Schule machen. Es sind das Dinge, die unmittelbar der Stadt nichts einbringen; aber volkswirtschaftlich wird der Grundsatz anerkannt, daß die Ausgaben für die Volksschule werbende Kapitalien darstellen. Wenn der Staat Ausgaben für solche Zwecke macht, so kann man nicht sagen, daß er eine unrationelle Finanzpolitik betreibt. Der verstorbene Herr Finanzminister Buchenberger scheint mir anderer Ansicht gewesen zu sein als der jetzige Finanzminister; nach dem, was Herr Buchenberger in dem Jubiläumsbuch geschrieben hat, scheint mir festzustehen, daß er die Volksschule sehr hoch geschätzt und die Ausgaben für dieselbe als im Interesse des wirtschaftlichen Wohlstandes liegend erklärt hat. Der wirtschaftliche Wohlstand eines Volkes beruht eben in erster Linie auf dem allgemeinen Wissen des Volkes. Daraus hätte man die Konsequenz ziehen sollen und hätte früher mit der Verbesserung der Volksschule anfangen sollen und nicht bis zum Jahre 1906 damit warten. Was hier verlangt wird, ist überdies völlig unzulänglich. Die Volksbildung spielt heute eine große Rolle, namentlich wegen der Konkurrenzfähigkeit der verschiedenen Nationen. Man vergesse nicht, daß die Mitschuld an der Notlage der Landwirtschaft zu einem erheblichen Teil der geistige Rückstand der landwirtschaftlichen Bevölkerung trägt. Ganz anders liegen die Verhältnisse in Dänemark: Bei uns kommt man mit dem Zollerzoll der Landwirtschaft zu Hilfe, aber der nützt der Landwirtschaft nichts; in Dänemark dagegen bekommt die Landwirtschaft keinen Pflanzenerzoll, und sie ist die einzige in Europa, die sich in blühendem Zustande befindet; dort steht der Bauernstand auf einer viel höheren geistigen Stufe; dort hat man nicht gespart mit Ausgaben für die Bildung des Volkes. Das Defizit in unserer Kultur ist viel schlimmer als das Defizit in unserem Staatshaushalt. Letzteres kann man von einem Jahr auf das andere decken; das Kulturdefizit in unserer Volksschule aber, das wir heute haben, bedarf zu seiner Beseitigung ein ganzes Menschenalter.

Diese falsche Sparpolitik kommt nicht bloß im allgemeinen Staatshaushalt, sondern auch in dem ausgeschiedenen Staatshaushalt der Eisenbahnen zum Ausdruck. Wenn irgendwo bewiesen werden kann, daß falsch gespart wurde, so gilt das für unsere Eisenbahnen. Wir müssen jetzt große Summen hineinstecken, um die bei dem sich steigenden Verkehr notwendigen Dinge zu schaffen. Woher kommt es nun, daß wir in ein paar Jahren vielleicht hunderte von Millionen hineinstecken müssen, um die Eisenbahnen in gutem Zustande zu erhalten? Weil frühere Finanzminister eine Sparpolitik an falscher Stelle übten und meinten, man sollte ja keine Schulden machen und nur sparen. Als später ein Mann an die Spitze des Eisenbahnwesens kam, der vom volkswirtschaftlichen Standpunkt das Versäumte zu beurteilen in der Lage war, mußte an allen Ecken und Enden mit Reform eingegriffen werden. Der Herr Abg. Gieseler hat bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, wie opulent die Ausgaben namentlich für die Bahnhöfe großer Städte seien. Ich bin der Meinung, man sollte da nicht sparen, und bei dieser Gelegenheit es vermeiden, den Gegensatz zwischen Stadt und Land herauszufahren. Bei der Eisenbahn gibt es kein Gegensatz zwischen Stadt und Land. An der Eisenbahn hat ein jeder Interesse, auch wenn er nicht mit der Eisenbahn in Verührung kommt und im ganzen Jahre nicht fährt; jedem kommt der Vorteil der Eisenbahn zugute, selbst wenn er im hintersten Winkel des Odenwaldes wohnt. Der Herr Abg. Gieseler hat vorgeschlagen, man möge 10 bis 15 Millionen dafür verwenden, um die Verkehrswünsche der zurückgebliebenen Gegenden zu befriedigen; damit wäre außerordentlich gutes zu leisten, jedenfalls würde bis zu einem gewissen Teile der Entvö-

zung entgegengearbeitet. Damit bin ich durchaus einverstanden. Wenn er sagt, daß der Entvölkerung dadurch entgegengearbeitet wird, daß die Bevölkerung wirtschaftlich gehoben wird, daß die Steuerquellen des Staates gehoben werden, dann darf er eben nicht sparen, wenn es gilt, den Verkehr auszudehnen und zu erweitern. Aber leider wird diese Konsequenz häufig nicht angewandt.

Daß die Finanzpolitik der Städte hier in einer Weise beurteilt wurde, die jedenfalls bei den Städteverwaltungen nicht gerade Freude hervorruft, hätte ich nicht für möglich gehalten. Ich glaube, die Städteverwaltungen treiben eine viel bessere Finanzpolitik als der Staat, und wenn der Herr Staatsminister darauf hingewiesen hat, daß z. B. Karlsruhe 31 Prozent seiner Einnahmen allein für Schuldentilgung und Zinszahlung verwenden muß, ja was soll denn damit bewiesen sein? Damit ist noch gar nichts bewiesen. Ich bin der Überzeugung, daß wenn Karlsruhe und Mannheim die gleiche Finanzpolitik befolgt hätten, wie unsere Minister, dann wären die Umlagen noch viel höher, als sie heute sind. Denn die Städte haben ihre Steuerkraft durch diese Politik vermehrt; sie sind heute in der Lage, mit verhältnismäßig kleinen Umlagefuß großartige Aufgaben zu erfüllen, an deren Erfüllung der Staat nicht denken kann, weil er die Mittel nicht dazu hat, weil er eine vollständig falsche Finanzpolitik betreibt. (Sehr richtig!)

Vergleichen Sie einmal unsere städtischen Schulen mit den Schulen des Staates; wie Tag und Nacht ist das Verhältnis! Die Städte haben dafür gesorgt, daß die Volks- und Mittelschulen in jeder Weise in geordnetem Zustand sind, während wir in Baden Zustände erlebt haben, die man in einem liberalen Kulturstaat einfach nicht für möglich halten sollte. Wir haben erleben müssen, daß Gemeinden nach Karlsruhe um einen Lehrer telegraphiert haben und nicht einmal Antwort bekommen haben. In diesen Zuständen ist nur diese allerweltweise Finanzpolitik schuld, über die hier ein solches Loblied gesungen wird.

Die Städte haben auch in bezug auf die Bezahlung der Beamten und Arbeiter und die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben viel mehr geleistet, als der badische Staat. Heute sind wir in der Stadt so weit, daß die städtischen Arbeiter nach einer gewissen Reihe von Jahren die Beamteneigenschaft erhalten. Wenn wir an den Staat mit derartigen Forderungen kommen würden, würde der Herr Finanzminister uns schwarz auf weiß ausrechnen, daß noch nicht in 20 Jahren daran zu denken sei, im Staate das gleiche einzuführen, weil das ungeheure Ausgaben verursachen würde.

Der Herr Finanzminister hat die sogenannte Schuldenwirtschaft sehr verurteilt und uns eine Rechnung aufgestellt, über die ich im höchsten Grade erstaunt war. Ich habe mir gesagt, wie ist es möglich, daß ein Finanzminister vor einer Volksvertretung, wo doch keine Sextaner sitzen, eine derartige Rechnung aufmachen kann? Er hat sich von einem Geheimrat ausrechnen lassen, was wir an Schuldentilgung und Zinsen bezahlen müßten, wenn wir alljährlich 2 Millionen Schulden aufnehmen würden, und ist zu dem Resultat gekommen, daß wir in 40 Jahren nahezu 3 Millionen an Schuldentilgung und Zinsen bezahlen müßten. Was hat er damit bezwecken wollen? Hat er uns Angst machen wollen? Nun, so ängstlich sind wir nicht. Er hat ganz vergessen, hinzuzusetzen, daß wir auch 80 Millionen bares Geld bekommen haben, die jedenfalls nicht zum Fenster hinausgeworfen worden sind.

Nun will ich selbstverständlich nicht der Schuldenwirtschaft das Wort reden. Ich halte es auch für einen sehr idealen Zustand, wenn man ohne Schulden auskommt, aber dann muß man eben auch in bezug auf die Steuern die Konsequenzen ziehen. Dann darf man beispielsweise bei der Progression, bei der direkten Steuer, nicht da auf-

hören, wo sie eigentlich erst anfängt, etwas einzubringen, dann muß man eine Steuerpolitik betreiben, bei der die Schöpfung der oberen Zehntausend zu Lasten der unteren Klassen aufhört, eine wirklich und wahrhaft gerechte Steuerpolitik.

Warum nehmen denn unsere verbündeten Regierungen den Standpunkt, den sie hier in den Einzellandtagen verteidigen, nicht auch im Reichstag ein? Wenn es sich um überseeische Kolonisation handelt, wird das Geld zu hunderten von Millionen bewilligt, obwohl man im voraus weiß, daß man auf absehbare Zeit nichts davon hat. Man sagt da nämlich: erst muß man etwas hineinlegen, dann erst kann man etwas daraus ziehen. Wenn wir aber hier kommen und Summen verlangen zur Förderung der Kultur, da verschwindet auf einmal dieses Prinzip. Hier im Vaterlande wird eine andere Finanzpolitik getrieben, in einem Kulturlande, wo jenes Prinzip ungleich mehr Vorteil bringen würde, als in den überseeischen Kolonien, die ich für keinen Schuß Pulver wert halte. (Seiterkeit.)

Daß der Staatsvoranschlag der wirklichen Lage nicht entspricht, dafür möchte ich einige Beweise anführen. Der Herr Kollege Fröhlich hat in keiner Weise übertrieben. Vor einigen Jahren (ich gehörte damals selbstverständlich dem Hause noch nicht an) wurde hier in einer Weise über unsere schlechte Finanzlage gemurmelt, daß man glauben konnte, wir kämen bis über die Ohren in die Schuldenwirtschaft hinein. Nun sind wir über diese Unglücksjahre hinweggekommen, und was war das Resultat? In dem aller schlechtesten Finanzjahre haben wir im ordentlichen Etat immer noch einen Ueberschuß von 1,5 Millionen gehabt. Für die Budgetjahre 1901/02 war im Budget ein Defizit von 14,8 Millionen vorgesehen, die teilweise aus den Mitteln des umlaufenden Betriebsfonds, teilweise aus der Amortisationskasse gedeckt werden sollten. Im ordentlichen Budget 1902/03 waren Mehrausgaben von 1,5 Millionen vorgesehen, und da zeigen uns die vergleichenden Darstellungen der Budgetsätze, daß im ordentlichen Budget nicht Mehrausgaben von 1,5 Millionen, sondern Mehreinnahmen von 4,3 Millionen zu verzeichnen waren, also ein Unterschied von nahezu 6 Millionen, und von diesen 14 Millionen Defizit blieben also nur noch 7 Millionen, die aus Mitteln des umlaufenden Betriebsfonds gedeckt werden mußten. Der Herr Budgetpräsident schüttelt den Kopf! Ja, nichts wäre schöner, als wenn wir immer in fetten Jahren lebten, wenn wir jedes Jahr 15, 16 oder 17 Millionen Ueberschüsse machen würden. Aber solche Zeiten gibt es nicht immer, die fetten und die mageren Jahre wechseln gegenseitig ab. Aber deshalb braucht man noch nicht dieses Geheul anzustimmen, als ob wir, wer weiß wie, in Schulden kämen. Das bestreitet ja gar niemand, daß es gut ist, wenn man Reserven ansammelt; aber man soll in dieser Beziehung nicht allzu weit gehen und die großen wichtigen Kulturaufgaben vernachlässigen. Die Volksschule ist auch eine Reserve, wenn sie nur richtig eingerichtet ist, und zwar eine sehr reiche Reserve für den Staat.

Und dann, wie ist es denn mit den Restkrediten? Da sagt man immer, diese seien keine versteckten Reserven. Die Restkredite sind zu zwei Dritteln versteckte Reserven. Da werden fortgesetzt in jedem Jahre 10 oder doch mindestens 8 Millionen Restkredite übernommen und jedesmal lesen wir in den Nachweisungen, daß in dem günstigsten Falle drei oder vier, allerhöchstens fünf Millionen zur Verwendung gekommen sind. Auch im jetzigen Budget sind zehn Millionen übernommen, obwohl man wissen muß, daß diese zehn Millionen in den nächsten zwei Jahren nicht verausgabt werden, so wenig wie sie früher ausgegeben worden sind; sie belasten nur das Budget. (Zuruf vom Abg. Hergt.)

Das Budget von 1904/1905 weist ganz genau dieselben Zustände auf. Vor zwei Jahren erklärte der Herr Finanzminister in seinem Exposé, daß in „diesen Jahren“ — das wären also die letzten zwei Jahre — „der umlaufende Betriebsfond vollständig bis auf den eisernen Bestand aufgezehrt werden würde, und daß für den außerordentlichen Etat in den nächsten Jahren jedwede Deckungsmittel fehlen“ und es war ein Defizit vorgeesehen von nicht weniger als fünfzehn Millionen. Nun haben wir noch nicht die vergleichende Darstellung über die Jahre 1904/05; aber das, was uns der Herr Finanzminister in seinem Exposé und gestern in seiner Rede mitgeteilt hat, das genügt voll und ganz, um hier sagen zu dürfen: auch mit diesem Budget von 1904/05 sieht es genau so wie mit denjenigen für die früheren Jahre: nicht nur, daß der umlaufende Betriebsfond nicht auf seinen eisernen Bestand reduziert wurde, sondern daß er heute 4,4 Millionen Mark budgetmäßig beträgt, daß von dem vorgeesehenen Defizit in Höhe von 15 Mill. Mark außerdem gar keine Rede ist. Der Herr Finanzminister hat gestern ausdrücklich erklärt, daß die Ueberschüsse, die erzielt wurden, dazu verwendet worden seien, um die Ausgaben des außerordentlichen Etats zu bestreiten, mit andern Worten, daß das Defizit einfach verschwunden ist: dasselbe Defizit, mit dem man heute vor zwei Jahren uns Angst zu machen suchte, es beruht auf denselben Argumenten, mit denen man uns jetzt wieder begreiflich zu machen sucht, daß eine „gespannte Finanzlage“ vorhanden sei.

Der Herr Finanzminister hat dann weiter darauf hingewiesen, daß wir allerdings gegenwärtig in einem Zeitraum leben, wo die Einnahmen stark im Wachstum begriffen sind; aber, hat er hinzugefügt, die Einnahmen wachsen nur um 3,6 Proz., die Ausgaben aber sind um über 6 Proz. gewachsen. Natürlich, wenn man das, was im Budget steht, für wahr nimmt, dann glaube ich schon, daß die Rechnung so ausfallen wird, bekanntermaßen aber fällt sie eben anders aus, als es das Budget darstellt. Außerdem glaube ich aber auch einfach nicht ohne weiteres daran, daß die Ausgaben in einem viel schnelleren Tempo steigen, wie die Einnahmen. Ich glaube im Gegenteil, daß wir jetzt wieder in den Jahren sind, wo wir Ueberschüsse machen können, wo wieder Reserven zurückgelegt werden können, ohne an allen Ecken und Enden sparen zu müssen.

Davon ist nie die Rede, daß wir in den letzten Jahrzehnten uns kolossale Vermögenswerte geschaffen haben, Vermögenswerte, die vorhanden sind, die aber natürlich im Budget nicht in die Erscheinung treten; denn sobald sie einmal bezahlt sind und sie sind bezahlt, verschwinden sie im Budget. Wir haben in dieser Beziehung Ungeheures geleistet, und zwar aus lausenden Mitteln, ohne einen Pfennig Staatsschulden zu machen, und nur in der aller schlimmsten Zeit haben wir dazu kommen müssen, einen Teil unserer Reserven aufzehren zu müssen. Und das in einer Zeit wirtschaftlichen Niedergangs, wie wir sie lange Jahre vorher nicht gehabt haben.

Ich glaube also, eine Ursache zu derartigen Klagen, wie man sie hier im Landtag ständig hört, ist nicht vorhanden; im Gegenteil die Volksvertretung hätte allen Grund, diesem Gejammer mit vollster Entschiedenheit entgegenzutreten und der Zukunft mit voller Hoffnung entgegenzusehen.

Genau so steht es mit unseren Eisenbahnen. Da wird fortwährend geklagt über die Eisenbahnschuld. Der Herr Abg. Frühauß hat mit Recht erwähnt, daß die Eisenbahnschuld förmlich zum schwarzen Mann aufgepöppelt worden sei. Wenn es keine schlimmeren Schulden gäbe, als die unserer Eisenbahn, könnten wir zufrieden sein; und wenn jeder Geschäftsmann so gestellt wäre, wie unsere Eisenbahnverwaltung, dann wäre er wohl zufrieden. Aber in unserer Eisenbahnbureaukratie sind eben keine Ge-

schaftsleute, wie überhaupt in unserer Bureaukratie nicht, und deshalb kommt man nicht zu einer richtigen Beurteilung dieser Dinge. Es wird ganz vergessen, daß der Vermögenswert unserer Eisenbahn in einem viel größeren, viel rascheren Tempo gewachsen ist als unsere Schulden, und daß wir noch über 100 Millionen aus lausenden Mitteln der Eisenbahn genommen haben, um damit Ausgaben zu bestreiten, die eigentlich von Rechtswegen, vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus, aus Anlehensmitteln hätten bestritten werden sollen.

Trotzdem aber heißt die Eisenbahn ein „Schmerzkind“! Die Eisenbahn ein Schmerzkind! eine Einrichtung ohne die wir als Kulturvolk nicht mehr leben könnten! Ich glaube jede Aktiengesellschaft wäre froh, wenn sie dem Staat dieses so guttrentierende Schmerzkind abnehmen könnte.

Und wie sieht es denn eigentlich mit diesem Schmerzkind aus? Unsere Eisenbahnschuld hat in den letzten Jahren rentiert zwischen 3,71 und 7,49 Proz., die Durchschnittsrente in den letzten Jahren war 5,9 Proz. Ist das wirklich eine so niedrige Rente, daß man Ursache hätte zu klagen? Stellen Sie sich einmal vor, man würde denselben Standpunkt in bezug auf die Schulen, hinsichtlich unserer Landstraßen und anderer Einrichtungen einnehmen, in die wir doch viele Hunderttausende hineinstecken müssen, ohne daß wir einen Pfennig Einnahmen daraus ziehen! Dort stellen wir uns doch auch auf den Standpunkt der Volkswirtschaft, wir sagen: das muß der Staat machen, ohne das kommt der Staat nicht aus! Ja, kommt denn der Staat ohne Eisenbahnen aus? Wo bleibt denn die Berechnung der indirekten Rente, die der Staat aus der Eisenbahn zieht? Die darf er doch nicht vollständig außer acht lassen. Es ist ja etwas ganz Anderes, wenn der Staat Besitzer der Eisenbahn ist, als wenn irgend eine Aktiengesellschaft die Eisenbahn im Besitz hat; die Aktiengesellschaft muß natürlich mit der direkten Rente rechnen — und wenn diese Rente nicht der durchschnittlichen Rente aus dem Kapital, das die Gesellschaft hineingesteckt hat in die Eisenbahnen, entspricht, dann ist der Aktionär unzufrieden — und mit Recht! Aber der Staat zieht doch nicht bloß die direkte Rente — sondern er zieht auch die indirekte Rente: Die Steuerquellen des Staates sind immer da am stärksten, wo der Verkehr am lebhaftesten ist. Daraus muß man aber als Staatsmann auch die Konsequenzen ziehen; man darf sich nicht einseitig auf den bürokratisch fiskalischen Standpunkt stellen.

Dann werden auch unsere Eisenbahnen wahrhaftig nicht rationell betrieben. Da sollte wirklich einmal ein Fachmann an die Spitze unserer Eisenbahnen kommen; der könnte Reformen durchführen, Reformen, die dem Volke einen Nutzen bringen würden, den wir uns heute gar nicht vorstellen können. Der Zustand, wie heute in unserer Eisenbahn gewirtschaftet wird, wie da ohne Rücksicht darauf, ob Zuschüsse geleistet werden müssen oder nicht, fortgeworfen wird, kann auf die Dauer nicht bestehen. Ich erinnere nur an die Beibehaltung der 1. Klasse. Alle Welt ist sich klar, daß diese Klasse ganz unrentabel ist und nur von einer ganz bestimmten kleinen Anzahl von Leuten, die auf Kosten anderer Leute reisen, benutzt wird; solche Zustände werden beibehalten, da hört man nicht, daß gepart werden kann, ungeheuer gepart werden kann. Im Gegenteil, man möchte lieber noch ein paar Klassen dazu machen. (Abg. Frühauß: Sehr richtig!) (Heiterkeit).

Das Grundübel unserer Staatsverwaltung erblicke ich in dem verkümmerten bürokratischen System, in der Vorkherrschaft des Juristenelements, in der Tatsache, daß der Kaufmann und der Techniker in der Staatsverwaltung nicht genügend berücksichtigt werden. Daß der Kaufmann,

der sonst überall, wo es sich um eine Wirtschaft handelt, an der Spitze steht, auch in der Staats- oder Kommunalverwaltung an geeignete Stellen gestellt wird, davon ist keine Rede. Halten Sie es nicht für notwendig, in der Generaldirektion einen Kaufmann zu haben? Das Budget der Generaldirektion würde dann anders aussehen. Genau so ist es in den technischen Abteilungen. Wir leben im Zeitalter der Technik. Was für eine Rolle spielt aber der Techniker in der Staatsverwaltung? Das fünfte Rad am Wagen. Überall sitzt der Jurist vorn dran und der Techniker ist höchstens Beirat. Im praktischen Leben dagegen ist es umgekehrt; da sitzt der Techniker und der Kaufmann an der Spitze und der Jurist ist der Beirat, wie sich das auch gehört.

Im Staatsexamen sollte darauf Rücksicht genommen werden, daß unsern künftigen Beamten die nötigen volkswirtschaftlichen Kenntnisse nicht fehlen. Die Kenntnisse, die sie heute aus dem Repetitorium des Dr. Quaritsch mit ins Leben hineinnehmen, reichen nicht aus. Heute braucht nicht bloß der Techniker und der Kaufmann volkswirtschaftliche Kenntnisse, heute braucht sie auch der Jurist, jeder Staatsbeamte überhaupt. Deshalb sollte schon im Staatsexamen mehr Gewicht darauf gelegt werden. Die Folgen dieses Mangels zeigen sich in der Staatsverwaltung.

Wenn man die Techniker nicht in der Weise berücksichtigt, wie sich das gehört, dann wird sich der Mangel an wirklich guten Technikern immer fühlbarer machen. Es wurde im Laufe der Debatte wiederholt darauf hingewiesen, daß wir in vielen technischen Ressorts Mangel an Technikern haben. Wir haben aber nicht nur einen quantitativen Mangel, wir haben — das muß offen gesagt werden — in der Staatsverwaltung auch einen qualitativen Mangel, namentlich im Bahnbau. Das ist kein Wunder; es fällt doch natürlich keinem tüchtigen Techniker ein, im Staatsdienst mit 2000 M. anzufangen und nach so und so viel Jahren auf 5000 M. hinaufzukommen und sich noch von Vorgesetzten schubriegeln zu lassen. Da geht er lieber in die Privatindustrie, wo er mit 25 und 26 Jahren schon so viel bekommt und unter Umständen mehr, als er im Staatsdienst je erhalten könnte.

Nun komme ich zur Politik. Schon während des Wahlkampfes und auch hier während der Debatte ist zum Ausdruck gekommen, daß hier (zum Zentrum) ein großes Nebel sitzt und dort (zu den Liberalen) ein großes Nebel sitzt. Die Herren halten sich gegenseitig für das größte Nebel. Daran ziehen wir die Folgerung, daß wir das kleinste Nebel sind, und hoffen, daß die Wähler draußen denselben Schluß ziehen. Sie werden dann in Ihrer Presse nicht mehr behaupten, wir seien die schlimmsten, und es könnte ein guter Staatsbürger einem Sozialdemokraten seine Stimme nicht geben.

Das Zentrum hat sich außerordentlich entrüstet über das Stichwahlbündnis, das zwischen dem Block und der Sozialdemokratie abgeschlossen worden ist. Ich bin der Meinung, daß bei dieser Entrüstung eine gute Portion Aerger über die ganz unerwartete Enttäuschung zum Ausdruck gekommen ist. Das Zentrum hat zwar damit gerechnet, daß da und dort Sozialdemokraten dem Block kandidaten die Stimme geben werden und umgekehrt. Daß aber ein völliges Bündnis abgeschlossen und mit solchem Erfolg durchgeführt würde, das hat sich selbst Herr Wacker nicht träumen lassen. Und weil das so gekommen ist, weil die Zentrumspolitik ein so großes Loch bekommen hat, weil in der Stichwahl auch nicht ein einziges Mandat zu haben war, deshalb diese ständigen Vorwürfe, als hätten die Nationalliberalen damit einen wunderlichen Verbrechen begangen! Die Nationalliberalen hätten aber politischen Selbstmord verübt, wenn

sie es nicht getan hätten, niemand hätte einen größeren Schaden gehabt als sie selbst. Aber Sie (zum Zentrum) hätten sich ins Fäustchen gelacht, denn Sie hätten den Nutzen gehabt. Da, wo der Nationalliberalismus nicht zu derselben Taktik kommt, wie in Baden, sinkt er zum Handlanger der Reaktion herab, wie das in Preußen der Fall ist. Von positivem liberalen Arbeiten kann dort keine Rede mehr sein. Sie vom Zentrum haben gar keine Ursache, sich zu entrüsten. In Baden haben Sie zwar nie Kompromisse abgeschlossen mit uns, sondern immer nur nach dem Heineschen Vers gehandelt: „Blamier mich nicht, mein liebes Kind, und grüß mich nicht unter den Linden“. Aber im übrigen waren Sie sehr geneigt, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen; ich erinnere mich gut, wie wir im Jahr 1897 im katholischen Kasino uns versammelt hatten, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleute, und von dort im geschlossenen Zug zum Rathaus gezogen sind, um dort nicht etwa einen Zentrumskandidaten zu wählen, sondern zwei Sozialdemokraten und einen Demokraten! (Heiterkeit.) Lassen Sie also diese Anschuldigungen und stellen Sie sich nicht hin als die einzigen Verfechter wirklich staatsstreuer Gesinnung. Das zieht heute nicht mehr. Wie wenig die Wähler gewillt gewesen wären, diejenige Politik zu befolgen, die Sie und die Regierung ihnen zumuten wollten, das zeigte der Ausfall der Stichwahl. Der hat alle überrascht. Man hat gewußt, daß im Volk eine liberale Strömung vorhanden ist; aber daß mit solcher Einmütigkeit und Geschlossenheit die Parole befolgt wurde, darüber war Alles überrascht, selbst die Führer, die doch wahrhaftig in solchen Sachen erfahren sind. Die Situation der Liberalen ist keine solche, daß sie sich auf Experimente einlassen könnten, wie sie die Regierung wieder empfohlen hat. In dem Augenblick, wo der Liberalismus dem Rade der Regierung folgen würde, könnte er auch in Baden sich begraben lassen. Wenn Sie (zu den Liberalen) mit den Herren hier (zum Zentrum) Bündnisse abschließen, sind diese immer der gewinnende Teil und Sie der verlierende Teil. Der Liberalismus hat noch niemals etwas gewonnen, wenn er mit dem Zentrum sich eingelassen hat, das beweist ja die Geschichte des Liberalismus. Es ist der Fehler des Liberalismus, daß er immer nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe folgend, seine liberalen Prinzipien hervorkehrt. Sie (zu den Liberalen) haben dem Zentrum vorgearbeitet bis zu diesem Augenblicke, wo Sie gesehen haben, daß Sie hier eine Schwentung machen müssen, wenn es nicht noch schlimmer werden sollte. Die Wähler machen diese wahrhaft liberale Politik wohl mit, wenn nur die Führer mitmachen. Das haben wir bei den letzten Wahlkämpfen gesehen. Da hat immer nur der Redner den größten Beifall gefunden, der am entschiedensten liberale und demokratische Prinzipien vertreten hat und nicht die anderen. Für den badischen Liberalismus gibt es, wie die Dinge heute liegen, ein „zurück“ auf diesem Gebiete nicht mehr. Die Regierung kommt ja allerdings und sagt, ihr müßt nach wie vor eine gemäßigte liberale Politik treiben. Ich bin mir nicht ganz klar darüber, was das für ein Ding ist, diese gemäßigte liberale Politik. Mit dem gemäßigten Liberalismus kommt man in der heutigen Zeit nicht weiter, wo einem die Reaktion im Nacken sitzt, da muß man entschieden liberal werden; und kann der deutsche Liberalismus sich dazu nicht aufschwingen, dann ist er verloren, wenn er auch noch so sehr seine gemäßigte liberale Politik betont. Die Regierung sagt: ja nicht zu weit. Aber was soll das heißen? Mit wem will die Regierung denn Politik treiben? Etwa mit den Bauernabwählern? etwa mit den Konservativen oder mit dem Zentrum? Das muß eine schöne liberale Politik sein, die man mit dem Zentrum

machen kann. (Heiterkeit.) Die Liberalen haben alle Ursache auf dem Wege weiter zu marschieren, den sie jetzt eingeschlagen haben, und ich möchte wünschen, daß ein noch etwas schnelleres Tempo eingeschlagen wird.

Der Pakt, den wir am 28. Oktober abgeschlossen haben, ist vollkommen umsonst gewesen, wenn Sie nicht in Bezug auf politische Forderungen hier einen entschieden liberalen Standpunkt vertreten. Nur eine Frage will ich herausgreifen, die Frage der Reform der Gemeinde- und Städteordnung. Wenn Sie (zu den Liberalen) da nicht einlenken, wenn Sie da dem Zentrum den Vorrang lassen, dann können Sie sich begraben lassen. (Lachen im Zentrum.) Sie müssen sich eben auf den Standpunkt stellen, daß Sie in Deutschland heute mit einem Proletariat zu rechnen haben, das an Zahl mit jedem Tage größer wird, dessen politischer und moralischer Intellekt im Wachsen begriffen ist, und dieses verlangt die Rechte, die es braucht, um den Einfluß in Stadt und Gemeinde auszuüben, und wenn Sie ihm diese Rechte vorenthalten, dann muß eben das Proletariat ebenso entschieden den Kampf gegen Sie führen, wie es anderen reaktionären Elementen die Spitze bietet. Den Vorteil in diesem Kampfe hat aber die Reaktion, und die Folge davon wird sein, daß der Liberalismus dann zu Grunde geht. Wenn Sie nicht rechtzeitig einlenken, so werden Sie auch den Einfluß noch verlieren, den Sie jetzt noch in den Städten haben. Der Einwand, daß man dieses Experiment mit den Vertretern der Sozialdemokratie in der Gemeinde nicht machen könne, weil wir einseitige Klassenpolitik vertreten, ist vollständig hinfällig. Von Ihrer (zu den Liberalen) Seite ist schon mehr wie einmal betont worden, daß gerade wir in der Gemeinde in allen, ob es Wirtschaftspragen oder rein kulturelle Fragen sind, die zuverlässigsten Vertreter sind. Wir haben noch niemals einen Widerstand geleistet, wenn es sich um Fragen des Fortschrittes gehandelt hat, im Gegenteil.

Die Gefahr des Zentrums, von der so viel die Rede war, ist ganz zweifellos vorhanden, aber sie liegt nicht auf jenen Gebieten, wo sie die sogenannte anti-ultramontane Vereinigung sucht. Der Herr Abg. Zehnter hat uns gestern eine Menge von Zitaten vorgelesen, aus welchen er beweisen wollte, daß das Zentrum keine mittelalterlichen Zustände herbeiführen will. Ich halte den politisch für ein Kind, der daran glaubt, daß das Zentrum das will. Das wollen die Herren vom Zentrum ja schon deshalb nicht, weil sie es nicht können. (Heiterkeit.) Aber etwas anderes ist es, wenn der Herr Abg. Zehnter damit den Beweis bringen wollte, daß das Zentrum moderne Partei ist, aber damit kann er gar nichts beweisen. Die Gefahr, die Sie repräsentieren, liegt nicht etwa in der Herbeiführung mittelalterlicher Zustände, sie liegt negativ in dem, was Sie an Entwicklung zu verhindern bestrebt sind und bei Ihrem heutigen Einfluß auch verhindern. Das ist das gefährliche, und dieser Einfluß muß in Deutschland gebrochen werden. Aus dieser Situation muß der Liberalismus die Konsequenzen ziehen, er muß dem Zentrum mutvoll und unerschrocken entgegentreten; wenn er das nicht tut, dann ist er verloren. Wir haben keinen Schaden davon. Der Schaden trifft nur den Liberalismus selbst, wir kommen dabei am besten weg, denn alle ehrlich liberalen Elemente werden sich dann der Sozialdemokratie zuwenden. Glauben Sie denn (zu den Liberalen), das deutsche Volk läßt sich auf die Dauer eine Wirtschaftspolitik ausdrängen, wie sie jetzt befolgt wird? Das Volk läßt sich auf die Dauer nicht in der Weise drangsalieren, wie das heute seitens der Agrarier geschieht. Das ist ganz unmöglich, schon deshalb, weil wir uns in einer Vorwärtswirtschaft zum Industriestaat befinden, und weil es dagegen kein Rezept gibt. Deutschland kann bei dieser Politik nicht bleiben, und je länger

der Liberalismus nach der Richtung hin Konzessionen macht, desto weniger werden wir im Stande sein, die Politik zu befolgen, die notwendigerweise befolgt werden muß.

Die Herren vom Zentrum gehen hier sehr viel mit ihrer christlichen Weltanschauung hausieren. Alle Augenblicke hört man, „wir stehen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, wir verlangen, daß Politik nach dieser getrieben wird“. Ja, was heißt denn das eigentlich? Darunter kann man sehr viel und noch einiges andere verstehen. Sie (zum Zentrum) haben eine christliche Weltanschauung, die Leute vom evangelischen Bunde haben eine christliche Weltanschauung, sogar die Kulturkämpfer haben eine, und wir Sozialdemokraten haben auch eine christliche Weltanschauung bis zu einem gewissen Grade. Es handelt sich darum, welche Weltanschauung soll denn nun eigentlich maßgebend sein? Sie meinen wahrscheinlich Ihre Weltanschauung, wir sind natürlich anderer Meinung und insoweit kann die christliche Weltanschauung für die Politik nicht maßgebend sein. Ihre Weltanschauung darf keine ausschlaggebende Rolle spielen, weil sie im Widerspruch steht mit den Grundsätzen unsres Staates. Wir haben garantiert die Glaubens- und Gewissensfreiheit, und kein Staatsbürger darf nach der Verfassung wegen seines Glaubens, wegen seiner religiösen oder wegen seiner politischen Überzeugung irgendwie benachteiligt werden. Ihr Standpunkt, den Sie hier vertreten, der steht in direktem Widerspruch mit diesen Grundsätzen des heutigen Staates, und deshalb kann und wird er niemals durchgeführt werden.

Das Zentrum hat überhaupt eine sehr dehnbare christliche Weltanschauung. Mit der christlichen Weltanschauung des Zentrums kann man sich allem und jedem anpassen. Diese christliche Weltanschauung erlaubt es, die Republik und die Monarchie, den Absolutismus sowie den Parlamentarismus für eine göttliche Einrichtung zu erklären, und ich habe die Überzeugung, wenn einmal der sozialistische Staat sich etabliert haben wird und die Herren nicht anders können, als sich einzufügen, dann werden sie auch die sozialistische Gesellschaft für eine göttliche Ordnung erklären. (Heiterkeit.) Dann werden Sie sagen: Das habt Ihr uns zu verdanken, das ist der Sieg des Evangeliums. (Heiterkeit.) Das Zentrum bringt es mit seiner christlichen Weltanschauung fertig, für alle möglichen Wahlrechte einzutreten, bei uns in Baden sich als den Hort des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts auszuspielen, drüben in Württemberg alle möglichen Mittel in Anwendung zu bringen, um die Einführung des direkten Wahlrechts zu hintertreiben, in Preußen nicht einen Finger zu rühren, um dort das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht einzuführen; (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und dabei sind die Herren doch alle in einer Partei und haben angeblich dieselben Prinzipien.

Und so wie in Bezug auf das Wahlrecht, ist es auch in Bezug auf die Schule. Sie sind ja sehr schlau, das muß man ja sagen (Heiterkeit), aber doch nicht so schlau, daß wir darauf hereinsfallen (Heiterkeit). Die Auserungen, die Sie hier machen in Bezug auf die Simultanschule, können uns nicht etwa dazu verleiten, zu glauben, daß Sie auch dann die Simultanschule hoch halten würden, wenn Sie einmal die Mehrheit haben. Heute ist es sehr opportun, von Ihrem Standpunkt aus zu erklären: Wir sind mit dem bestehenden Zustand einverstanden. Der „Waldmichel“ ist zwar anderer Ansicht, aber der wurde ja abgeschüttelt (Heiterkeit). Auf dem Katholikentage hört man eine andere Melodie. Da war es Herr Schädler, der erklärt hat: „Das Kind zurück zur Mutter, die Schule zur Kirche!“ Und eine Resolution in Bezug auf die Schulfrage ist angenommen, die unter anderem

lautet: „Der Forderung der Simultanschule ist überall entgegen und mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung bez. Einführung der konfessionellen Volksschule und konfessionellen Lehrerbildung einzutreten.“ Und für diese Resolution haben auch die badischen Zentrumsmitglieder gestimmt, die auf dem Katholikentage waren. Da müssen wir Sie doch fragen: Welche sind denn da eigentlich die wahren Zentrumsprinzipien? Wie Sie sie hier in der Kammer vertreten, solange Sie in der Minderheit sind, oder die überall da vertreten werden, wo Sie keine Rücksicht zu nehmen brauchen auf die Mehrheit? Ich habe die unmaßgebliche Meinung, daß die wahren Prinzipien auf dem Katholikentage vertreten worden sind.

Auch in Karlsruhe hat der Herr Abg. Fuchs in einer Rede den Standpunkt vertreten, daß die Zentrumsparthei unter allen Umständen darauf hinarbeiten müsse, auf allen Gebieten den Einfluß der Kirche zurückzuerobieren, auch auf dem Gebiete der Schule. Als ich am andern Tage den Artikel im „Beobachter“ gelesen habe, da habe ich — ich habe das extra aufheben wollen — diese Stelle in der Rede nicht gefunden. Ich habe den „Beobachter“ im „Volksfreund“ festgenagelt. Darauf erklärte der „Beobachter“, das sei aus technischen Gründen herausgeblieben. (Heiterkeit bei den Liberalen und Soz.) Zu was doch die Technik heutzutage nicht alles gut ist.

Die Herren vom Zentrum gehen sogar so weit, daß sie ihre eigenen Reichstagsfreunde verleugnen. Als der Herr Kollege Muser vor ein paar Tagen das Zentrum auf den Paragrafen hinwies, den es §. 31. im Reichstag eingebracht hatte, wonach jeder ins Gefängnis geworfen werden solle, der die Gottheit leugnet, da erklärte der Herr Kollege Zehnter: Das haben wir nicht gemacht, und der Herr Kollege Fehrenbach erklärte: Ja, damit waren wir nicht einverstanden. Ja, was soll denn das eigentlich heißen? Hier natürlich machen Sie solche Geschichten nicht; Sie wissen ganz genau warum.

Diesem modernisierten Zentrum, wie es hier vertreten ist, dem ist noch viel weniger zu trauen, wie dem Zentrum, das ein offenes Gesicht hat. Sie sagen: wir werden die Schulfrage nicht anfassen, das ist Sache der Autoritäten. Jawohl, wenn Sie aber einen mehr haben als die Hälfte, dann wechseln die Autoritäten, und da wird man bei der Autorität in Freiburg die Schule aufrollen, und Sie werden dann keinen Widerstand entgegensetzen, sondern gehorham Folge leisten. Wir wissen ganz genau, daß Sie in dem Augenblick, wo Ihr Einfluß ausreichen würde, eine wackere Zentrumsparthei befolgen und Ihren Einfluß auf die Regierung ausüben würden, und das werden wir unter allen Umständen zu verhindern suchen.

Und nun kurz die Stellung zur Regierung. Diese Stellung ist ja ganz klar. Wir brauchen uns gegenseitig nichts vorzumachen. Wir kennen uns (Heiterkeit). Wir bringen der Regierung kein Vertrauen entgegen und die Regierung uns auch nicht (Heiterkeit). Also in der Beziehung könnte man sich eigentlich sehr kurz fassen. Daß wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, das wissen wir nicht erst seit heute. Daß die Regierung in dieser Beziehung gar nicht auf die Verfassung Rücksicht nimmt, ist für uns nichts neues. Aber wir protestieren dagegen, daß wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Wir sind nach der Verfassung mit allen anderen Staatsbürgern gleichberechtigt und haben genau das Recht wie jeder andere Staatsbürger, unsere politischen Prinzipien zu vertreten. Sie können erst dann einschreiten, wenn wir mit dem Gesetz in Konflikt kommen, und Sie haben es noch nie veräumt, in einem solchen Punkte einzuschreiten.

Der Herr Minister Schenkel hat u. a., als hier erwähnt wurde, daß im Oberland ein Sozialdemokrat mit einem

Oberamtmanne gemeinsam Walagitation gemacht habe, erklärt: Ja, das kann nicht ganz zutreffend sein; es ist ja möglich, daß der Sozialdemokrat zufällig in der Versammlung anwesend war und auch gesprochen hat, nachdem der Oberamtmanne gesprochen hatte; aber daß sie gemeinsam die Reise gemacht haben, das ist vollständig unmöglich, denn das dulde ich nicht. Ja, Herr Minister, wenn ein Nationalliberaler und ein Demokrat und schließlich auch ein Zentrumsmanne mit einem Oberamtmanne reisen dürfen, ohne daß der Oberamtmanne in seinem Ansehen zu Schaden kommt, dann darf es doch unter Umständen auch ein Sozialdemokrat? Ich sage das nicht etwa deshalb, weil es uns genehm wäre, wenn unsere Genossen mit den Oberamtmanne Agitation machen würden. Im Gegenteil, wir sehen das nicht gern. Aber hier handelt es sich um den Rechtsstandpunkt, und den hat der Herr Minister hier nach meinem Dafürhalten mit seiner Bemerkung verlegt.

Der Herr Minister hat weiter erklärt, daß er auch nur unsere Versammlungen überwachen läßt und andere nicht, also auch damit bewiesen, daß wir so quasi unter einem direkten Ausnahmegesetz stehen. Die Versammlungsüberwachung schadet uns ja nichts, im Gegenteil, wir haben schon manchen Anhänger dabei gewonnen. Unter Ihren Beamten und Schulreuten sind nicht wenige Anhänger der Sozialdemokratie. Also wenn bloß das in Betracht käme, hätten wir gar nichts gegen die Überwachung. Aber es kommt eben zweierlei Maß dabei zum Ausdruck. Warum denn gerade uns überwachen? Machen denn wir irgend etwas in unseren Versammlungen, was den Gesetzen zuwiderläuft? Die meisten Aufstellungen, die vorkommen, sind gewöhnlich in gar keiner Weise begründet, und ein anderes ist in den Versammlungen noch nicht vorgekommen, was dem Herrn Minister Veranlassung geben könnte, uns unter ein besonderes Gesetz zu stellen. Und wenn er das schon tun will, dann soll er doch wenigstens Leute schicken, die einigermaßen Urteil haben und eine selbständige Meinung und nicht so einen jungen Referendar, der kaum aus der Universität herausgekommen ist. Da ist es mal passiert, daß in Durlach ein solcher Mann die Versammlung aufgelöst hat, und als man ihn fragte, auf Grund welches Paragraphen? erwiderte er: das weiß ich im Augenblick nicht (Heiterkeit). Es liegt kein Anlaß vor, uns in der Weise zu behandeln. Als wir neulich in Karlsruhe eine Versammlung gegen die Flottenvorlage hielten, wurde ein Polizeiaufgebot von 40 Mann in verschiedenen Teilen der Stadt postiert. Was soll das bedeuten? Herr Minister, halten Sie uns für so dumm, daß wir Revolution machen am hellen lichten Sonntagmorgen? (Heiterkeit!). Wenn wir eine Demonstration hätten veranstalten wollen, ich versichere Sie, Herr Minister, daß es zu keinen Ausschreitungen gekommen wäre; die drei Duzend Polizeidiener hätten uns nicht geniert, sie hätten vielleicht mit uns die Ordnung aufrecht erhalten und dagegen demonstriert, daß sie am Sonntag ihre freie Zeit opfern müssen; obendrein wären sie noch gemäßigter worden. So bekämpfen Sie nicht die Sozialdemokratie, sondern sie erreichen das direkte Gegenteil!

Der Herr Minister hat sich sehr abfällig über den Ton der sozialdemokratischen Presse geäußert. Die sozialdemokratische Presse wird nicht für Geheimräte erster, zweiter und dritter Güte geschrieben, sondern für die breite Masse des Volkes, wo die Sprache und die Worte nicht dazu dienen, um dahinter die Gedanken zu verbergen. Die sozialdemokratische Presse schreibt immer so deutlich, damit sie von jedermann verstanden wird. Wenn man in die „Karlsruher Zeitung“ schreibt, ist es ungekehrt; man ergreift sich in solchen Wortdrehungen, daß man von der ganzen Welt mißverstanden wird (Heiter-

keit). Wir haben den Vorzug, daß man uns versteht, und wenn die sozialdemokratische Presse etwas gegen die Minister schreibt, dann wird sie ganz besonders deutlich; das geschieht, damit die Herren uns nicht mißverstehen. Wir werden uns vom Regierungstische keine Vorschriften machen lassen, in welchem Tone wir zu schreiben haben. Ich halte den freien offenen Ton der sozialdemokratischen Presse, auch wenn die Worte manchmal nicht gut ausgewählt sind, für besser als die Heuchelei in der offiziellen Presse.

Der Herr Minister hat behauptet, unsere Partei sei eine Klassenpartei. Sie sind eine Klassenregierung und da sitzen auch Klassenparteien hüben und drüben. Der Unterschied besteht nur darin, daß wir die Klasse vertreten, die die große Mehrheit des Volkes bildet, und bislang noch niemals zu ihrem Rechte gekommen ist, weil die herrschenden Klassen die Gesetzgebung immer zu ihrem Vorteil benutzt haben. Wir haben nicht bestritten, daß wir in erster Linie die Vertreter der minderbemittelten Volksschichten sind, des Proletariats. Wir haben kein Hehl daraus gemacht und sind damit offener und ehrlicher als andere Parteien.

Daß wir den gewaltsamen Umsturz herbeiführen wollten, ist eine so blühende Weisheit, daß man nicht weiß, ob man darauf etwas antworten soll. Der Herr Minister wird nicht ernsthaft glauben, daß bei uns jemand auf den Gedanken gekommen ist, die Gesellschaft gewaltsam umzustürzen. Dagegen spricht unsere wissenschaftliche Lehre von der materialistischen Geschichtsauffassung; die zeigt uns, daß man eine Gesellschaftsordnung nicht willkürlich umstürzen kann, sondern daß eine Gesellschaftsordnung nach ganz bestimmten Gesetzen sich ändert, die in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft ihre Wurzeln haben. Wir sind niemals auf den Standpunkt gekommen, daß wir einen gewaltsamen Umsturz machen wollten. Die unteren Schichten haben noch nie Revolutionen gemacht, sondern die Revolutionen wurden immer von oben herunter „gemacht.“ Daran, daß jetzt in Rußland solche Zustände herrschen, ist nicht das russische Volk schuld, sondern die bisherigen Machthaber, die nicht rechtzeitig eingelenkt haben, und wenn es in Preußen zu scharfen Zusammenstößen kommt, ist nicht das Proletariat schuld, dem man ein anständiges Wahlrecht nicht gewährt, sondern die Regierung, die das Volk verhöhnt und die berechtigten Forderungen des Volkes nicht erfüllt. Was wir in Bayern und Baden haben und in Württemberg bekommen, dafür ist das preussische Volk noch allemal reif und wenn die preussische Regierung das nicht einseht, und das Volk sieht, daß es schließlich gar nicht anders geht, als seinen Willen etwas deutlicher zum Ausdruck zu bringen und wenn es dann zu unliebsamen Dingen kommen sollte, kann man nicht sagen, daß die Hege der Sozialdemokratie daran schuld ist. Wir sind geselliger wie der heutige Klassenstaat; wir betonen bei jeder Gelegenheit, daß wir auf dem Boden des Gesetzes stehen und weitere Gesetze verlangen, die eine gesetzliche Entwicklung garantieren. Wenn aber der Staat eine weitere gesetzliche Entwicklung, die den Fortschritt ermöglicht, unmöglich macht, wie es heute in Preußen der Fall ist, und es kommt zu Zusammenstößen, sind wir nicht schuld daran. Wir drohen nicht mit geschliffenen Säbeln und mit geladenen Kanonen. Das ist die heutige Gesellschaft, die sonst mit ihrer Geselligkeit so sehr sich brüsst. (Zurufe.) Jawohl, es wird befohlen, auf Vater und Mutter zu schießen. Ich meine, man sollte es unterlassen, uns so zu drohen. Wir haben jederzeit auf dem Standpunkte gestanden, daß man auf gesetzlichem Wege das Ziel erreichen muß, und wir sind klar darüber, daß das Ziel nicht zu einem willkürlichen Zeitpunkte erreicht werden kann, sondern daß das sozialistische

Endziel nur möglich ist, wenn die ökonomischen Vorbedingungen dazu vorhanden sind. Was wir in unserem praktischen Programm verlangen, könnte jeder liberale Mann unterschreiben. Was wir an politischen Rechten fordern, ist in der Schweiz zum Teil durchgeführt, ohne daß dadurch der heutige Staat über den Haufen geworfen wurde. Was wir verlangen, ist in politischer Beziehung in Amerika und der Schweiz durchgeführt, in sozialer Beziehung allerdings noch nicht, weil noch heute der Kapitalismus herrscht. Gegen die sozialdemokratische Theorie können Sie nicht mit Kanonen und Gewehren kämpfen, die wird weitere Kreise ziehen, weil ihre Wurzeln in der heutigen ökonomischen Struktur der Gesellschaft liegen. Der Minister sollte es in Zukunft unterlassen, solche Reden gegen die Sozialdemokratie zu halten, sie nützen ihm wenigstens nicht, uns schaden sie nicht; man muß hier stehen und immer wieder dagegen sprechen, die Zeit könnte man sparen.

Der Minister hat uns weiter den Vorwurf gemacht, wir seien antinational, und das wird begründet, daß wir die Ausgaben für Heer und Marine nicht bewilligt haben; man sagt, wir würden das Vaterland wehrlos machen. Ich verweise auf unser Programm: Wir haben in unserem Programm die Forderung der Wahrnehmung des ganzen Volkes. Jeder, der auch nur irgendwie tauglich ist, soll zur Wehrhaftigkeit erzogen werden, und damit soll nicht erst im 20. Jahre begonnen werden, sondern schon in der Schule durch eine entsprechende Jugenderziehung. Wie können Sie uns da den Vorwurf machen, wir wollten das Vaterland im Stiche lassen, wir hätten keine nationale Gesinnung? Freilich, hurra schreien wir nicht und bewilligen auch keine Militärvorlagen, weil wir das System verurteilen, auf dem heute die Vaterlandsverteidigung aufgebaut ist. Und wir haben Gründe genug. Die Unzufriedenheit mit diesem System ist weit in die Kreise der bürgerlichen Parteien hineingewachsen, man hat nur nicht den Mut und traut sich nicht die Kraft zu, an diesem System das zu ändern, was geändert werden müßte. Was die patriotische Gesinnung betrifft, so muß ich den Vorwurf, daß wir nicht patriotisch seien, mit aller Entschiedenheit und Entrüstung zurückweisen. Wir nehmen für uns in Anspruch, daß wir alle mindestens ebenso patriotisch sind, wie die Herren Minister und diejenigen, die uns diesen Vorwurf machen. Wir sind allerdings in anderer Weise patriotisch und national gesinnt als Sie. Wenn wir fordern, daß die Masse des Volkes sozial und kulturell auf eine höhere Stufe gestellt wird, wenn wir alle unsere Kräfte in den Dienst solcher Bestrebungen stellen, wenn wir sogar in das Gefängnis gehen, wenn wir jedes Opfer bringen, dann sagen Sie einmal, wir seien nicht national und patriotisch. Derartige Opfer bringt man nicht zum Vergnügen.

Wenn der Herr Minister dann weiter von einem Terrorismus gesprochen hat, von einem Streikterrorismus, so hat er auch da zweifellos übertrieben. Gewiß wird hier und da Streikterrorismus ausgeübt. Aber wo kommen keine Fehler vor? Sogar den Herren Ministern passiert es hin und wieder, daß sie sich verhasen. Wenn irgend ein derartiger Fall vorkommt, dann wird er natürlich aufgebauscht und ein „System“ daraus gemacht. Ich meine, wenn man die große Zahl derjenigen, die alljährlich im Streik sich befinden, vergleicht mit der Zahl derjenigen, die bestraft worden sind, so liegt keine Ursache vor, hier eine besondere Entrüstung zu zeigen. Wenn man weiß, wie diese Leute kämpfen müssen, wie die Erbitterung manchmal durch die Arbeitgeber auf das äußerste gesteigert wird — ich erinnere Sie an den Kohlenarbeiterstreik — und wenn da hin und wieder ein Fall zu verzeichnen ist, wo einer

sich gegen die bestehenden Gesetze vergangen hat, dann wird ein großes Lamento angeschlagen und der Arbeiter kommt gleich ins Gefängnis, wo man im gleichen Fall den Arbeitgeber vielleicht noch nicht einmal anzeigen oder im schlimmsten Fall mit ein paar Mark Geldstrafe davonkommen läßt. Uebertreiben Sie also die Dinge nicht so! Die Arbeitgeber üben einen viel größeren Terrorismus aus, aber ich habe noch niemals gehört, daß vonseiten der Ministerbank dagegen Einspruch erhoben wurde, oder daß man in der Weise davon gesprochen hätte, wie es hier der Fall war.

Der Herr Minister hat uns dann zugemutet, wir sollten hierhergehen und in das Hoch auf den Großherzog einstimmen. Ich weiß nicht, was der Großherzog sagen würde, wenn er das hören würde. Ich bin der Meinung, der Großherzog wird die Ansicht teilen, daß man keinem Menschen zumuten soll, eine Heuchelei zu begehen. Was hätte das für einen Wert, wenn wir hier hoch schreien würden und mit unserer inneren Ueberzeugung nicht dabei wären? Würde der Herr Minister hoch schreien in einer Versammlung, wo man die Sozialdemokratie hochleben läßt? Wir würden ihm das nicht zumuten. Muten Sie also auch uns nicht zu, etwas zu tun, was mit unserer innigsten heiligsten Ueberzeugung nicht in Einklang zu bringen ist. Bei aller Hochachtung, die man dem oder jenem entgegenbringen muß, darf man doch nie von ihm verlangen, daß er etwas erfüllt, was gegen die einfachsten Gebote der Sittlichkeit wäre.

Dann hat der Herr Minister zum Schluß von den Straßendemonstrationen gesprochen, und hat gemeint, dagegen müßte entschieden eingeschritten werden, eine solche Unordnung dürfte man nicht dulden. Nun, in allen Ländern Europas ist das Recht dem Volke zugestanden, in bestimmten Situationen durch Demonstrationen auf der Straße seiner Meinung Ausdruck zu verleihen. Wir haben ja hier in Deutschland auch Anlässe, wo das geschieht.

Wenn man dem Landesherrn z. B. seine Huldbigung aussprechen will, dann macht man auch Demonstrationen, weil man weiß, daß dabei das, was man will, besonders lebhaft zum Ausdruck kommt. Ja, warum soll daselbe in bezug auf politische Angelegenheiten in Deutschland nicht der Fall sein dürfen? Trauen Sie dem deutschen Volke nicht soviel Disziplin zu, daß es in seinem eigenen Interesse die Ordnung aufrecht erhält? Wir haben in Wien vor einigen Wochen eine Demonstration erlebt und alle Zeitungen, die darüber geschrieben haben — mit Ausnahme der ultramontanen, die machen immer eine Ausnahme — haben ihre vollste Hochachtung zum Ausdruck gebracht vor dieser glänzenden Disziplin, die die Wiener Arbeiterschaft bei dieser Demonstration an den Tag gelegt hat, die sie für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht in der Zahl von 250 000 an einem Tage veranstaltete. Und man hätte es uns in Deutschland wohl gestatten können, auch hier für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu demonstrieren. Die Scharfmacher, die heute ihren maßgebenden Einfluß ausüben, sind die wirklichen Revolutionäre und Umstürzler. Wenn deren Wille zur Geltung käme, dann käme es allerdings zum Umsturz.

Ich bin am Schluß meiner Ausführungen, und ich kann nur sagen, daß wir bereit sind, soweit es in unseren Kräften steht, mitzuarbeiten zum Wohle des badischen Volkes. Wir werden unsere Anträge einbringen, wo wir es für notwendig halten, und wenn Sie, wie in früheren Jahren, glauben, alle die Anträge, die wir im Interesse der unteren Schichten stellen, ablehnen zu müssen, wenn Sie glauben, uns dadurch Niederlagen bereiten zu können, so kann ich nur erklären, daß wir diesen Niederlagen gegenüber guter Hoffnung sind und die Parole

hochhalten werden: Bei Philippi sehen wir uns wieder! (Lebhaftes Bravo!)

Staatsminister Dr. Frhr. v. D u s c h : Wir haben in der letzten Zeit in der Presse, der der Herr Abg. Kolb sehr nahe steht, vielfach sehr liebenswürdige Redewendungen gegen die Minister gelesen. Dort wurde gesagt, man werde Fraktur mit den Herren reden, man werde mit ihnen exerzieren, werde ihnen etwas pfeifen und andere derartige Redewendungen mehr. Wir haben heute eine kleine Probe davon gehabt, wie das dann hier im Landtag ausgeführt wird. Aber der Herr Abg. Kolb befindet sich im Irrtum, wenn er etwa glaubt, ich werde ihm nun auf all das, was er ausgeführt hat, erwidern, und etwa die kostbare Zeit der Herren von seiner Partei in Anspruch nehmen, indem ich sie nötige, wie der Herr Abg. Kolb gesagt hat, wieder herzustellen und die Zeit zu verschwenden, die man sonst besser verwenden könnte. Ich will nur wenige Bemerkungen den Ausführungen des Herrn Abg. Kolb entgegenstellen, und anschließend einige Bemerkungen machen, zu denen mir der Verlauf der Debatte in den letzten Tagen Anlaß gegeben hat.

Der Herr Abg. Kolb hat einen sehr wahren Satz ausgesprochen, daß zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Großh. Regierung irgend eine Verständigung nicht möglich sei. Das ist auch der Grund dafür, daß ich derartige, langausgehende Ausführungen, wie wir sie eben gehört haben, für vollkommen zwecklos halte. Wir können diese Reden und Gegenreden ja noch Tage lang fortsetzen, es kann auf meine Rede einer der Herren der sozialdemokratischen Partei erwidern; dann könnte vielleicht wieder der Herr Minister des Innern sprechen — ich glaube, wir würden damit die Debatte, die zunächst eine Budgetdebatte sein soll, ins ungemessene verlängern.

Eine Empfindung habe ich bei den Ausführungen des Herrn Abg. Kolb, vor allem bei dem letzten Teile gehabt. Ein besonderes Wohlgefallen werden sie weder in den Herzen der Herren, die zu seiner Rechten sitzen, noch auf der anderen Seite hervorgerufen haben, weder bei der Partei, die ein wahltaktisches Bündnis mit der Sozialdemokratie abgeschlossen hat, noch auch bei denjenigen Wählern vom Zentrum, die, wenn ich recht unterrichtet bin, in ziemlich großer Zahl den Herrn Abg. Kolb hierher in dieses Hohe Haus entsendet haben. (Geisterzeit.) Ich will mich aber mit diesen Empfindungen gar nicht weiter abgeben, sondern nur ganz kurz auf einige der schwersten Vorwürfe antworten, die der Herr Abg. Kolb gegen die Regierung erhoben hat.

Er hat gesagt: Die Sozialdemokraten würden überhaupt als Bürger zweiter Klasse behandelt; als einen der Hauptgründe hierfür hat er angeführt, daß nur die sozialdemokratischen Versammlungen überwacht wurden. Der Herr Minister des Innern hat bereits dargelegt, daß die Zahl der überwachten sozialdemokratischen Versammlungen in letzter Zeit verhältnismäßig eine geringe ist; aber den Grund, warum gerade die sozialdemokratischen Versammlungen überwacht werden, den könnte eigentlich der Herr Abg. Kolb sich selbst sagen: denn er wird wohl bei allen anderen Parteien herumgehen können, um irgendwo eine Versammlung zu finden, bei der — ich will nicht sagen ganz direkt zur Revolution aufgefordert wird — bei der aber immer eine Aufreizung zu strafbaren Handlungen stattfindet. (Zurufe von sozialdemokratischer Seite; Widerspruch; Abg. Kolb: Wir verbitten uns das!) Ich darf wohl den Schutz des Herrn Präsidenten in Anspruch nehmen.

Präsident Dr. Wilkens: Ich muß auf das Allerdringende bitten, daß derartige Zwischenrufe unterbleiben. Lassen Sie doch den Herrn Staatsminister ruhig reden,

wie man auch den Abg. Kolb ruhig hat sprechen lassen. (Zuruf des Abg. Kolb: Es ist von Aufreizung zu strafbaren Handlungen gesprochen worden, das ist eine Beleidigung!) Sie können das später sachlich wiederlegen; ich verbitte mir aber jetzt ganz entschieden, daß weitere Zwischenrufe gemacht werden.

Staatsminister Dr. Zehr. v. Dusch (fortfahrend): Ich glaube, zur Begründung dessen, was ich eben gesagt habe, habe ich nicht nötig, Einzelheiten anzuführen; ich brauche nur einige Namen zu nennen; brauche nur zu erinnern an den Parteitag in Jena. (Rufe von Seiten der Sozialdemokraten; Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Wilkens: Ich bitte jetzt dringend, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Staatsminister Dr. Zehr. v. Dusch (fortfahrend): Ich brauche nur an das zu erinnern, was wir tagtäglich in der Presse der Herren lesen können. Für diese Art hat man unter den Juristen einen besonderen Ausdruck, der heißt: „Mit dem Ärmel streifen“; es wird das Strafgesetz mit einer gewissen Vorsicht, wenn irgend möglich, nicht verletzt, aber — ich habe eine ganze Reihe von Nummern gerade einer Zeitung, die dem Herrn Abg. Kolb sehr nahe steht, bei mir, mit Redewendungen, die einer indirekten Aufforderung zur Revolution gleichen wie ein Ei dem andern; ein derartiger Artikel ist meines Wissens auch im Laufe der letzten Debatten schon zum Gegenstande der Besprechung gemacht worden.

Ich wollte das nur anführen als Begründung dafür, daß der Vorwurf, man behandle eine Partei und alle Genossen einer Partei deshalb als Bürger zweiter Klasse, weil man ihre Versammlungen überwache, ein durchaus unbegründeter ist.

Da ich eben von der Presse gesprochen habe, so möchte ich dazu sagen: ich erachte es als eine etwas eigenartige Wendung des Herrn Abg. Kolb gegenüber der Regierungsbank, wenn er sagt, die sozialdemokratische Presse müsse sich deshalb so deutlich ausdrücken, damit die Minister die Artikel verstehen. Die Sprache in den betreffenden Artikeln ist allerdings sehr deutlich; ich habe hier Artikel vor mir, bei denen, wenigstens indirekt, in der Bezeichnung der Minister auch Beziehungen zum Tierreich gebraucht werden. Es ist etwas auffällig, daß der Herr Abg. Kolb die Intelligenz der Regierung so gering einschätzt, daß er eine so — es handelt sich um die Presse außerhalb des Hauses, ich werde also den Ausdruck wohl gebrauchen dürfen —, daß er eine so rohe Sprache, wie sie die sozialdemokratische Presse Tag für Tag führt, dadurch rechtfertigen will, daß er sagt: „sonst verstehen die Herren Minister nicht, was man gegen sie schreibt“.

Der Herr Abg. Kolb hat dann mit großer Emphase gesagt: wollen wir denn den Umsturz herbeiführen?, unsere Lehren sind ja dagegen (Zwischenruf des Abg. Süßkind), auf die Straße zu gehen. Auch da kann ich Ihnen nur einige Namen nennen. Was ist in der letzten Zeit in Dresden geschehen?, was in Hamburg? Und was sagt der Herr Abg. Kolb heute selbst? Er sagt — allerdings auch immer mit der hypothetischen Begründung: „Wenn die Volkserhebung so anhält, wenn uns das und das nicht gewährt wird, z. B. in Preußen nicht ein Wahlrecht, und zwar ein solches, wie wir es wollen“; er sagt: wenn es dann zu „unliebamen Austritten“ kommt, dann sind wir Sozialdemokraten natürlich vollkommen unschuldig, denn: Revolutionen „werden immer von oben gemacht“. Nun, meine Herren, sapienti sat; ich glaube, über dieses Gebiet werde ich mich mit der Sozialdemokratie nicht verständigen, aber ich glaube immer-

hin, daß ich bei den andern Herrn im Haus einiges Verständnis für meine Ausführungen in dieser Richtung wohl voraussetzen darf.

Der Herr Abg. Kolb hat dann noch mit besonderer Enttäuschung den Vorwurf der „vaterlandslosen Gesinnung“, der der Sozialdemokratie vielfach gemacht werde, zurückgewiesen. Dann sollen aber auch gerade die Herren Vertreter dieser Partei nicht Reden halten, wie kürzlich der Herr Abg. Eichhorn, der über die jetzige schwierige politische Lage sich in einer Weise ausgesprochen hat, die auch ganz dem entspricht, was wir täglich in der sozialdemokratischen Presse lesen können: „das Deutsche Reich soll nur nicht überall seine Nase hineinstrecken.“ (Zuruf des Abg. Eichhorn: Die schwierige Lage ist ja dadurch verschuldet, daß wir diese verkehrte Politik treiben! Glocke des Präsidenten.)

Ich gestatte mir die Bemerkung, daß, wenn die Herren, die ich nicht unterbrochen habe, in dieser Weise die Unterbrechungen fortsetzen, ich überhaupt darauf verzichten werde, an die Adresse dieser Herren weitere Bemerkungen und Ausführungen zu richten. (Sehr gut!)

Ich will von diesen allgemeinen Erörterungen abgehen und auf das Gebiet der Finanzpolitik kommen, dem der Herr Abg. Kolb eine sehr ausführliche Erörterung gewidmet hat. Auch davon gilt, was ich vorhin gesagt habe: es könnte jetzt der Herr Finanzminister eine so vortreffliche Rede wie gestern halten, auch ich könnte die überzeugendsten Ausführungen machen, auf Einverständnis auf jener Seite des Hauses würden wir aber nicht stoßen, es würde nur eine Zeitverschwendung sein! Wie man an der Stelle des Herrn Abg. Kolb nach den ruhigen sachlichen Darlegungen des Herrn Finanzministers von gestern sich wieder zu einem, bei der Sozialdemokratie ja so beliebten, Ausdrucke versteigen kann, daß diese Ausführungen des Herrn Ministers „ganz schwach“ gewesen sein, ich glaube, das wird niemand in diesem hohen Hause verstehen. Wenn etwas schwach gewesen ist, so waren es die heutigen Ausführungen des Herrn Abg. Kolb und die gestrigen des Herrn Abg. Frühauß, bei denen — es ist das wohl nicht zu viel gesagt — die Sachkenntnis im umgekehrten Verhältnis zu der außerordentlichen Sicherheit bestanden hat, mit der jene Ausführungen uns vorgetragen wurden. (Sehr richtig; und Bravo!)

Was nun die einzelnen Fragen der Finanzpolitik anbelangt, die der Herr Abg. Kolb erörtert hat, so hat er bezüglich der Anlehenspolitik einen Gedanken wiedergegeben, dem ja auch vielfach in der Presse zu begegnen ist. Er hat gesagt: „werbende“ Unternehmungen, „werbende“ Anlagen“ seien ja nicht etwa nur solche, die, wie Elektrizitätswerke, Eisenbahnen und dergleichen, direkt eine Rente abwerfen, sondern werbende Ausgaben seien auch alle Ausgaben für die Volksbildung. Das ist ein Wortspiel und vielleicht ein ganz geistreiches Wortspiel, wenn man aber der Sache auf den Grund geht, so möchte ich doch, wenn ich Finanzminister wäre, die Herren Abgg. Kolb und Frühauß fragen: wo die Zinsen von diesen Unternehmungen sind, die die Regierung... (Zuruf des Abg. Kolb: „Gesteigerte Volkskraft!“ Lebhaftes Unruhe; Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Wilkens: Ich werde nunmehr ohne Weiteres mit Ordnungsrufen einschreiten, wenn die Zwischenrufe nicht unterbleiben. Der Herr Kollege Kolb hat vorhin ohne jede Störung seine Rede durchzuführen können. Fortwährend werden aber, während der Herr Staatsminister spricht, Zwischenrufe gemacht. Ich muß von den Herren Abgeordneten verlangen, daß sie diese Störungen unterlassen.

Staatsminister Dr. Frhr. v. D u s h : (fortfahrend): Der Herr Abg. Kolb hat im Anschluß an das, was er über die Eigenschaften der Ausgaben auch für das Schulwesen als werbende Ausgaben gesagt hat, ebenso wie gestern der Herr Abg. Fröhlich, schwere Vorwürfe gegen die Regierung gerichtet, als ob sie das Volksschulwesen bei uns vollständig habe verkommen lassen. Im Rahmen der heutigen Debatte kann ich auf die Frage der Volksschule nicht näher eingehen. Aber, ist das der richtige Zeitpunkt, gegen die Regierung solche schwere und unerhörte Vorwürfe zu erheben, wo die Regierung bestrebt ist — allerdings auf der Grundlage unserer nun einmal bestehenden Finanzverhältnisse — eine Besserung, und zwar eine erhebliche Verbesserung herbeizuführen? Ist das der Zeitpunkt, dann einfach mit solchen Vorwürfen zu kommen, die Regierung wolle überhaupt nichts für die Volksschulen tun? Wir werden ja Anlaß haben, und zwar ausreichend Anlaß, uns über dieses Kapitel gelegentlich der Schulfrage zu unterhalten; allein jetzt schon möchte ich doch auf einen Grundsatz hinweisen, der nicht einfach so ignoriert werden darf: unsere Volksschule ist geistlich eine Gemeindeanstalt und die G e m e i n d e n sind diejenigen, die zunächst verpflichtet sind, die Volksschulen zu unterhalten. Wenn in der Weise weitergefahren wird, für die Volksschulen auf dem Lande zu verlangen, dann werden auch bald Forderungen an den Staat kommen für die Volksschulen in der Stadt. Da es sich um Zahlen handelt, die zu einer Finanzdebatte ja immerhin gehören, ist es nicht ohne Interesse, wieviel das gesamte Volksschulwesen den Gemeinden und dem Staate kostet. Es sind nach einer Berechnung, die ich vor kurzen habe aufstellen lassen, praeter propter 14 Millionen im Jahr! Von diesen 14 Millionen trägt jetzt der Staat nicht ganz 4 Millionen. Wenn der Gedanke, der in der Theorie ganz schön ist, den die sozialdemokratische Partei im Prinzip vertritt, der vollständigen Verstaatlichung der Volksschule durchgeführt werden sollte, so haben Sie ein höchst einfaches Rechenexempel: Da unsere direkten Steuern 20 Millionen erbringen und der Staat dann weitere 10 Millionen braucht, würde das eine Erhöhung aller direkten Steuern um 50 Prozent bedeuten! Ich führe diese Zahlen nur deshalb an, um zu zeigen, wie ernst die Lage ist und daß es sehr häßlich ist, gegen eine Regierung, die seit Jahren bestrebt ist, die Volksschule zu heben, den Vorwurf zu erheben, als ob sie unter dem Vorwand einer gespannten Finanzlage — das kann man jetzt tagtäglich in der Lehrerpresse lesen — sich um eine eigentliche Verbesserung der Volksschule herumdrücken wolle.

Der Herr Abg. Kolb hat sodann bezüglich des Budgets im allgemeinen gesagt: man soll doch nicht immer — ich will den schönen Ausdruck wiederholen — ein solches „Geheul“ und ein solches „Gejammer“ anschlagen über unsere Finanzen. Des Rätsels Lösung sei die: alle unsere Budgets seien falsch aufgestellt von Anfang bis zu Ende; die Abschlüsse seien unrichtig, das zeige sich beim Vergleich der wirklichen Abschlüsse mit den Aufstellungen usw. Hat der Herr Abg. Kolb aber nicht auch schon gehört und versteht er das nicht, daß ein Budget immer nur ein V o r a n s c h l a g für die Z u k u n f t ist, der mit einer gewissen Vorsicht nach gewissen Grundsätzen aufgestellt wird, und bei dem die Regel gilt, daß gewisse Jahresdurchschnitte für die Einnahmen festgehalten werden? Die Ueberschüsse des ordentlichen Etats sind bei uns bestimmt, die Ausgaben des außerordentlichen Budgets zu decken. Es ist gar nicht eine speziell badische Eigentümlichkeit, sondern ist in ganz Deutschland Übung, daß die Einnahmen nach gewissen Jahresdurchschnitten eingestellt werden, weil man damit rechnen muß, daß sie auch einmal durch ungünstige wirtschaftliche Konjunkt-

turen zurückgehen. Wenn der Herr Abg. Kolb die Rechnungsnachweisungen verfolgt, wird er auch sehen, daß der Staat recht häufig gezwungen war, sehr viel mehr a u s z u g e b e n, als im Voranschlag steht; und das ist doch gewiß nicht eine dolose Tendenz des Finanzministers, das Budget so aufzustellen, als habe es den Anschein, es werde weniger ausgegeben, als wirklich ausgegeben wird!

Mit ganz besonderer Leidenschaftlichkeit hat sich der Herr Abg. Kolb unserem Eisenbahnwesen, unseren Eisenbahnschulden zugewendet, und er findet es gerade so, wie gestern der Herr Abg. Fröhlich, vollkommen lächerlich, wie man sich über die Zunahme der Eisenbahnschuld alterieren könne. Was seien das für Summen! In Wirklichkeit hätte man früher noch ganz andere Aufwendungen aus laufenden Mitteln machen müssen — ich glaube, er hat die Zahl 100 Millionen genannt — die man aus Anlehensmitteln hätte beitreten müssen. Ich gestatte mir, ohne eine große Zahlenreihe vorzutragen, auf Eines hinzuweisen. In wenigen Jahren, nämlich bis zum Jahr 1913, wird die Amortisierung und Verzinsung unserer Eisenbahnschuld einen Nettobetrag von 25 Millionen ausmachen. Der Herr Abg. Fröhlich lacht natürlich, das ist nicht anders zu erwarten, wenn man derartige Zahlen aufführt. Aber die Tatsache ist doch richtig, und ich frage: Wenn wir solche Summen für die Verzinsung und Amortisierung ausgeben müssen, wo sollen wir sie hernehmen? Wir können die Eisenbahneinnahmen nicht ins Ungemessene steigern! Der Herr Abg. Fröhlich nicht, ich bin begierig, wie er das Rätsel löst; ich vermute sehr, daß die Lösung in der Herabsetzung der Personentarif bestehen soll. Nach einer Berechnung, die die Regierung aufgestellt hat, würde — ich sage nicht „wird“, sondern „würde“ — die Herabsetzung des Tarifs nach Maßgabe der Resolution, die in diesem hohen Hause gefaßt worden ist, einen Ausfall von etwa 4 Millionen ergeben. (Heftiges Lachen des Abg. Fröhlich; Geisterkeit im Hause.) Ich beneide den Herrn Abg. Fröhlich um seinen köstlichen Optimismus, der ihn alle diese Dinge von der heitersten Seite auffassen läßt. Aber an der Tatsache ändert das nichts. Wenn wir den Personentarif herabsetzen — das ist ein Rechenexempel, das jeder Volksschüler ausführen kann — geht sehr viel weniger ein. Natürlich bin ich mir darüber auch nicht im Unklaren — wenn auch der Herr Abg. Fröhlich die geistigen Fähigkeiten der Minister sehr gering einschätzt —, daß der Verkehr durch die Herabsetzung der Tarife sich steigern wird. Aber er steigt nicht ins Unermessene! Wo sollen die Menschen alle herkommen, die auf der Eisenbahn fahren; weil es billiger geworden ist? Der Verkehr mag sich steigern; aber dann müssen wir mehr Verkehrsmittel beschaffen! Wenn auch ein teilweiser Ausgleich des Ausfalls erfolgen könnte, steht die Sache doch so, daß mit großer Vorsicht an sie heranzutreten werden muß, und daß jedenfalls unsere Eisenbahnschuld, wie sie ist und wie sie sich in wenigen Jahren gestalten wird — ich brauche nur an die Bahnhöfe Basel und Karlsruhe zu erinnern — und solche Lasten auferlegen wird, daß es der vorzüglichsten wirtschaftlichen Ausgestaltung des Eisenbahnwesens und der klügsten Aufstellung des Budgets bedürfen wird, um die Amortisierung und Zinsen dieser Schuld aufzutreiben.

Wir werden auch von der Dotationspolitik bezüglich der Eisenbahnen in absehbarer Zeit nicht ganz absehen können. Denn die natürliche Folge wäre, wenn wir der Eisenbahn keine Dotation geben oder gegeben hätten, daß die Eisenbahnschuld immer weiter anwächst, und dann schließlich naturgemäß der Zustand eintritt, daß die Einnahmen der Eisenbahn nicht mehr ausreichen, um ihre Ausgaben zu decken, und der Staat schließlich eingreifen muß, aber mit ganz anderen Summen, als er bis jetzt mit der bescheidenen Dotation eingegriffen hat.

Der Herr Abg. Kolb hat in seiner Kritik des Herrn Finanzministers gesagt, der Herr Finanzminister habe eine ganz falsche Berechnung über die Entwicklung der Verzinsungs- und Amortisationslast vorgetragen, wenn wir jährlich ein Anlehen von 2 Millionen aufnehmen würden. Der Herr Finanzminister wird, glaube ich, gerne bereit sein, dem Herrn Abg. Kolb die Rechnung zu überreichen, und der Herr Abg. Kolb kann dann mit einigen Sachverständigen kontrollieren, ob ein Irrtum unterlaufen ist.

Das Resultat der Ausführungen des Herrn Abg. Kolb war, wie bei ihm anders nicht zu erwarten war, daß es hieß: Bei der Eisenbahn wird fortgewurft und — es ist das einer der Lieblingsausdrücke im „Volksfreund“ — das „vertrocknete bürokratische System“ ist darat schuld, die Juristen müssen abgeschafft oder nur als Beiräte für Techniker und Kaufleute beschäftigt werden. Ich will dem Herrn Eisenbahnminister nicht vorgreifen; aber ich gestatte mir doch zu bemerken, daß, wenn überall Techniker an der Spitze ständen, die Ausgaben noch größere wären. Denn jetzt sind es in der Eisenbahnverwaltung nicht die Juristen, die den Technikern Beschwerde machen, sondern es sind die Techniker, die den Juristen Beschwerden machen bei den Vorschlägen über die Bahnhofsbauten an verschiedenen Orten. Wenn der Herr Abg. Kolb vermehrt, daß in der Staatsverwaltung die Techniker eine geachtete Stellung einnehmen und auch an die Spitze einer Verwaltung treten, so brauche ich nur einen Namen zu nennen, den Namen Honjell, um zu zeigen, daß auch Techniker bei uns an die Spitze einer Behörde gelangen können.

Im Anschluß hieran möchte ich auf eine Bemerkung zurückkommen, die der heute leider nicht anwesende Herr Abg. Ged vor einigen Tagen getan hat, und zwar in Verfolg des „Scherzes“, wie es genannt wurde, den der Herr Abg. Eichhorn sich bezüglich der Ausschiffung des Herrn Finanzministers Beder erlaubt hat. Ich will nicht nochmals auf die Kritik eingehen, die der Herr Abg. Ged in der Richtung an mir geübt hat, daß ich unbefugt in die Präsidialbefugnisse des Hauses eingegriffen habe. Darüber ist schon einiges vom Herrn Minister des Innern gesagt worden. Aber eines möchte ich doch bemerken: Wenn der Herr Abg. Ged mich für einen Neuling an dieser Stelle erklärt, und dann in einem Atemzuge dem Herrn Finanzminister selbst mit einer Ministeranfrage wegen verkehrter badischer Finanzpolitik droht, wenn er eine solche maßlose Unkenntnis unserer Verfassungsbestimmungen an den Tag legt, dann entzieht sich das vollkommen meinem Verständnis. Eine Ministeranfrage ist etwas, mit dem ebensowenig wie mit der Ausschiffung eines Ministers Scherz getrieben werden sollte. Ich kann nur sagen: ein Minister, der bestrebt ist, in einer ernstesten Zeit die Finanzen ordnungsmäßig zu verwalten, der verdient keine Ministeranfrage, sondern das uneingeschränkte Lob aller Urteilsfähigen! (Bravo!)

Der Herr Abg. Fröhlich hat sich gestern auch mit der Anlehenspolitik beschäftigt, auch der der Städte, und der Herr Abg. Kolb hat daran angeknüpft. Ich möchte hier nur eines richtig stellen. Es lag mir durchaus fern, den Städten einen Vorwurf zu machen; sie haben übrigens, wie der Herr Minister Beder schon ausgeführt hat, Anlehen größtenteils für wirklich „werbende“ Ausgaben aufgenommen. Aber eins darf man doch wohl am Beispiel der Städte nachzuweisen versuchen, daß es immerhin eine sehr riskante Sache ist, Anlehen in so hohem Maße aufzunehmen, daß der Erlös der Steuern durch Verzinsung und Amortisation der Schulden annähernd aufgezehrt wird.

Auch gegenüber dem gleichfalls leider abwesenden Herrn Abg. Zehnter bin ich genötigt, da ich nicht noch einmal

das Wort ergreifen möchte, einige Worte zu sprechen. Ich komme da wieder auf das gefährliche Gebiet des „Waldmichel“. (Lachen.) Ja, es ist allmählich in diesem Hause Übung geworden, daß man lacht, wenn vom „Waldmichel“ die Rede ist. Ich lache nicht, ich halte die Sache für außerordentlich ernst. (Sehr richtig!) Es war zwar eine geschickte rhetorische Leistung, wenn der Herr Abg. Zehnter es lächerlich machen wollte, den „Waldmichel“ als den „allerwichtigsten Gegenstand“ zu bezeichnen; er sagte uns, es sei eine kleine unbedeutende Sache, die die Partei nichts angehe. Mit derartigen Redewendungen können wir aber eine so weittragende und nach meiner Ansicht bedeutungsvolle Angelegenheit nicht erledigen. Ja, wenn der „Waldmichel“ ein Flugblatt wäre, wie ich schon früher gesagt habe, das mit den Wahlkämpfen verweht! Aber wie steht denn die Sache? Es ist geschrieben von einem Mann, der eine Stellung in Ihren Reihen einnimmt. Es ist zusammengefaßt in Form einer Broschüre und ist im ganzen Lande verbreitet. Da muß ich die Frage vorlegen: kann denn so etwas geschehen, ohne daß die ganze Zentrumsleitung etwas weiß? Ist es möglich, daß derartige politische Unternehmungen sich abspielen, ohne daß die Männer, die ein entscheidendes Wort mitzureden haben oder mitzureden haben sollten, sich dieser Sache annehmen? Denn, das ist gar keine Frage, die Tendenz des „Waldmichel“ steht in diametralem Gegensatz zu den Tendenzen, die die Herren Abgg. Zehnter und Zehnter uns vorgetragen haben, (Sehr richtig!), Tendenzen, die, wie ich offen sage, durchaus anerkennenswert und ehrlich ausgesprochen sind und die die Regierung gerne akzeptiert. Aber, haben denn die Herren, wenn sie auch selbst die beste Absicht haben, tatsächlich die Macht, eine derartige Richtung in ihrer Partei zu unterdrücken? Und wohin soll es denn führen, wenn in Ihrer Partei solche Tendenzen auftreten, die sich mit geradezu — der Ausdruck ist nicht zu stark — fanatischem Haß gegen alles wenden, was der Staat seit Jahrzehnten getan hat (Sehr richtig!), wohin sollen wir kommen, wenn auch nur der Anschein gebildet wird, daß solche Tendenzen entstehen ohne Widerspruch der Partei? Ich fürchte, der Wahlsampf, der zu allerlei Wahlkämpfen geführt hat, hat da vielleicht etwas üble Folgen gezeitigt; und ich bin fest überzeugt, von den Herren des Zentrums, die in ihrer Gesinnung auf diesem Gebiete mir persönlich näher stehen, wird mehr wie einer sagen: hätte ich den „Waldmichel“ doch nie gesehen!

Im Anschluß an den „Waldmichel“ ist wiederum das Kapitel der Wahlagitation der Geislichkeit von dem Herrn Abg. Zehnter gestreift worden, und es wurde wiederholt, die Regierung sei erst in dem Augenblick eingeschritten, wo die Nationalliberalen sich gegen diese Agitation gewendet hätten; dann sei eine „Razzia“ unternommen worden. Ich darf hier auf das verweisen, was ich am Montag gesagt habe: es ist nicht richtig, daß ab irato eine Aktion unternommen worden wäre. Sie liegt weit zurück, und sie ist ohne Voreingenommenheit gegen irgend eine Partei eingeleitet und durchgeführt worden. Ich erkläre im Namen meiner Kollegen: ich für meine Person und auch der Herr Minister des Innern wir wissen uns von jeder Kulturkämperei frei. Die Schritte, die getan sind, sind niemanden zu leide geschehen, aber eines muß die Regierung für sich beanspruchen: auch solchem Auftreten der Geislichkeit gegenüber die Achtung vor den Staatsgesetzen zu erzwingen! (Sehr richtig!)

Ich habe die Schritte dargelegt, die die Regierung unternommen hat, und ich werde auch Gelegenheit haben, diese Schritte bei der Interpellation über die Wahlbeeinflussung seitens der Geislichkeit näher zu erörtern. Ich will nur eines sagen: wenn jetzt tatsächlich einige Ver-

folgungen eingeleitet sind — deren Resultat noch nicht feststeht, darüber werden ja die Gerichte zu entscheiden haben —, so war es das notwendige Ergebnis desjenigen, was in den letzten Jahren geschehen ist. Wenn wir immer von neuem unsere warnende Stimme erheben — und zwar auch im Interesse der katholischen Geistlichkeit, denn dem Staat und dem Kultusminister muß daran liegen, daß in Baden das Ansehen der katholischen Geistlichen gehoben und nicht eingeschränkt wird —, wenn wir in einem solchen Fall einschreiten, dann liegt gewiß kein Grund dazu vor, zu sagen, wie es der Herr Abg. Zehnter ausgesprochen hat: es werde durch derartige Fälle nur ein Martyrium geschaffen werden. Das ist ein bedenkliches Wort; das Wort Martyrium tritt in der Erfahrung, die die Geschichte uns an die Hand gibt, immer dann auf, wenn der Versuch gemacht wird, gegen die Geistlichkeit vorzugehen, oder wenn die religiösen Leidenschaften entseffelt werden sollen. Wenn Sie die Strafbestimmungen des § 16b und c des Kirchengesetzes nachlesen, so werden Sie sich davon überzeugen, daß im Falle einer Verurteilung den Herren nicht übermäßig viel geschehen wird. Aber es war durchaus notwendig, zu zeigen, daß, wenn die Regierung mehr wie einmal die kirchlichen Behörden bittet und ersucht, damit solche Mißstände nicht wieder eintreten, dann, wenn es so zugeht wie bei den letzten Wahlen, sie gezwungen wird, von ihren gesetzlichen Rechten Gebrauch zu machen.

Ich glaube, damit dieses Kapitel verlassen zu können und will mich nur noch mit wenigen Worten dem zuwenden, was wegen der „Karlsruher Zeitung“ gesagt worden ist. Hier hat sich der Herr Abg. Zehnter u. a. schließlich zu der Äußerung veranlaßt gesehen: nach all den Artikeln habe niemand gewußt, wer in Baden die Politik mache. Wenn darüber vielleicht auch bei einzelnen Zweifeln vorhanden gewesen sind, so glaube ich doch, sollte man einer Regierung, der man die Loyalität nicht absprechen kann, wenn sie bestimmt erklärt, daß sie dem ersten Artikel fernstand, daß sie dessen Tendenz, insofern sie mißverstanden werden konnte, nicht gebilligt habe, doch Glauben schenken. Ich kann nur wiederholen: die Ansicht der Regierung über diese Sache ist niedergelegt in dem letzten von der Regierung herrührenden größeren Artikel in der „Karlsruher Zeitung“.

Und wenn man fragt: Wer die Politik der Regierung mache, da möchte ich nochmals an den „Waldmichel“ erinnern und meinerseits die Frage stellen: Wer macht die Politik beim Zentrum? Wer hat darüber zu entscheiden, wenn solche Dinge geschehen, die uns weit zurückwerfen, die die von der Regierung seit Jahren, ich kann wohl sagen mit Energie verfolgten Versuche der Befähigung der konfessionellen Leidenschaften stören? Hierbei brauche ich die Herren vom Zentrum nicht an Einzelheiten zu erinnern, denn sie selber wissen es wohl, welche Angriffe bei verschiedenen Punkten gerade der Kultusminister von anderer Seite hat erfahren müssen. Dann sollte man also nicht mit derartigen Vorwürfen kommen und sagen: Man wisse nicht, wer in Baden die Politik der Regierung macht.

Ich bin damit wieder auf das Wahlbündnis gekommen, und da darf ich nur noch auf eines hinweisen, ohne die Rede des Herrn Reichskanzlers noch einmal näher in die Debatte hereinzu ziehen. Es ist ein vollkommenes Mißverständnis, wenn der Herr Abg. Obkircher mit großer Energie erklärte, die nationalliberale Partei lasse sich keine Anweisungen von Berlin geben, wie sie zu verfahren habe. Der Herr Reichskanzler hat nicht daran gedacht, irgend jemand Anweisungen zu geben, so wenig wie wir an der Regierungsbank daran denken, irgend jemand Anweisungen zu geben. Aber eines muß der

Reichskanzler als der oberste Beamte des Reiches, und das muß auch die badische Regierung für sich in Anspruch nehmen: gerade so, wie die liberale Partei, wie alle Parteien es für sich verlangen, auch ihrerseits, wenn es darauf ankommt, ihre Meinung freimütig und offen zu äußern!

Abg. Eichhorn (Soz.), zur Geschäftsordnung: Ich sehe mich veranlaßt, gegen die Maßnahme des Herrn Präsidenten Einspruch zu erheben; er hat vorhin angekündigt, er werde künftighin jeden zur Ordnung rufen, der irgend einen der Redner unterbreche, und es ist ja auch infolge von Zwischenrufen bereits zu Ordnungsrufen gekommen. Nun ist allerdings richtig, daß unsere Geschäftsordnung in ihrem § 22 bestimmt, daß alle Zeichen des Beifalls oder der Mißbilligung untersagt sind. Ich weiß zwar nicht, ob Zwischenrufe als solche Zeichen des Beifalls oder der Mißbilligung angesehen werden können; aber auch wenn das der Fall wäre, so meine ich, befinden wir uns jetzt nicht mehr in einer Zeit, wie sie war, als diese Geschäftsordnung entstand.

Dieser § 22 stammt noch aus der allerersten Geschäftsordnung. Ich habe hier die Akten vor mir und finde zufällig in dem Exemplar von 1831 denselben Paragraphen mit denselben Worten. Im Laufe der Zeit aber haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert, und in allen Parlamenten ohne Ausnahme ist es durchaus gestattet und zulässig, sowohl Beifalls- und Mißfallskundgebungen erkennen zu geben, als auch Zwischenrufe zu machen. Wohin soll das noch führen? Wir sitzen doch hier nicht in einer Klippenschule, daß wir uns gefallen lassen sollen, einen Zwischenruf unterlagert zu bekommen oder gar etwa einen Ordnungsruf für diesen Zwischenruf zu erhalten! Dann darf man keine Menschen mit Leben hierhersetzen; dann muß man hier ins Parlament Figuren hersetzen, aber keine Menschen, die mitleben und mitdenken bei einer Rede! Ein Zwischenruf muß unter allen Umständen gestattet sein. So ist es im Reichstag, so ist es in allen Parlamenten, die ich nur kenne; da sind Zwischenrufe durchgängig üblich und es fühlt sich kein Mensch dadurch belästigt oder gestört. Daß der Herr Staatsminister so empfindlich ist und durch einen Zwischenruf vielleicht gestört wird, dafür können wir nichts. Der Herr Staatsminister wird sich eben auch daran gewöhnen müssen. Ich meine, wir sollten darauf halten oder aussprechen, daß der Herr Präsident nicht die Befugnis hat, jemanden wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung zu rufen. Wenn die Geschäftsordnung nach den Buchstaben ihres Wortlautes gehandhabt werden soll, dann kündige ich jetzt schon an, daß wir noch in dieser Saison einen Änderungsantrag zur Geschäftsordnung einbringen werden. Eine Geschäftsordnung, die uns verbietet, hier gewissermaßen eine spontane Gefühlsäußerung, die man bei einer Rede hat, zu erkennen zu geben, taugt nicht für ein Parlament von heute.

Präsident Dr. Wilkens: Ich will nur die ganz kurze Bemerkung machen, daß ich vorhin die Androhung, ich würde eventuell mit Ordnungsrufen einschreiten, nur deshalb erlassen habe, weil die Rede des Herrn Staatsministers fortwährend in einer Weise unterbrochen worden ist, daß es ihm nach meinem Dafürhalten unmöglich war, dieselbe in richtiger Weise weiter und zu Ende zu führen. Ich bin für die Ordnung des Hauses verantwortlich, und ich halte es mit dieser Ordnung für unvereinbar, wenn Redner und namentlich Mitglieder der Großen Regierung in der Weise gestört werden, wie das soeben geschehen ist. Wenn aber meinen gütlichen Aufforderungen, die Störungen zu unterlassen, keine Folge geleistet wird, wie das vorhin so und so oft geschehen ist, so bleibt mir schließ-

lich nach der Geschäftsordnung nichts andere übrig, als mit einem Ordnungsruf einzuschreiten. Es fällt mir durchaus nicht ein, jeden Zwischenruf mit einem Ordnungsruf ahnden zu wollen. Ich habe das vorhin auch nicht angekündigt. Ich habe aber gesagt: wenn die Sache so weiter geht, wenn die Störungen in der Weise sich wiederholen, wie das vom Anfang der Rede des Herrn Staatsministers an der Fall gewesen ist, so müßte ich mit einem Ordnungsruf eingreifen, und ich glaube, daß die Herren Kollegen, wenn sie sich das in Ruhe überlegen, dazu kommen werden, daß Sie mir recht geben müssen. (Bravo bei den Nationalliberalen und im Zentrum.)

Abg. Dr. Vinz (natl.), zur Geschäftsordnung: Die Ansicht des Abg. Eichhorn halte ich für ganz verfehlt. Unsere Geschäftsordnung verbietet Zeichen des Beifalls oder des Mißfallens. Mein es entspricht einer alten Uebung des Hauses, diese Bestimmung nicht in kleinlicher Weise zu handhaben. Kurze Zwischenrufe tragen manchmal zur Belebung der Debatte, unter Umständen selbst zur Abfärzung bei. Ein Dazwischenrufen, wodurch die Debatte oder der Redner förmlich gestört wird, ist aber jedenfalls unzulässig. Diese fortgesetzten Zwischenrufe während der Rede des Herrn Staatsministers waren tatsächlich von dieser störenden Art. Im einzelnen Falle muß jeder mit seinem Taktgefühl zu Rate gehen, ob ein Zwischenruf angebracht ist oder nicht. Fortgesetzte Zwischenrufe eines Abgeordneten müssen wir im gemeinsamen Interesse zurückweisen. Die Ausführungen der verantwortlichen Vertreter der Großh. Regierung mit Aufmerksamkeit an uns herantommen zu lassen, und jede Störung der Vorträge der Regierungsvertreter zu vermeiden, liegt doch sicherlich in unserm Interesse. Die Handhabung der Geschäftsordnung durch den Herrn Präsidenten gerade beim heutigen Falle, der zu der Wortmeldung des Herrn Eichhorn Anlaß gegeben hat, war vollkommen korrekt und bewegte sich auf der Linie, welche durch die Geschäftsordnung, durch die Uebung des Hauses und die Natur der Sache vorgezeichnet ist.

Abg. Frühauß (reif.) zur Geschäftsordnung: Die Schwierigkeiten dieser Situation liegen nach zwei Richtungen. Einmal haben die Mitglieder des Hauses ein Recht darauf, eine bestimmte Sicherheit dafür zu haben, wenn Zwischenrufe zulässig sind, und wann sie unter allen Umständen verboten sind; und zweitens haben wir unter allen Umständen ein Recht zu wissen, ob die Gleichmäßigkeit in der Beurteilung garantiert ist. Als der Fall Stabler erörtert wurde, entstand ein Dialog zwischen dem Abg. Behnter und dem Minister: dieser Dialog hat dazu gedient, Mißverständnisse zu verhüten und weitere Auseinandersetzungen zu ersparen; niemand hat daran Anstoß genommen. Wenn aber in einem andern Falle der Herr Staatsminister glaubt sagen zu können, die Ausführungen des Herrn Abg. Frühauß stehen, was die Sachkenntnis anbetrifft, in einem umgekehrten Verhältnis zu den Tatsachen, so ist es mir nicht möglich, lediglich mit einem Zwischenruf darauf zu antworten. Es stehen noch 14 Redner auf der Liste und ich will das Haus nicht haranguieren und mich nochmals zum zweitenmale zum Wort melden. Aber ich muß dann den Herrn Präsidenten bitten, mich zu schützen und uns hier oder in einer allgemeinen Beratung der Geschäftsordnung den Weg zu zeigen, auf dem wir unsere Rechte wahren können.

Präsident Dr. Wilkens: Ich habe der Redefreiheit bis jetzt, das werden mir die Herren zugeben, nur geringe Schranken gezogen. Ich habe auch sehr scharfe sachliche Äußerungen der Mitglieder des Hauses nicht beanstandet. Der Großh. Regierung muß es aber auch freistehen, ein scharfes Wort in sachlicher Hinsicht zu reden. Die Herren, die sich betroffen fühlen und meinen, es sei

ihnen Unrecht geschehen, haben ja dann Gelegenheit, entweder in der Debatte zu erörtern oder am Schlusse der Debatte eine persönliche Bemerkung zu machen. Ich kann es aber nicht zulassen, daß die Zwischenrufe zu förmlichen Störungen der Redner ausarten. Das ist heute der Fall gewesen, und deshalb mußte ich, wenn ich meine Pflicht als Präsident des Hauses erfüllen wollte, dagegen einschreiten.

Abg. Fehrenbach (Zentrum), zur Geschäftsordnung: Zur Rekrimation des Kollegen Frühauß, die, wie es scheint, zur Begründung des Antrags Eichhorn dienen soll, möchte ich nur bemerken: Kann Herr Frühauß der Regierungsbank ein scharfes Wort verargen, nachdem sich Tags zuvor die Regierungsbank die allerhöchsten Angriffe von ihm hat gefallen lassen müssen?

Zur Sache selbst möchte ich anführen, daß die Bestimmung des § 22 unserer Geschäftsordnung, wonach Beifalls- oder Mißbilligungsaussagen unterjagt sind, tatsächlich bis zu einem gewissen Grade durch die Uebung in durchaus korrekter und wünschenswerter Weise beseitigt ist. Es ist natürlich, was Kollege Vinz gesagt hat, daß die Unterjagung jedes Zwischenrufs die Verhandlungen unter Umständen nur verlängern würde, und manchmal ist ein Zeichen des Beifalls oder Zwischenrufs recht wohl geeignet zur Verlebendigung der Debatte. Im übrigen wird man doch sagen müssen, es ist kein Unglück, wenn die Bestimmung des § 22 unserer Geschäftsordnung bestehen bleibt. Mir meinerseits sind Zwischenrufe gar nicht unangenehm; es kann aber doch Redner geben, die durch Zurufe, namentlich in häufiger Wiederholung, gestört werden, denen es einfach dadurch unmöglich gemacht wird, ihre Ausführungen zu machen, und auch diese Herren sollten in ihrem Recht, als Vertreter des Volkes hier zu sprechen, geschützt werden. Da ist es der Präsident, der den richtigen Weg schon finden wird. Es ist einfach unmöglich, im Rahmen einer Geschäftsordnung in ganz genau umschriebener, in paragraphenverkauflierter Weise diese Sachen zu regeln. Hier muß man dem Takt des Hauses und der guten Geschäftsführung vonseiten des Herrn Präsidenten das Uebrige anheimstellen. Und ich meinerseits bin der Meinung, daß unser Herr Präsident den richtigen Weg finden wird; das hat er während der Zeit seiner Geschäftsführung bereits bewiesen. Uebrigens mache ich auf etwas aufmerksam, was auf dem letzten oder vorletzten Landtag geschehen ist; Herr Präsident Gönner hat gelegentlich von Zwischenrufen der Regierung gegenüber ausgeführt, daß das dem Herkommen in diesem Hause nicht entspreche. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß noch Herren da sind, die die damalige Erklärung des Herrn Gönner bestätigen werden. (Zustimmung.) Ich meine, wir sollten an diesem Herkommen festhalten. Die Regierung hat den Anspruch, ihre Gründe ruhig und ohne wesentliche Unterbrechung darlegen zu dürfen. Wenn gestern in seiner Lebhaftigkeit der Herr Minister des Innern sich in Anlehnung an einen Zwischenruf des Herrn Heimburger hinreißen ließ, dem Herrn Abg. Behnter eine rasche Entgegnung zu machen, so kann der Herr Abg. Frühauß die Rekrimation darüber dem Herrn Abg. Behnter überlassen. Ich glaube der Herr Kollege Behnter ist garnicht ungehalten wegen der rasch hingeworfenen Bemerkung des Herrn Ministers. Im übrigen bin ich der Meinung, unser Herr Präsident hat auch heute die Geschäftsordnung richtig gehandhabt. Wir sind mit der Uebung, die in diesem hohen Hause besteht auf dem richtigen Wege und wir können die Festhaltung dieser Uebung ruhig unserm Herrn Präsidenten überlassen. (Beifall.)

Abg. Dr. Heimburger (Dem.), zur Geschäftsordnung: Ich glaube, es kommt zu dieser Frage nicht

bloß der § 22, sondern auch der § 21 in Betracht. Dort heißt es: Niemand darf in seiner Rede unterbrochen werden. Ich will natürlich nicht behaupten, daß jeder Zwischenruf eine wirkliche Unterbrechung, insbesondere eine störende Unterbrechung der Rede darstelle. Es kommt sehr auf die Art des Zwischenrufes und auf die Person des Redners an. Ich kann erklären, daß ich es ganz gern habe, wenn ich hier und da einen Zwischenruf bekomme, weil ich das Gefühl habe, daß dadurch die Debatte belebt wird. Andere Redner denken anders darüber. Das wird sich nicht machen lassen, was der Herr Abg. Fröhlich gewollt hat, daß genau bestimmt wird, welche Zwischenrufe zulässig und welche nicht zulässig sind. (Geisterzeit.) Es muß dem Präsidenten ein gewisser Spielraum gelassen und seinem Ermessen überlassen werden, welche Zwischenrufe den Charakter der Störung oder Unterbrechung tragen und welche nicht. Dann wird es allerdings öfters vorkommen, daß manche Mitglieder des Hauses der Meinung sind, der Herr Präsident habe in diesem einzelnen Falle nicht die richtige Entscheidung getroffen. Aber das wird unausbleiblich sein; wir werden nie einen Präsidenten finden, der unbedingt in jedem einzelnen Fall das absolut Richtige trifft, und insbesondere das trifft, was allen Mitgliedern des Hauses als das Richtige erscheint. Ich glaube also, wir können da weiter nichts machen, als die Entscheidung dem Ermessen des Herrn Präsidenten überlassen, und wir dürfen in dieser Hinsicht zu unserem Präsidenten alles Vertrauen haben. Wenn man glaubt, daß in der Geschäftsordnung selber Lücken sind, so wäre das am besten Gegenstand einer Erörterung im Seniorenkongress; jedenfalls können wir hier in dieser Sitzung diese Frage nicht zur Entscheidung bringen.

Abg. Eichhorn (Soz.), zur Geschäftsordnung: Der Meinung bin ich auch, daß die Frage sich jetzt in der gegenwärtigen Sitzung nicht entscheiden läßt. Ich bin aber durchaus anderer Meinung, als die Herren Kollegen Binz und Fehrenbach. Wenn es dabei bleiben soll, wie es bisher bestand, und wenn man auch nach dem Wunsche des Herrn Kollegen Heimburger dem Herrn Präsidenten die Entscheidung überlassen will, welche Zwischenrufe störend und welche zulässig seien, dann ist das Haus — ich muß den Ausdruck gebrauchen — der Willkür des Präsidenten ausgeliefert. Wir haben uns selbst ein Gesetz gegeben in der Geschäftsordnung, und dieses Gesetz muß natürlich von den Mitgliedern so gut wie von den Präsidenten berücksichtigt werden. Nun gebe ich ohne weiteres zu, daß es der Präsident nie allein recht machen kann. Wir haben das hier am allermeisten schon empfunden. Ich hatte schon im letzten Landtag Veranlassung, mich einmal gegen die Geschäftsordnung des Präsidenten zu erklären — ich tue es nicht gern — wir haben aber nun einmal die Empfindung, daß etwas zu engherzig verfahren wird in bezug auf die freie Aussprache, daß, wenn einer von unserer Fraktion redet, man ohne weiteres annimmt, da kommt etwas, was nicht passieren darf, und daß die Ordnungsrufe zahlreicher sind, als sie anderen Parteien gegenüber gehandhabt werden. Ich bin nicht so sehr empfindlich gegen Ordnungsrufe, es ist eine parlamentarische Einrichtung, die einmal durchgeführt ist, und ich lasse mich nicht abhalten, die Wahrheit zu sagen, auch wenn ich erwarten muß, dafür einen Ordnungsruf zu bekommen. Ich nehme es aber auch auf der anderen Seite durchaus nicht so sehr krumm, wenn ich in scharfer Weise angegriffen werde und verlange nicht, daß der Präsident einschreitet. Aber eine gewisse Gleichmäßigkeit muß dann in Anwendung dieser Bestimmung Platz greifen, jedenfalls weitgehendste Toleranz, Redefreiheit, die auch einmal ein scharfes Wort passieren läßt. Da dürfen

auch die Herren Minister nicht empfindlich werden. Wenn der Herr Staatsminister heute mir zum zweitenmal den Vorwurf macht, daß ich scherzweise von der Ausschiffung eines Ministers gesprochen habe, und das als eine schwarze Tat hinstellt, wenn man eine derartige Redewendung, die nicht einmal mein geistiges Eigentum ist, sondern auf das Konto der Zentrumsparterie kommt, nicht gebrauchen darf, wo bleibt denn da die Redefreiheit? Empfindlichkeit ist in einem Parlament das Allerunangebrachteste, und wenn die Minister reden, rechnen sie auch damit, daß die Herren Abgeordneten nicht zu empfindlich sind. Es kommen sehr scharfe Angriffe von Seiten der Herren Minister, vielleicht weniger von dem Herrn Staatsminister als von seinem Herrn Kollegen vom Innern. Aber ich bin auch da nicht besonders empfindlich, nur verlange ich, daß man das gegenseitig ist.

Was nun die Zwischenrufe anlangt, so können wir mit der Theorie der Herren Abgg. Binz und Fehrenbach nicht weiter. Es ist gesagt worden, störende Zwischenrufe solle man nicht dulden. Wer entscheidet da aber? Der harmloseste Zwischenruf kann den einen der Herren Kollegen auf das schwerste stören, während ein anderer durch einen viel schlimmeren Zwischenruf nicht aus der Fassung zu bringen ist. Man müßte aber dann die Zwischenrufe individuell nach der Art des Redners anwenden; jedenfalls wird man in Zukunft, nach dem heutigen Vorgang, sich davor hüten müssen, den Herrn Staatsminister nicht in irgend einer Weise zu unterbrechen. Ich entdeckte heute zum ersten Mal, daß er empfindlich ist und leicht gestört in seiner Rede wird. Ich hatte von den Herren Ministern mehr Redefreiheit erwartet. Wir wollen doch in unserem kleinen Landtag nicht ängstlicher und engherziger sein, wie man im Reichstag ist, wo 397 Abgeordnete sitzen und die Minister und Bundesratsvertreter durch Zwischenrufe sehr heftig und energisch unterbrochen werden; dort fällt es aber niemanden ein, um Schutz gegen Zwischenrufe zu bitten. Man hilft sich gegenseitig selbst. Ich bin der Meinung, der Herr Präsident sollte nach dieser Aussprache ein für allemal darauf verzichten, Zwischenrufe jemals unter seine kritische Lupe zu nehmen, und etwa Ordnungsrufe dafür zu erteilen.

Präsident Dr. Wilkens: Das kann ich nicht versprechen. Ich kann nur die Erklärung abgeben, daß ich Zwischenrufe, die nicht störender Natur sind, die keine Unterbrechung der Rede herbeiführen, nicht beanstanden werde. Dagegen muß ich, wenn eigentliche Störungen und Unterbrechungen der Redner, namentlich der Mitglieder der Regierung eintreten, einschreiten. Im übrigen überlasse ich es den Herren von der Sozialdemokratie, bei der aller Voraussicht nach in der nächsten Zeit stattfindenden Revision der Geschäftsordnung auch diesen Gegenstand zur Sprache zu bringen.

Staatsminister Dr. Febr. v. Dusch: Gestatten Sie mir (nicht ein Wort zur Geschäftsordnung — denn es liegt mir fern, mich in diese Debatte einzumischen) aber eine persönliche Bemerkung.

Zu meinem Bedauern höre ich von verschiedenen Rednern Aeußerungen, als sei ich eine so ängstliche Natur, die keine Zwischenrufe ertragen könne. Ich habe im Gegenteil für meine Person gegen einzelne Zwischenrufe nichts einzuwenden und habe mich bisher auch nie aus dem Konzept bringen lassen. Wenn ich mir vorhin die Hilfe des Herrn Präsidenten in Anspruch nahm, so ist es lediglich deshalb geschehen, weil ich meine Rede überhaupt nicht fortsetzen konnte, da immer nach 3 oder 4 Worten von mir ein Zwischenruf kam. Es ist ein großer Unterschied zwischen einzelnen Zwischenrufen und einem derartigen fortgesetzten Zwischengespräch. Ich betone aus-

drücklich, daß ich das lediglich persönlich sage und mich in die Debatte über die Geschäftsordnung des Hauses nicht einmische.

**Abg. Obkircher** (natl.) zur Geschäftsordnung: Die Ausführungen des Herrn Abg. Eichhorn sind über die Frage, die wir eigentlich in dieser Geschäftsordnungsdebatte behandeln wollten, hinausgegangen, insofern als er — ich weiß nicht ob gegenüber dem gegenwärtigen oder dem früheren Präsidenten den ganz allgemein gehaltenen Vorwurf gemacht hat, daß parteiisch verfahren werde, daß den Rednern seiner Partei gegenüber mit Ordnungsrufen zahlreicher vorgegangen werde. Herr Abg. Eichhorn hat dann daran noch die Versicherung geknüpft, daß er sich auch durch drohende oder vollzogene Ordnungsrufe nicht davon abhalten lassen werde, seine Ueberzeugung auszusprechen und die Wahrheit zu sagen. Der Vorwurf ist ein außerordentlich schwerer. Er ist aber auch ein eben so unbegründeter, und wenn etwa bei den vergangenen Verhandlungen auf diesem oder dem letztem Landtag gegen die Vertreter seiner Partei mit Ordnungsrufen in größerer Zahl vorgegangen wurde, dann lag das vielleicht weniger auf der Seite des Herrn Präsidenten, als auf der Seite der betreffenden Redner. Wenn aber hier ein Abgeordneter sogar soweit geht, daß er von vornherein erklärt, daß er sich durch drohende, oder sogar durch vollzogene Ordnungsrufe nicht davon abhalten lasse, seine Ueberzeugung und die Wahrheit zu sagen (Zuruf des Abg. Eichhorn), so ist das als eine Auslehnung gegen die Autorität des Präsidiums anzusehen, gegen die das Haus in seiner Gesamtheit doch recht energisch Einwendungen erheben sollte. Es soll niemand durch einen Ordnungsruf davon abgehalten werden, die Wahrheit zu sagen und seine Ueberzeugung auszusprechen, sondern Ordnungsrufe richten sich nur gegen die Art und Weise, wie das geschieht; gegen die Form — und hinsichtlich der Form ist der Präsident Richter des Hauses.

Wenn dann in diesem Zusammenhang der Herr Abg. Eichhorn gesagt hat, wenn man solche Gewohnheiten hier gelten lasse, dann sei man vollständig der Willkür des Herrn Präsidenten überlassen, so ist darauf zu erwidern: die Präsidenten des Hauses sind aus Wahl hervorgegangen; ihre Wahl ist ein Vertrauensakt, der vonseiten des Hauses ausgeht; wenn wir dem Herrn Präsidenten mit diesem Vertrauensakt nicht auch die geschäftsmäßige Gewalt verleihen wollten, dann hätten wir das, was man etwa den polnischen Reichstag nennt, dann hätten wir auch die Wahl überhaupt unterlassen können. Wir haben aber eine Geschäftsordnung und der Präsident ist der Wähler dieser Geschäftsordnung.

Wenn man genauer gefasste Vorschriften über das, was dem Präsidenten erlaubt und was ihm nicht erlaubt ist, geben wollte, so wie der Herr Kollege Frühauß und der Herr Kollege Eichhorn das wünschen, dann kämen wir dazu, ein dickes Buch zu schreiben, das dann ein alphabetisch geordnetes Inhaltsregister haben müßte, in dem die Herren Sekretäre in jedem einzelnen Falle mit großer Eilfertigkeit nachzusehen hätten, ob der Zuruf gestattet war oder nicht. Es kann in solchen Dingen nur allgemein gefasste Vorschriften geben, die eben mit Vernunft und Takt gehandhabt werden müssen.

Ob der eine Redner gegen Zwischenrufe empfindlicher ist, als der andere, scheint mir kein Kriterium für die Entscheidung sein zu dürfen. Es handelt sich nicht nur um das Interesse der betreffenden Redner, das durch das Einschreiten des Präsidenten geschützt werden soll, sondern es handelt sich um das höhere Interesse unser Aller und der Gesamtheit. Wir alle haben ein Recht darauf, daß die Verhandlungen in der gehörigen Ordnung vor sich gehen und daß nicht durch Zurufe eine Unordnung her-

gestellt und das ganze Bild einer Rede zerstört wird. Zu solchen großen Störungen sind wir in der letzten Zeit leider in manchen Fällen gekommen. Doch auf welcher Seite das größere Unrecht war, das wollen wir nicht entscheiden. Wir wollen aber diesen Anlaß dazu benutzen, in uns zu gehen (Heiterkeit) und uns vorzunehmen, mit solchen Zwischenrufen zurückhaltender zu sein. Wir wollen dem Herrn Präsidenten nach wie vor das Vertrauen entgegenbringen, daß er auch in solch schwierigen Verhandlungen das Richtige finden wird — mit Takt, aber auch mit Energie. (Beifall.)

**Abg. Benedey:** Gegenüber der Anregung meines Freundes Heimburger, diese Frage zur Prüfung dem Seniorenkonvent zu überweisen, möchte ich mir den Hinweis darauf gestatten, daß wir eine Geschäftsordnungskommission in diesem hohen Hause haben, deren Vorsitzender zu sein ich die Ehre habe. (Heiterkeit.) Ich möchte also bitten, wenn man den erwähnten Vorschlag durchführen wollte, der Geschäftsordnungskommission diese Frage zur Prüfung zu überweisen.

Ich für meine Person halte übrigens ein weiteres Eingehen auf die Sache, insbesondere eine Aenderung unserer bezüglichen Geschäftsordnungsbestimmung, in keiner Weise für notwendig; Zurufe an und für sich kann man selbstverständlich nicht verbieten. (Sehr richtig!) Sie tragen unter Umständen (wie man gesagt hat) zur Belebung der Debatte bei, sie können sogar auch zu einer rascheren Beleuchtung der Debatte von einem anderen Gesichtspunkt beitragen; durch einen Zuruf kann unter Umständen eine Rede sofort angegriffen, sofort richtiggestellt werden. Zwischenrufe können also sehr ihr Gutes haben. Es kann allerdings auch ein Mißbrauch damit getrieben werden. In diesem Falle müßte eben dann der Takt des Einzelnen und die entsprechende Wahrung der Geschäftsordnung von Seiten des Präsidenten die nötige Grenze ziehen.

Ich persönlich kann mich mit der Geschäftsführung des Herrn Präsidenten, wenn sie sich auch etwas schärfer gegen die Zwischenrufe richtet, durchaus einverstanden erklären; eine gewisse strengere Handhabung der Geschäftsordnung sehe ich für meine Person in diesem Punkt nicht ganz ungern, weil es öfters vorkommt, daß die Zwischenrufe zu erheblichen Störungen ausarten.

Wenn im Reichstag eine laxere Praxis herrscht, so meine ich, hätten wir keinen Anlaß, diese auch in unserer badischen Landtag zu übertragen. Ich meine, unsere Debatten werden im allgemeinen dadurch nicht gefördert; ich habe auch weiterhin den Eindruck, es wäre besser gewesen, wenn auch diese Debatte nicht durch Zurufe hervorgerufen worden wäre.

Die Rede des Herrn Abg. Kolb — ich hoffe, ihm dabei nicht bei einzelnen seiner Parteigenossen zu schaden — war eine Rede, die einen tiefen Eindruck auf das ganze hohe Haus gemacht hat, und der Eindruck dieser Rede ist wahrlich nicht gehoben worden durch das kleinliche Nachspiel dieser Geschäftsordnungsdebatte.

**Präsident Dr. Wilkens:** Ich bin dem Herrn Abg. Obkircher dankbar dafür, daß er sowohl das frühere, als auch das jetzige Präsidium gegen den Vorwurf ungleichen Verfahrens gegen die verschiedenen Parteien energisch in Schutz genommen hat. Ich kann nur die bestimmte Erklärung abgeben, daß es nach wie vor mein eifriges Bestreben sein wird, den in diesem Hause vertretenen Parteien in gleichmäßiger Weise gerecht zu werden. Es war dies auch schon das Bestreben des früheren Präsidenten, unferes hochverehrten Herrn Kollegen Gömmer, und es ist gerade diese seine Unparteilichkeit bei den verschiedensten Anlässen von allen Parteien dankbar anerkannt worden.

Ich meine im übrigen, wir wollen jetzt diesen Gegenstand verlassen und in der allgemeinen Finanzdebatte fortfahren. Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Präsident des Ministeriums der Finanzen, Geh. Rat Becker: Ich möchte mir gestatten, anknüpfend an die Ausführungen des Herrn Abg. Kolb noch einige Worte, namentlich bezüglich der Reichsfinanzreform, zu sagen.

Der Herr Abg. Kolb hat die Reichsfinanzreform in allen ihren Teilen verworfen. Er hat zunächst dagegen eingewendet, daß sie dem § 6 der Flottenvorlage vollständig widerspreche, worin vorgesehen ist, daß ein künftiger Reichsbedarf nicht durch Belastung des Massenverbrauchs gedeckt werden dürfe. Diese Auffassung des § 6 der Flottenvorlage ist nicht richtig, wie schon im Reichstag vom Herrn Reichsschatzsekretär in eingehender Begründung dargelegt worden ist. Die Bestimmung findet sich schon im Flottengesetz vom Jahre 1898, und sie hat den Sinn gehabt, daß der Aufwand der damaligen Flottenvorlage nicht durch Besteuerung von Gegenständen des Massenverbrauchs gedeckt werden dürfe; sie ist fast wörtlich in das Flottengesetz vom Jahre 1906 übergegangen. Die Bestimmung beschränkt sich also in ihrer Bedeutung und Tragweite auf den Aufwand, der aus diesen beiden Flottengesetzen hervorgeht; der Paragraph gilt aber nicht mehr für das jetzige und für die künftigen Flottengesetze, wenn für diese nicht wieder eine ähnliche Bestimmung getroffen wird. Der Paragraph enthält aber im Allerentferntesten nicht einen endgültigen Verzicht auf jede fernere Ausbildung der Besteuerung des Massenverbrauchs.

Wenn man also in der neuen Reichsfinanzvorlage mit Rücksicht auf den ungemein hohen Finanzbedarf auch zum Teil die Verbrauchsteuer mit in den Kreis der Steuerentlastungen herangezogen hat, so setzt sie sich dadurch nicht in Widerspruch mit dem genannten Paragraphen des Flottengesetzes. Das ist, wie ich glaube, jetzt auch von der Schöpferin dieses Paragraphen, von der Zentrumsparlei, dadurch anerkannt, daß in der Reichstagskommission die Zentrumsparlei für die Mehrbesteuerung des Biers gestimmt hat, eine Besteuerung, die unzweifelhaft als eine Besteuerung des Massenverbrauchs bezeichnet werden muß.

Auch die Aufnahme der Erbschaftsteuer in die Reichssteuerordnung hat bei dem Abg. Kolb keinen Gefallen gefunden. Er hält das, wie er gesagt hat, für einen Schein. Warum es ein Schein sein soll, dafür vermißt ich die nähere Begründung. Es ist richtig, es ist nur ein Teil der Erbschaftsteuer dem Reich überlassen worden und auch dieser Teil wieder nur zu einem gewissen Anteil. Es ist ausgeschlossen die Besteuerung der Abkömmlinge und der Ehegatten, und nur die Besteuerung der Seitenverwandten und Nichtverwandten ist künftig an das Reich übergegangen unter Mitbeteiligung der Einzelstaaten. Allein, schon der finanzielle Effekt, den dieser Vorschlag für das Reich und die Einzelstaaten hat, sollte den Herrn Abg. Kolb darüber belehren, daß es sich hier keineswegs um ein Scheinmanöver handelt. Denn das Reich wird aus dieser Art der Besteuerung künftig nach den Vorschlägen 48 Millionen ziehen, einen keineswegs unbedeutenden Betrag, und die Einzelstaaten andererseits werden einen Verlust an ihrer bisherigen Erbschaftsteuer erfahren, wie ich Ihnen gestern speziell in der Anwendung auf Baden des Näheren ausgeführt habe. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch namentlich darauf aufmerksam machen, wie wenig es, vom Standpunkt des Einzelstaates aus betrachtet, angezeigt erscheint, dem Reich die ganze Erbschaftsteuer zu überweisen. Wenn dies geschieht, so wird der Verlust der Einzelstaaten noch größer. Das ist für Baden von ganz besonderer Bedeutung. Wir haben

in Baden, wie ich gestern schon erwähnt habe, nächst Hessen die ausgebildetste Erbschaftsteuer, so weit es sich um Seitenverwandte und Nichtverwandte handelt. Wir ziehen aus dieser Erbschaftsteuer — wenn ich die Fürstbergische Erbschaftsteuer, als einen einmaligen Anfall bei der Durchschnittsberechnung weglassen — eine jährliche Einnahme von 1,2 bis 1,3 Millionen. Wenn sich nun unser Verlust, den ich gestern auf 700 000 M. berechnet habe, durch die vollständige Ueberweisung der Erbschaftsteuer, wozu es ja zu kommen scheint nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen, in seiner Wirkung betrachte, so verlieren wir schließlich unsere ganze Erbschaftsteuer und stehen vor der Notwendigkeit, für einen Ausfall von 1,2 Millionen neue Deckungsmittel zu beschaffen. Ich bin für meine Person kein grundsätzlicher Gegner dessen, daß das Reich die ganze Erbschaftsteuer an sich nimmt. Aber es sind bei der Reichssteuerordnung doch nicht bloß die Bedürfnisse des Reichs zu berücksichtigen gewesen, sondern es sollte ein Wert geschaffen werden, das gleichzeitig auch auf die Interessen und Lebensbedürfnisse der Einzelstaaten Rücksicht nimmt, und deshalb ist man auch zu dieser Teilung gekommen; und namentlich die Einzelstaaten, mit einer entwickelten Erbschaftsteuer, wozu auch Baden gehört, haben am allerwenigsten Grund, daraufhin zu arbeiten, daß uns das Reich die ganze Erbschaftsteuer wegnimmt. Auch möchte ich daran erinnern, daß es sich schließlich ganz gleichgültig bleibt, ob die Besteuerung der Abkömmlinge und Ehegatten beim Reich liegt oder bei uns. Der einzige Unterschied ist nur der, ob wir davon Gebrauch machen oder nicht. Manche Staaten tragen lebhaft Bedenken, das zu tun. Auch bei uns haben früher Bedenken gegen eine derartige Besteuerung bestanden. Aber ich muß sagen, daß ich bei der Finanznot, die bei uns besteht, diese Bedenken zurücktreten lassen müßte und mit einem Vorschlag an Sie herantreten würde, der auf eine Einführung der Erbschaftsteuer auch für Abkömmlinge und Ehegatten hinausläufe. Ich glaube also, so wie die Reichssteuerordnung bezüglich der Erbschaftsteuer beschaffen ist, bietet sie jedenfalls für uns keinen Grund zur Beanstandung.

Der Herr Abg. Kolb war der Erste in diesem Hause, der darauf hingewiesen hat, daß man auch im Reich zu einer direkten Besteuerung übergehen solle. Es ist dieser Gedanke früher lebhaft in der Wissenschaft und im öffentlichen Leben erörtert worden, und es lassen sich, wie ich zugebe, vielerlei Gründe dafür anführen, daß auch das Reich eine direkte Steuer erhebt; und um diesem Verlangen entgegenzukommen, hat man ja gerade die Erbschaftsteuer zum Teil dem Reich überwiesen, weil die Erbschaftsteuer zwar zu der indirekten Besteuerungsart gerechnet wird, aber in der unmittelbaren Wirkung auf die Belastung des Besitzes an die direkte heranreicht. Aber die Erörterung einer direkten Reichsbesteuerung hat doch die Ansichten in der Richtung immer mehr geklärt, daß eine solche Besteuerung kaum durchzuführen sein werde, und daß namentlich die Einzelstaaten, die in den direkten Steuern ihre Haupteinnahmequelle zu suchen haben, mit der Konkurrenz des Reichs auf diesem Gebiet sich unmöglich einverstanden erklären könnten, oder doch jedenfalls nur dann, wenn das Reich umgekehrt einen Teil seiner indirekten Steuern, die es ja jetzt fast ausschließlich bezieht, den Einzelstaaten zustießen lassen würde; und dann gäbe es wieder eine Hin- und Herrechnung, die am Ende doch auf das gleiche Ergebnis hinauskommen würde. Ich möchte also diesem Vorschlag nicht das Wort reden.

Wenn der Herr Abg. Kolb einwendet, es führe der jetzige Zustand eben dahin, daß die Reichen nicht genügend belastet würden, so habe ich schon in meiner schriftlichen Erklärung, die ich auf die Interpellation des Herrn Abg.

Eichhorn verlesen habe, erwidert, daß dieser Ausgleich in unserer staatlichen und gemeindlichen Besteuerung herbeigeführt werde, weil dort die öffentlichen Lasten in überwiegendem Maße sowohl bei der direkten wie bei der indirekten Steuer von den besitzenden Klassen getragen werden.

Die Frage einer direkten Reichssteuer hat vor einiger Zeit den Reichstagsabgeordneten Paasche veranlaßt, eine Berechnung aufzustellen, in welcher Weise es sich ausführen ließe, die indirekten Steuern des Reiches durch direkte, namentlich durch eine Einkommensteuer, zu ersetzen. Ich erlaube mir, Ihnen diese Berechnung, die i. Zt. durch die öffentlichen Blätter gegangen ist, vorzuführen, weil sie ein außerordentlich interessantes Ergebnis liefert. Gegenwärtig erhebt das Reich an indirekten Verbrauchssteuern ungefähr 900 Millionen; dazu würde der Aufwand kommen, den jetzt das Reich noch aufzubringen hat, also noch etwa 300 Millionen. Es wären also etwa 1200 Millionen auf die direkten Steuern umzuliegen. Paasche hat nun zunächst die Berechnung auf die preußische Einkommenstatistik gestützt und festgestellt, daß, wenn man von allen Einkommen über 100 000 M. 50 Proz. des Einkommens erheben würde, das einen Ertrag von 317 Millionen ergäbe. Würde man dann von allem Einkommen von 13500 bis 100000 Mark 25 Proz. des Gesamteinkommens erheben, so würde das einen Ertrag liefern von 160 Millionen, zusammen also 477 Millionen. Wenn man nun dieses Ergebnis auf das ganze Reich ausdehnt, so würde sich erst ein Ertrag ergeben von 700 Millionen Mark, man müßte also in der Einkommenbesteuerung zu Gunsten des Reiches noch weiter heruntergehen, man müßte von dem Einkommen von 9500 bis 13500 M. 10 Proz. des Einkommens erheben, von 6000 bis 9500 M. 5 Proz., und würde auf diese Weise weitere 200 Millionen bekommen. Es gäbe das dann zusammen erst einen Betrag von 900 Millionen. Es ist also damit bewiesen, daß auch eine auf das allerhöchste gesteigerte Einkommenbesteuerung der großen Vermögen den enormen Finanzbedarf des Reiches nicht allein aufbringen kann, daß vielmehr dazu auch eine sehr starke direkte Belastung der unteren Klassen hinzutreten müßte, und daß alles zusammen nicht einmal ausreichen würde, um den Reichsbedarf vollständig zu decken. Ich glaube, man hat nach diesen Berechnungen kaum mehr einen Anlaß, eine wirklich kräftige direkte Besteuerung zugunsten des Reiches für ausführbar zu halten, jedenfalls ist aber vom Standpunkt der Einzelstaaten, die doch allein in der Ausbildung der direkten Steuern die Bedingungen ihrer Existenz finden können, ein derartiges Vorgehen nicht zu empfehlen.

Wenn Sie nun fragen, wie verhält es sich mit der Belastung durch direkte und indirekte Steuern in Baden, so werden Sie zu dem Ergebnis kommen, daß von einer übermäßigen Belastung der unteren Schichten der Bevölkerung nicht die Rede sein kann. Die Einwohnerzahl Badens hat 1905 betragen 1 867 944 Köpfe. Einkommensteuerpflichtig waren davon nur 350 623 Personen, also 18,8 Proz. der gesamten Bevölkerung. Vollständig frei von der Einkommensteuer waren 1 517 321 Personen, also 81,2 Proz. der Gesamtbevölkerung. Von den Einkommensteuerpflichtigen versteuerten Einkommen von 900 bis 2900 M. 89 Proz., während ein Einkommen von 3000 M. und mehr 38 571 Personen versteuerten, also 11 Proz. Das Einkommen-Soll hat betragen im Jahre 1905 11,9 Millionen. Dies wurde aufgebracht von den 355 000 Pflichtigen und zwar von den Pflichtigen mit weniger als 3000 M. Einkommen 3,8 Millionen, also 31,9 Proz. des Gesamtsteuer-Solls. Von den 38 571 Pflichtigen mit einem Einkommen von über 3000 M. aber 8,1 Millionen, also 68,1 Proz.

Das Ergebnis ist also, daß 81,2 Proz. der Bevölkerung von der Einkommensteuer überhaupt frei sind. Der steuerpflichtige Rest von nur 18,8 Proz. teilt sich in der Weise in das Gesamtsteuer-Soll, daß 2 Proz. der Bevölkerung mehr als 2 Drittel und 16,7 Proz. der Bevölkerung weniger als 1 Drittel des Steuer-Solls aufbringen. Noch eklatanter zeigt sich, daß der Wohlhabende die Belastung hauptsächlich trägt, wenn man fragt, welche Summe von dem Einkommen über 10 000 M. getragen wird. Hier zahlen 5031 Pflichtige, also 1,4 Proz. aller Pflichtigen 4,985 Millionen M., also nahezu 5 Millionen, und 41,7 Proz. des Gesamtsteuer-Solls. Dazu kommt dann noch, daß vom 1. Januar 1904 an von der Einkommensteuer freigelassen worden sind alle Personen mit einem Einkommen von 5 — 900 M. Es sind damals 167 539 Pflichtige freigeworden mit einem Steueranschlag von 21,7 Millionen, und einem Aufwand von 434 000 M. Hiernach kann man zweifellos annehmen, daß die Einkommensteuer in Baden fast ausschließlich von den bemittelten Bevölkerungsschichten getragen wird. Bezüglich der Realsteuern existiert eine ähnliche Statistik nicht, aber auch hier kann man sagen, daß die Steuern, die ja speziell auf dem Vermögensbesitz ruht, nicht von den Nichtbesitzenden getragen werden kann.

Aber auch wenn Sie auf die indirekten Steuern des Großherzogtums einen Blick werfen, so werden Sie sagen müssen, daß von einer Überlastung der unteren Schichten unserer Bevölkerung nicht die Rede sein kann. Die Erbschaftssteuer und die Schenkungssteuer ist keine Steuer, die die Masse belastet, denn sie knüpft sich unmittelbar an eine auf freigebigem Rechtstitel beruhende Bereicherung an.

Auch die Verbrauchssteuer hat längst aufgehört, die breite Masse des Volkes zu belasten. Sie wird im wesentlichen von der Güterpekulation in den großen Städten aufgebracht und hat in dieser Beziehung den unsozialen Charakter, der ihr früher vielleicht anhaftete, längst verloren. Darauf läßt ja der Umstand schließen, daß bis zum Ende der 80er Jahre fast kein Landtag verging, auf dem nicht Petitionen um Aufhebung der Gegenstandssteuer einliefen. Diese Petitionen sind verstummt, und man darf daraus den berechtigten Schluß ziehen, daß die Steuer aufgehört hat, auf Bevölkerungsschichten zu drücken, die sie zu tragen nicht in der Lage sind.

Es bleibt die Weinsteuer, die mit einem Ertragnis von 2,4 Millionen in unserem Budget für 1906 figuriert. Auch sie ist keine Besteuerung der Massen, denn der Wein hat mehr und mehr aufgehört, ein eigentliches Volksgetränk zu sein. Das Volksgetränk ist das Bier, und die Steuer auf Wein wird im wesentlichen von den bemittelteren Schichten der Bevölkerung getragen.

Von der Biersteuer allein ist zuzugeben, daß sie wirklich eine Besteuerung ist, die die große Masse trifft, aber sie wird willig getragen, und das Bier ist bei uns gut und billig, sogar besser und billiger als im Norden, wo die Biersteuer um das zweieinhalbfache niedriger ist als bei uns.

Es bleibt dann noch die Fleischsteuer, aber von ihr kann ich es am wenigsten zugeben, daß sie eine Besteuerung der breiten Masse des Volkes ist, weil sie bei uns in einer Gestalt auftritt, die nach unten hin wenig belastend wirkt, weil sie nur auf das Großvieh gelegt ist.

Was der Herr Abg. Kolb über die Ueberflüssigkeit der Reichsfinanzreform gesagt hat, will ich nicht näher beleuchten. Er hält die Ausgaben, die zur Sicherheit der politischen Machtstellung des Reiches notwendig sind, für unnötig und für schädlich. Darüber ist die Großh. Regierung, darüber sind sämtliche verbündeten Regierungen

und auch die überwiegende Mehrheit dieses Hauses anderer Ansicht. Wenn es eine notwendige und wichtige Kultur- aufgabe gibt, so sind es in erster Reihe die militärischen und die Marineaufgaben; denn sie sind notwendig für die Erhaltung der Sicherheit des Reichs, sie bilden die notwendige Voraussetzung aller übrigen Kulturarbeit auf dem wirtschaftlichen und auf dem geistigen Gebiete (Abg. Dr. Binz: Sehr richtig!)

Ich gehe nun über zu den Betrachtungen, die der Herr Abg. Kolb an unsere Landesfinanzen angeknüpft hat und möchte hier im Anschluß an das, was der Herr Staatsminister ausgeführt hat, mich auf wenige Bemerkungen beschränken. In Übereinstimmung mit dem Herrn Abg. Frähauf wird von Herrn Kolb die Schwarzmalerei in meinem Finanzexposé und in meinen mündlichen Vorträgen bekräftigt. Aber was ich behauptet habe nach der günstigen und nach der ungünstigen Seite unserer Finanzlage hin, habe ich mit Zahlen belegt. Ich habe mich sorgfältig davor gehütet, Ausblicke in die Zukunft zu werfen, die lediglich auf allgemeinen Gefühlsanschauungen beruhen, sondern ich habe da, wo ich mich mit der voraussichtlichen künftigen Entwicklung unserer Finanzen beschäftigte, nur mit Faktoren gerechnet, die zu überblicken ich sicher in der Lage war. Wenn man also diese Darstellung der Verhältnisse „Schwarzmalerei“ nennt, so muß ich die Beweise dafür erwarten, und ich habe sie weder in den Vorträgen des Herrn Abg. Frähauf, noch in denen des Herrn Abg. Kolb finden können.

Nur einen einzigen Beweis hat der Herr Abg. Kolb zu erbringen versucht. Er hat unsere ganze Finanzpolitik als eine unvernünftige und verkehrte Sparpolitik bezeichnet, und für diese Tatsache hat er allerdings einen bestimmten Beweis angeführt, nämlich den Beweis der Verwahrlosung der Volksschule, und den Beweis, daß so ungeheuer viele Petitionen einlaufen. Nun, was die Verwahrlosung der Volksschule betrifft, so hat darüber der Herr Staatsminister bereits das nötige bemerkt, und über diesen Gegenstand werden wir ja im Laufe dieses Landtags noch Gelegenheit haben, uns ausführlich zu unterhalten. Die Schlussfolgerung aber aus den einlaufenden Petitionen geht denn doch etwas zu weit. Was kommen denn für Petitionen? Es handelt sich in der Regel um Kleinigkeiten, und da, wo die Petitionen das Gebiet der Personalverhältnisse betreffen, sind sie ja zum größten Teil sachlich noch gar nicht durchgeprüft worden. Man weiß also noch garnicht, ob und inwieweit diese Petitionen begründet sind; und daß in den Petitionen eine ganze Unmenge unbegründeter Forderungen stecken, die zu erfüllen garnicht möglich sein wird, wird sich ergeben, wenn wir erst einmal der allgemeinen Gehaltsrevision näher treten.

Unser Budget, sagt der Herr Abg. Kolb, sei nach Schema F aufgestellt, und es stimme alles nicht. Das, was im Budget stehe, erweise sich bei den Rechnungsabschlüssen als gänzlich unrichtig. Die Rechnungsabschlüsse, das gebe ich freimütig zu, weichen mehr oder weniger von unseren Voranschlägen ab. Aber kann denn das der Herr Abg. Kolb anders machen? (Abg. Binz: sehr richtig!) Kann er mir einen Weg bezeichnen, daß ich einen Voranschlag ein Jahr vor Beginn einer zweijährigen Budgetperiode aufstelle, der genau das vorzeichnet, was nun in den nächsten 2 Jahren an Einnahmen und Ausgaben vorkommt? Ich weiß auch keinen Staat, der dieses Kunststück fertig gebracht hat, und auch in demokratischen Staaten, selbst in denjenigen Staaten, in denen die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß hat — ich erinnere an Frankreich — habe ich noch nie etwas davon gehört, daß die Voranschläge und die Rechnungsabschlüsse jeweils vollständig mit einander übereinstimmen. Nun, wenn der Herr Abg. Kolb sich erst einmal in die inneren Zusammenhänge unseres Budgets vollständig eingearbeitet

hat, dann wird er auch sehen, wie wir fortgesetzt bemüht waren und ganz sinnreiche Einrichtungen getroffen haben, um diese Differenzen zwischen dem Voranschlag und den Rechnungsabschlüssen auf das geringstmögliche Maß zu reduzieren. Ich erinnere an die vor einigen Jahren getroffene Maßnahme einer anderen Veranschlagung der Einnahmen, die lediglich zu dem Zwecke erfolgte, um den Voranschlag den augenblicklichen gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Früher haben wir unsere direkten Steuern veranschlagt nach einem Durchschnitt von 5 Jahren; jetzt nehmen wir überhaupt keinen Durchschnitt mehr, sondern wir nehmen als Veranschlagung der direkten Steuern für das Jahr 1906/7 den Kataster von 1905, also den jüngsten Kataster, der überhaupt existiert. Der Kataster für das Jahr 1906 wird ja erst nach Abschluß des Budgets fertiggestellt.

Bei den indirekten Steuern ist es ähnlich. Da haben wir früher mit einem 5jährigen Durchschnitt gerechnet und haben 10 Proz. an dem Ergebnis abgezogen. Jetzt nehmen wir den 3jährigen Durchschnitt und ziehen nur 5 Proz. ab, so daß also auch das Ergebnis der indirekten Steuern tunlichst dem wirklichen Ergebnis nähergerückt ist. Und noch in einem andern Punkte liegt eine Ausgleichung, nämlich darin, daß, wie ich schon gestern ausgeführt habe, wir für das außerordentliche Budget gar keine Deckungsmittel vorsehen. Wir wissen oder hoffen wenigstens, daß, wenn wir einen Voranschlag aufstellen für die nächsten zwei Jahre, die ordentlichen Einnahmen in höherem Maße fließen werden, als dies der Voranschlag vorsieht, weil wir mit einer günstigeren Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse rechnen. Auf derartige Mittel verweisen wir dann das außerordentliche Budget, für das außerdem nur etwaige Mittel des Betriebsfonds zur Verfügung stehen. Also mit der Aufstellung des Budgets nach dem Schema F in einer ungeschickten, geistlosen und verkehrten Weise, wie das der Herr Abg. Kolb mit großer Sicherheit hier vorgetragen hat, ist es nichts. Der Herr Abg. Kolb möge sich erst einmal in diese Dinge gehörig hineinleben, und dann wird er sehen, daß wir nicht so unvernünftig und so ungeschickt sind, wie er dies hier glauben machen will.

Der Herr Abg. Kolb ist dann auch auf meine Ausführungen bezüglich der Anlehenspolitik eingegangen und hat die Berechnung, die ich Ihnen gestern aufgestellt habe, beanstandet. Auf diese Beanstandung kann ich aber keinen Wert legen. Die Aufstellung, die ich gemacht habe, ist mathematisch, zahlenmäßig, und jeder, der sie bestreiten will, muß mir eine Aufstellung bringen, die zu einem anderen Ergebnis kommt, ohne auf falschen Rechnungsunterlagen zu beruhen. Der Herr Abg. Kolb sagte, ich hätte bei meiner Berechnung ganz vergessen, daß dem Aufwand für Verzinsung und Tilgung in den 40 Jahren, mit denen ich gerechnet habe, auch die aufgenommene Anleihe summen gegenüberstehen. Das ist ganz richtig, das habe ich aber nicht übersehen. Wenn wir in jedem Jahre 2 Millionen aufnehmen, haben wir in 40 Jahren 80 Millionen aufgenommen. Das Wesentliche aber ist, daß bei der Anlehenspolitik eine ungeheuer Belastung durch die Zinsenschuld erwächst, und diese Belastung erwächst nicht, wenn wir die jährlichen notwendigen Aufwendungen (es war speziell von Bauaufwendungen die Rede), mit 2 Millionen aus laufenden Mitteln d. h. aus steuerlichen Mitteln decken. Meine Berechnung ergibt, daß die Zinslast bei einer fortgesetzten Anlehenspolitik in der von mir gestern gekennzeichneten Art schon nach zehn Jahren 621 250 Mark beträgt; sie steigt nach zwanzig Jahren auf 1 067 500 Mark, nach dreißig Jahren auf 1 338 750 Mark und nach vierzig Jahren auf 1 435 000 Mark. Es ist demnach so, wie ich gestern gesagt habe: die An-

Lebenspolitik führt dazu, daß wir bei einer jährlichen Aufnahme von 2 Millionen nach Eintritt des Beharungszustandes mit einer jährlichen Zinslast von 1435000 Mark, also mit 71 Prozent der jährlich aufzunehmenden Summen belastet sind, und das ist eine ganz ungeheure Belastung, die durchaus unwirtschaftlich ist. Ich möchte die Herren, die diese Berechnung beanstanden, bitten, mir zu sagen, wo der Fehler steckt; ich glaube nicht, daß sie einen finden werden.

Nun ist auch beanstandet worden, daß ich die Anlebenspolitik nur zulassen will für werbende Kapitalien, für werbende Anlagen und man hat gesagt, werbend ist doch nicht allein das, was Renten und Zinsen abwirft, sondern es gibt auch sogenannte immaterielle Renten, die in allgemeinen geistigen und sonstigen Vorteilen bestehen. Diesen Einwand hat der Herr Staatsminister schon widerlegt und ich kann verzichten, auf ihn näher einzugehen.

Ich möchte noch im Anschluß an die Berechnung, die ich hier aufgestellt habe über die wirtschaftlichen Folgen der Anlebenspolitik, die Ansichten eines englischen Finanzschriftstellers verlesen, die sich an dieses Rechnungsergebnis sehr zweckmäßig anschließen lassen. Ich bemerke dazu, daß dieser englische Finanzschriftsteller seine Beobachtung an dem in England sehr stark ausgebildeten Schuldenwesen gemacht hat; er sagt: „Das Borgsystem ist den gefährlichen Krankheiten ähnlich, welche sich langsam und unmerklich in den Körper einschleichen und ihre bössartigen Kennzeichen nicht früher enthüllen, als bis sie sich an den wichtigsten Organen festgesetzt und die ganze Lebensstätigkeit verderbt haben. Der Grundfehler desselben besteht darin, daß es das Volk betrügt, indem es dasselbe in seinem Behagen nicht plötzlich stört. Aber die Verlockung führt immer weiter, bis Steuer auf Steuer gehäuft und die bleibende Last endlich größer wird, als diejenige gewesen wäre, welche nur einmal hätte getragen werden müssen, wenn sie im Wege der Besteuerung würde aufgebracht worden sein.“ Ein deutscher Finanzschriftsteller fügt diesem Zitat die ganz zutreffende Bemerkung hinzu: „Der englische Schriftsteller betont damit besonders die Gefahr, immer tiefer in Schulden zu geraten, welche einerseits in der zur Verschwendung führenden Leichtgläubigkeit liegt, Geld auf dem Wege der Anleihe bewilligt zu erhalten und aufzubringen, andererseits in der Gedankenlosigkeit, welche sich beruhigt, wenn sie nur augenblicklich bloß den Zins zahlen muß, aber nicht beachtet, daß dieser den nämlichen Wert hat, wie das Kapital, welches entweder eine ewige Last bildet oder doch obenrein auch noch bezahlt werden muß.“ Ich glaube, diesen Worten braucht man weiter nichts hinzuzufügen.

Auch bei der Eisenbahnverwaltung hat der Herr Abg. Kolb eine falsche Sparjamkeit zu entdecken geglaubt, und er hat namentlich dem früheren Eisenbahnminister — er hat jedenfalls den Herrn Minister Ellstätter im Auge gehabt — vorgeworfen, daß er mit zu großer Zurückhaltung verfahren sei, und daß man deshalb in den letzten Jahren die großen Aufwendungen habe machen müssen. Ich halte es überhaupt nicht für richtig, daß man früheren Ministern und namentlich, wenn sie inzwischen verstorben sind, Vorwürfe macht. Ich halte dies namentlich dann nicht für richtig, wenn diese Vorwürfe ganz unbegründet sind. Die Verdienste, welche sich Minister Ellstätter um das badische Land in seiner mehr als 25jährigen Tätigkeit erworben hat, stehen zu hoch, als daß sie hier durch eine falsche und unbegründete Kritik in Frage gestellt werden könnten. Die Eisenbahnen waren, als Minister Ellstätter von seinem Amte zurücktrat, durchaus in Ordnung. Man braucht nur die landständischen Verhandlungen nachlesen, und man wird finden, daß auch diese Seite seiner Tätigkeit auf allen

Seiten des Hauses Anerkennung gefunden hat. Warum haben wir die großen Aufwendungen machen müssen, die in den letzten Jahren eingetreten sind? Nicht deshalb, weil Minister Ellstätter seine Pflicht und Schuldigkeit dem Eisenbahnwesen gegenüber nicht erfüllt hat, sondern deshalb, weil im Jahre 1896, wo Minister Ellstätter längst nicht mehr im Amte war, eine ungeahnte Verkehrssteigerung eingetreten ist, von der man sich früher keine Vorstellung gemacht hat und auch nicht hat machen können. Man hat diese Verkehrssteigerung anfänglich nicht für eine dauernde gehalten und hat erst, nachdem die Verkehrssteigerung in geradezu stürmischer Weise in die Höhe ging, vom Jahre 1899 ab umfassende Maßregeln zur Bewältigung dieses Verkehrs ins Werk gesetzt. Also schieben Sie das, was in den Verhältnissen seine ursächliche Begründung findet, nicht der Tätigkeit eines um unser Land hochverdienten Mannes in die Schuhe!

Es ist dann die Finanzpolitik der Städte besonders gerühmt und ihr Beispiel dem Staat vorgehalten worden. Damit habe ich mich gestern schon abgefunden, ich will darauf nicht zurückkommen. Nur das eine will ich bemerken: Wenn man die wirtschaftliche Hebung und die großen Fortschritte, die unsere Städte gemacht haben, auf ihre Schuldenpolitik zurückführt, so scheint mir das doch eine ganz oberflächliche Betrachtung zu sein. Wenn keine anderen Momente hier mitsprechen, so glaube ich schwerlich, daß lediglich dadurch, daß große Schulden gemacht worden sind, die wirtschaftliche Lage unserer Städte sich so bedeutend gehoben hat.

Der Herr Abg. Kolb hat dann auch noch über die Schuldenpolitik bei unseren Eisenbahnen gesprochen und hat in Uebereinstimmung mit dem Herrn Abg. Früh auf das ständige Anwachsen unserer Eisenbahnschuld als etwas unverfängliches hingestellt, da der Vermögenswert unserer Eisenbahn rascher steige als die Schulden. Woher er das weiß, ist mir nicht bekannt. Was an neuen Bahnlängen in unserem Lande hinzukommt, trägt nicht einmal die Betriebskosten, jedenfalls aber nicht den Zins und die Tilgung. Wie sich durch diese Vergrößerung unseres Eisenbahnnetzes der Vermögenswert unserer Eisenbahnen heben soll, ist mir nicht klar. Man kann ja sagen, daß aus volkswirtschaftlichen Gründen der Bau derartiger Bahnen nicht vollständig umgangen werden könne, aber daß man diesen Bahnen selbst einen großen Vermögenswert, einen steigenden Vermögenswert zuschreibt, oder daß man glaubt, durch derartige Bahnen würde der Vermögenswert unseres gesamten Netzes erheblich steigen, das scheint mir doch auf einer unrichtigen Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu beruhen.

Was die Rente unserer Eisenbahnen betrifft, so befindet sich der Herr Abg. Kolb in demselben Irrtum, in dem der Herr Abg. Früh sich bewegt, und worauf der Herr Staatsminister schon aufmerksam gemacht hat. Er berechnet die Rente ohne Berücksichtigung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen. Das ist falsch. Da berufe ich mich auf den Kaufmann, den die Herren immer in die Generaldirektion entsenden wollen; der wird, wenn er die Bilanz aufmacht, dieselbe gewiß nicht abschließen, ohne darin auch die Zins- und Tilgungslast in Rechnung zu stellen. Und wenn man das tut, ist das Ergebnis unserer Eisenbahn ein recht geringes, man kann sogar sagen ein klägliches.

Auch die Lage der Eisenbahnschuldenentilgungskasse macht den beiden Herren Vorrednern keine großen Sorgen; ich muß aber sagen, daß ich mich, auch gestützt auf Zahlen, dieser Anschauung nicht anschließen kann. Ich wiederhole, daß noch 1901 und 1902 die Eisenbahnschuldenentilgungskasse nicht in der Lage war, ihre Verpflichtungen vollständig zu erfüllen, selbst nicht mit Hinzurechnung der Dotation. Dieser Zustand kann wieder kommen und

wird bei eintretenden starken Verkehrsrückgängen sogar mit Sicherheit wieder eintreten, namentlich wenn Sie bedenken, welche größeren Mehrausgaben der Schulden-tilgungskasse oder der Eisenbahnverwaltung überhaupt in den nächsten Jahren bevorstehen.

Die Eisenbahnschulden-tilgungskasse hat im Jahre 1904 eine Tilgungslast von 7,6 Millionen getragen; sie steigt im Jahre 1906 auf 8,36 Millionen. Von diesem Jahre ab treten aber die Schulden, die wir seit dem Jahre 1896 bis zum Ende 1904 gemacht haben und die im ganzen 168,5 Millionen betragen, ebenfalls in die Tilgung, was die Tilgungslast in den künftigen Jahren bis 1913 ganz bedeutend erhöht. Es steigt die Tilgungslast von 8,36 Millionen im Jahre 1906 bis zum Jahre 1913 auf 12,03 Millionen, also um nahezu 4 Millionen. Es ist ferner — wie Ihnen angekündigt worden ist — eine Erhöhung der Löhne der Eisenbahnarbeiter beabsichtigt. Man kann den Aufwand hierfür mit 1,5 Millionen veranschlagen. Und wenn die allgemeine Gehaltsrevision, die sich naturgemäß auch auf die Eisenbahnbeamten und die nicht etatmäßigen Beamten erstrecken muß, durchgeführt wird, so hat man hier mit einem Mehraufwand von mindestens 2,5 Millionen zu rechnen. Ich habe also einen Mehraufwand von 8 Millionen Mark in den nächsten

Jahren in der Eisenbahnschulden-tilgungskasse mit Sicherheit zu erwarten. Habe ich die gleiche Sicherheit, daß auch die Nettoeinnahmen der Eisenbahnverwaltung so bedeutend steigen, daß ich in der Lage bin, diese großen Beträge aus dem Eisenbahnbetrieb zu decken?

Früher haben die Erörterungen über die Finanzlage und über die Gestaltung des Budget zu großen Meinungsverschiedenheiten in diesem Hause nicht geführt. Es war ein neutraler Boden, auf dem sich alle Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden haben, und ich meine, die Wiederherstellung dieses Zustandes wäre ein erstrebenswertes Ziel. Es gibt keine Partei, die nicht das größte Interesse daran hätte, daß die Gesundheit und Kraft der Finanzen, die, seitdem das Großherzogtum besteht, der Stolz unseres Landes war, auch künftig erhalten werde. Sie werden auch für die Förderung der Kultur nach jeder Richtung hin auf diesem Wege mehr erreichen, als wenn Sie durch eine leichtsinnige Schuldenwirtschaft eine vorübergehende scheinbare Blüte der Kultur hervorrufen, der ein jäher und kläglicher Zusammenbruch notwendig folgen würde! (Lebhaftes Bravo!)

Die Debatte wird hierauf abgebrochen.

Schluß der Sitzung nach  $\frac{3}{4}$  1 Uhr.

### 23. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag den 9. Februar 1906.

Nachmittags-sitzung.

#### Tagesordnung:

- Anzeige neuer Angaben. Sodann  
1. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung:  
2. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Bechtold und Gnossen, die neuen Reichssteuerentwürfen betr. — Drucksache Nr. 24 — (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Frhr. v. Dusch, Minister des Innern Dr. Schenk, Präsident des Großh. Ministeriums der Finanzen Geh. Rat Feder, Präsident des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. v. Reichart, Geh. Oberfinanzrat Dr. Nicolai.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet die Sitzung um 3 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Es werden verlesen:

Ein Schreiben des Herrn Präsidenten des Finanzministeriums, wonach derselbe bereit ist, die Interpellation der Abgg. Obkircher und Gen., betreffend das Submissionswesen, bezüglich der Ziffern 1 und 3, die den Geschäftskreis dieses Ministeriums berühren, zu beantworten.

Zur Tagesordnung erhält zunächst das Wort Abg. Nusser (Dem.): Als ich mich zu Beginn unserer Generaldebatte zum Wort meldete, beabsichtigte ich, im wesentlichen nur einige persönliche Angriffe zu beleuchten und zurückzuweisen, die mir (zum Zentrum) anlässlich unserer Debatte über die Bonndorfer Wahlkreisverteilung angelegenheit gemacht wurden. Dazu hätte ich nicht sehr viel Zeit nötig gehabt. Sie werden es aber begreifen,

daß der erste Blockredner, der nach dem Herrn Abg. Zehnter zu Wort kommt, unmöglich an dessen gestriger Rede vorübergehen kann, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, als würden wir entweder die Ausführungen des Herrn Zehnter billigen, oder wären nicht imstande, sie zurückzuweisen. Und zurückgewiesen werden müssen sie mit aller Entschiedenheit u. Schärfe. Es waren geradezu unerhörte u. ungeheuerliche Angriffe, es waren schwere Kränkungen — das darf ich wohl sagen —, die der Herr Abg. Zehnter gegen diese Seite des Hauses erhoben hat. Wenn er erklärt hätte, er wolle den Text liefern zu einem Wahlflugblatt für den Bonndorfer Wahlkreis oder für den Wahlkreis Bruchsal oder Ettlingen, dann hätte ich die Sache einigermassen verstanden, nachdem wir von dem Herrn Abg. Zehnter bei seiner Beurteilung des „Waldmichels“ gehört haben, was alles er in Flugblättern für zulässig hält. Der schwerste Vorwurf war zweifellos der, daß man uns die durchaus in sich unbegründete Verdächtigung entgegen schleuderte, als wollten wir die Religion und die Kirche vernichten. Ich will dies am Schlusse meiner heutigen Ausführungen näher beleuchten.

Der Herr Kollege Zehnter hat sich auch wieder des „Waldmichel“ angenommen. Ich will mich hier darauf beschränken, den wesentlichsten Irrtum des Herrn Kollegen Zehnter bloß zu legen. Der Herr Minister hat mit Zug und Recht darauf hingewiesen, daß in dem „Waldmichel“ zwar auch Wahres enthalten, aber Wahres auch verschwiegen ist. Wenn ein Richter einen Zeugen zu vernehmen hat, so muß er diesen darauf aufmerksam machen, daß er seiner Zeugenpflicht nicht genügt, wenn er irgend etwas wesentliches verschweigt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er sonst eine Entstellung des wahren Tatbestandes verüben würde. Das ist aber der schwere Vorwurf, schwer aber durchaus begründet, den wir diesem „Waldmichel“ machen müssen und machen dürfen, daß er wesentliches verschweigt, und damit den wah-

ren Sachverhalt entstellt. Wenn ich von dem „Waldmichel“ spreche, so verstehe ich selbstverständlich darunter nicht den Herrn Abg. Schofer; der ist ja nur der Dichter. Ich verstehe darunter die typische Figur seiner Dichtung. Es kann mit Recht behauptet werden, daß der Abg. Schofer mit seinem „Waldmichel“ einen historischen Erfurs machen, eine geschichtliche Darstellung unserer kirchenpolitischen Geschichte geben wollte, daß er dabei aber die erste Pflicht des Historikers, die Wahrhaftigkeit verlegt und insbesondere — und das ist der zweite schwere Vorwurf, der ihm nicht erspart werden kann — das ganze Elaborat so gefaßt hat, daß der naive gläubige Leser zu der Ansicht kommen mußte, seine Religion sei wirklich gefährdet, wenn er am Wahltage nicht einen Zentrumszettel in die Wahlurne werfe. Sie (zum Zentrum) dürfen uns nicht zumuten, zu glauben, daß wir es hier mit einer Privatleistung, mit dem journalistischen Elaborat eines einzelnen zu tun haben. Dagegen spricht schon die einfache Tatsache, daß diese Dichtung, so viel ich weiß, sämtlichen Zentrumsblättern als Beilage beigegeben war. Und was nicht minder anzumerken ist, ist die Tatsache, daß man, nachdem der Wahlkampf beendet war, diese Dichtung dazu verwenden will, Geld zu machen, und zwar zur Erbauung einer Kirche. Ich hoffe nur, daß der Geist des „Waldmichel“ nicht irgendwie Einfluß ausübt auf den Geist, in dem in der zu erbauenden Kirche das Wort Gottes verkündet werden soll!

Der Herr Abg. Zehnter hat sodann — das war ein Vorwurf an die Adresse der Großh. Regierung — von einer „Kazzia“ gegen die Geistlichen gesprochen. Dieser Vorwurf muß auch von Seiten des Hauses als durchaus unbegründet zurückgewiesen werden. Wenn man doch einmal von einer „Kazzia“ sprechen will, so wäre es vielleicht angezeigt, von einer Kazzia der Geistlichen bei den Wahlen zu sprechen, von einer Kazzia der Geistlichen auf die Wähler, als von einer Kazzia der Beamten auf die Geistlichen. Herr Abg. Zehnter hat auch gemeint, die Geistlichen würden durch das Vorgehen der Großh. Regierung und durch das, was hier im Landtag hinsichtlich des Mißbrauches ihres Amtes zu politischen Zwecken gesagt worden ist, ein neues „Martyrium“ erhalten. Es hat mich nur gewundert, daß man nicht auch den Staatsanwalt in Waldshut mit dem Vorwurf belastet, er ver helfe dem Herrn Pfarrer Geisert zu einem Martyrium, weil er es für seine Pflicht hielt — und wir sagen, es für seine Pflicht halten mußte —, wegen des bekannten ominösen Briefes amtlich vorzugehen. Wenn die Geistlichen, um die es sich handelt — die Geistlichen, die bei den Wahlen den Leuten vorgaben, wenn sie in das Stimmloch kommen wollten, müßten sie einen Zentrums mann wählen, sie seien als Katholiken verpflichtet, mit dem Pfarrer, von dem sie die Kommunion empfangen, auch zu wählen, wenn sie harmlose Leute, die das ungeheure Verbrechen begingen, eine liberale Zeitung ausgetragen zu haben, von der Kommunionbank zurückgewiesen haben —, wenn sie deswegen ein Martyrium bekommen, dann wäre das ein weiterer Beweis dafür, welchen Erfolg die Verwirrung und Verhetzung großer Massen unserer katholischen Mitbürger durch die Zentrumspresse gezeitigt hat, welche Verwüstung im Rechtsbewußtsein unseres Volkes verübt worden ist.

Der Herr Kollege Zehnter hat sodann der Großh. Regierung den Vorwurf gemacht, die Beamten, die politischen Beamten hätten sich während des Wahlkampfes nicht die Reserve auferlegt, die sie als Beamte einer Regierung sich aufzuerlegen verpflichtet gewesen wären, einer Regierung, die nicht bloß versprochen hätte, über den Parteien zu stehen, sondern die auch pflichtgemäß über den Parteien stehen müsse. Ich habe mich gewundert, daß der Herr Kollege Zehnter nicht konsequent weiter gegangen ist.

Wenn man nämlich der weltlichen Regierung zumutet, mit Recht zumutet, sie solle über den Parteien stehen, so muß man dies auch von der kirchlichen Regierung verlangen. Wir wollen nicht, daß die Bureaucratie sich zurückhalte, und der Kaplanokratie dafür das Feld überlasse. Ein derartiger Zustand mag Ihnen bequem sein und von Ihnen für zulässig gehalten werden; uns ist er es nicht, denn wir legen ein entscheidendes Gewicht darauf, daß die Wahl eine freie sei und der Wahllast der freie Ausdruck der eigenen Ueberzeugung des jeweiligen Wählers ist.

Der Herr Abg. Zehnter — und das hat mich am allermeisten frappiert — hat sodann für die betreffenden Amtmänner einen Vorwurf daraus geschmiedet, daß sie in Versammlungen, in denen neben den Blockrednern auch sozialdemokratische Redner auftraten, in denen das so vielfach erörterte Wahlbündnis zwischen Block und Sozialdemokratie zur Sprache kam, es nicht für ihre Pflicht gehalten hätten, wie er sich ausdrückte, die Politik der Regierung zu vertreten und demgemäß gegen ein derartiges Wahlbündnis aufzutreten. Ja, ich möchte Sie fragen, sind denn die Beamten nicht auch Staatsbürger? Sie (zum Zentrum) sprechen ja, wenn Sie von den politischen Rechten der Geistlichen reden, mit besonderem Nachdruck immer von den staatsbürgerlichen Rechten. Sind die politischen Beamten nicht auch Staatsbürger, die als solche das Recht haben, ihre eigene Ueberzeugung auszusprechen? Die also die Befugnis besitzen, sofern sie Freunde des Wahlbündnisses sind, und sich von der politischen Notwendigkeit dieses Bündnisses überzeugt haben, dieser ihrer Ueberzeugung als Staatsbürger auch unbehindert Ausdruck zu verleihen? Wie kommt es, daß Sie in dem einen Augenblick verlangen, daß die Großh. Regierung und deren politische Beamten über den Parteien stehen sollen, während Sie in dem nächsten Augenblick das Begehren stellen, die Beamten sollten gegen das Bündnis zwischen Block und Sozialdemokratie sprechen, d. h. bei der Sachlage gar nichts anderes, als Zentrums politik und Zentrums agitation treiben? Dieser Teil der Ausführungen des Herrn Kollegen Zehnter — darum habe ich es als frappierend bezeichnet — beweist, daß Sie gegen die politische Tätigkeit der Beamten, und zwar auch als solcher gar nichts einzuwenden haben, wenn diese Tätigkeit darauf abzielt oder jedenfalls die Wirkung hat, den Hasen Ihnen in die Küche zu jagen.

Und dann noch eins, wenn ich Minister des Innern wäre — ich drücke mich hypothetisch aus, ich habe keine Ambition und auch gar keine Aussicht es zu werden, aber ich muß mich sehr vorsichtig fassen; tue ich das nicht, so muß ich, das weiß ich im voraus, es erleben, falls ich in vier Jahren noch am Leben bin und kandidiere, daß man mir in der Zentrums presse entgegenhält, ich sei eben doch ein Streber; und wenn ich mich auch dagegen wehre, dann heißt es: Ja natürlich, er leugnet es wieder, aber er hat ausdrücklich gesagt: „wenn ich Minister wäre“, und damit hat er ja seinen Wunsch ziemlich deutlich dokumentiert (Geisterheit); ich muß vorsichtig sein nach den Erfahrungen, die ich gemacht habe — also wenn ich Minister des Innern wäre und es käme einer zu mir und würde mich um Aufnahme in den Verwaltungsdienst ersuchen und würde mir etwa sagen: „er habe der gestrigen Sitzung dieses Landtags beigewohnt, habe die Rede des Abg. Zehnter gehört, und erklärte sich bereit, wenn der Fall wieder vorkommen sollte, daß Block und Sozialdemokratie — was ich hoffe, nebenbei bemerkt — ein Wahlbündnis abzuschließen, öffentlich dagegen aufzutreten.“ Dann würde ich als Minister einem solchen Bewerber einfach sagen: „Ja, sind Sie für dieses Wahlbündnis oder sind Sie dagegen?“ Wenn er mir dann erklärte: „Ja, an und für sich bin ich dafür, aber ich habe mir das ad notam genommen, was ich hier im Landtag gehört habe.“

und wenn ich Verwaltungsbeamter werde, bin ich auch bereit, im Widerspruch mit meiner Ueberzeugung gegen das Wahlbündnis aufzutreten" — dann würde ich ihm sagen: „Erstens handelt es sich bei Wahlen nicht darum, die Politik der Regierung zu vertreten, denn die Wahlen sind eine Sache des Volkes, das ist die Politik des Volkes, die hier entscheidet“, — und zweitens würde ich einem solchen Herrn erklären: „Die Regierung legt nicht bloß Wert darauf, tüchtige Beamten zu bekommen, sondern diese Beamten müssen auch anständige Menschen und müssen auch vor allem Männer sein, und wenn Sie mir sagen, Sie wären bereit, gegen dieses Wahlbündnis zu sprechen, während Sie dafür sind, dann sind Sie kein anständiger Mensch, sondern Sie sind einer, dem man die Türe weist!“ Mit einer gegenteiligen Behandlung der Sache würde man geradezu eine Schule der Gefühmslosigkeit errichten, und es ist außerordentlich überraschend, zugleich aber auch außerordentlich dankenswert, daß von jener Seite des Hauses die Perspektive eröffnet wurde, auf die Zustände, die wir zu erwarten hätten, wenn sie im Besitze der Ministerstühle wären.

Das Bündnis mit den Sozialdemokraten hat auch in den Ausführungen des Herrn Abg. Zehnter wieder eine große Rolle gespielt. Es hat gar keinen Sinn, daß Sie (zum Zentrum) den Nationalliberalen vorhalten, daß dieselben früher anders, wie Sie sagen, über die Sozialdemokratie urteilten, als das Urteil heute lautet. Beachten Sie doch die einfache Tatsache: Das Bündnis mit der Sozialdemokratie war ein Bündnis, das beide Kontrahenten eingehen im vollen Bewußtsein ihrer Gegenseitigkeit auf mehr als einem Gebiet unseres öffentlichen Lebens. Jene werden Sie im Landtag bei mehr als einer Gelegenheit konstatieren können und wenn Sie sich dann bei jedem Anlaß, in dem diese Gegenseitigkeit zum Ausdruck kommt, freuen würden, dann würden Sie eben damit nur beweisen, daß Sie immer noch nicht diese ganz einfache Tatsache verstehen oder verstehen wollen, die vorliegt, daß es ein faktisches Zusammengehen gewesen ist und ist, unbeschadet der Selbstständigkeit im übrigen auf beiden Seiten.

Der Herr Abg. Zehnter hat es dem Herrn Minister sehr verübelt, daß dieser einmal gesagt hat, er möchte die Sozialdemokraten hier im Landtage gar nicht vermischen. Ja, wir haben doch eine Volksvertretung, welche als solche die Vertretung des ganzen Volkes sein soll, wenn sie den Namen Volksvertretung verdienen will. Die Wahlen sollen nicht dazu dienen, den wahren Zustand zu verschleiern, sondern dazu, die wahren Zustände im Organismus unseres Volkskörpers auch nach außen hin zu deklarieren. Die Ausübung des Wahlrechts ist nicht bloß ein konstitutiver Akt — konstitutiv insofern, als er die Volksvertretung konstituiert, sondern auch ein deklarativer Akt — deklarativ insofern, als er zeigt, welche Strömungen im Volke vorhanden sind; dadurch gewährt er die Möglichkeit, daß diese Strömungen aus der Tiefe des Volkskörpers heraus an die Oberfläche gelangen, damit diejenigen, die mit diesen Strömungen rechnen müssen — und das muß jeder Staatsmann, das muß jeder Politiker — sie kennen lernen. Also die Sozialdemokratie, die eine große Anzahl von Anhängern im Lande Baden hat, die gehört gerade so gut in die parlamentarische Körperschaft hinein, wie die Zentrumsparthei, wie die nationalliberale und auch wie die demokratische und freisinnige Partei. Das ist ein Standpunkt des Rechtes und der Gerechtigkeit und eine der allgeringsten Konsequenzen aus unserem Repräsentativsystem. Wenn Sie aber das nicht wollen, ei, dann haben Sie ja ein ganz naheliegenderes Mittel: Verlangen Sie doch ein Gesetz, das einfach bestimmt: wer Sozialdemokrat ist, hat

kein Wahlrecht, jedenfalls ist ihm die Wählbarkeit zu entziehen. Dann scheint auch schon die allgeringste Klugheit die Wahl von Sozialdemokraten zu gebieten, denn durch sie sorgen wir dafür, daß die Dummheiten, die gemacht werden, nicht von den bürgerlichen Parteien allein gemacht werden. (Lebhafte Heiterkeit). Wenn ich von Dummheiten spreche, denke ich natürlich nur an uns, die Volksvertreter, selbstverständlich nicht an die Regierung; dazu bin ich viel zu höflich und ich kenne auch die Legende: „wem Gott ein Amt gibt“ und so weiter. (Heiterkeit).

Wir „entschuldigen“ dieses Bündnis nicht. Denn was zu Recht besteht, was an sich notwendig und vernünftig ist, das bedarf keiner Entschuldigung. Ich möchte aber die Herren noch darauf aufmerksam machen, und die Tatsache kann nicht aus der Welt geschafft werden, daß mehr als einer unserer Kollegen von der sozialdemokratischen Partei hier im Landtag sein Mandat der sehr energischen und tatkräftigen Unterstützung großer Zentrumswählermassen mit verdankt. Der „Badische Beobachter“ schrieb kurz nach der Stichwahl: „die Zentrumswähler hätten „wütend“ zum sozialdemokratischen Zettel gegriffen“. Die Witze scheint übrigens auf Ihrer Seite nicht bloß unmittelbar vor der Stichwahl eine ganz besondere Rolle gespielt, sondern bis zum gestrigen Tage sehr lebhaft gewirkt zu haben „und der Erfolg, die Sozialdemokratie steckt lachend ihren Gewinn ein, während sie andernfalls auch nicht ein weiteres Mandat bekommen hätte! Viele Zentrumsleute, bis hinein in die Mitglieder des Ortsausschusses, hätten sozialdemokratisch gewählt“. Ja, was bleibt denn dann von der Zentrumsparthei noch übrig? Dann sind es vielleicht einige wenige, die die Proklamation ausgegeben haben, die außerordentlich treffend von dem Herrn Abg. Kolb schon charakterisiert worden ist. Sie hätten diese Proklamation der Wahlenthaltung einfach in die Worte kleiden können: „Den Teufel hole der Teufel und was die Sozialdemokratie anbelangt, die grüßen wir nicht unter den Linden.“ Ich habe auch die feste Ueberzeugung und trete Ihnen (zum Zentrum) nicht zu nahe, wenn ich dieses ausspreche: so gut Sie das Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie in Bayern abgeschlossen haben, hätten Sie es auch in Baden abgeschlossen. Ja, in Bayern war die Sozialdemokratie das bayrische Dirndl, das sich von den dortigen Zentrumsleuten in die Wangen kneifen ließ; in Baden war die Sozialdemokratie die Suleika, die sich spröde und abgeneigt zeigte, es lag nur an ihr, nicht an den Bewerbern. Wenn diese Suleika auch nur im Entferntesten mit den Augen gezwinkert hätte (Heiterkeit), ich habe die feste Ueberzeugung, daß die Waldmichel und die Stadtmichel in großen Scharen zusammen gelaufen wären (Lebhafte Heiterkeit), und ich will nicht mit dem Ausdruck des Beobachters sagen „wütend“, sicher aber ungestüm nach den bekannten „Hochzeitsfackeln“ gegriffen und sie dem jungen hoffnungsvollen Paare vorangetragen hätten, der Herberge zum Waldmichel zu, unter deren Türe Konstantin, der Herbergsvater, schmunzelnd das junge Paar empfangen hätte. (Heiterkeit).

Es ist nun ja bei Ihnen (zum Zentrum) in neuerer Zeit ganz besonders Tradition geworden, von Zeit zu Zeit ihre Visitenkarte bei Hof abzugeben. Ich meine, Sie sollten nur — das wäre doch nur eine sehr billige Zumutung, — jeweils als Kommentar ein gewisses Kapitel Ihres „Waldmichel“ beilegen. Dann würde dieser Akt öffentlicher Ehrenbezeugung auch in dem richtigen Lichte erscheinen.

Wie Sie (zum Zentrum) es machen, davon möchte ich Ihnen doch bei dieser Gelegenheit auch noch einige Proben vorhalten, und zwar Tatsachen, die Sie nicht als „Privatleistungen“ von sich abschütteln können.

Im Wahlbezirk Meßkirch ist unmittelbar vor der Stichwahl ein Zentrumsflugblatt erschienen; ich will es Ihnen hier vorhalten, auch der Kurzsichtigste von Ihnen wird das, worauf es wesentlich ankommt, zu lesen vermögen. (Lebhafte Heiterkeit): „Der Großherzog“ — und „Großherzog“ ist außerordentlich groß gedruckt — „Der Großherzog, unser Landesherr, hat sich, wie wir soeben von bestinformierter Seite erfahren, ganz entsetzt ausgesprochen über das Wahlbündnis der Liberalen mit den Sozialdemokraten. Wähler, Mitbürger, Ihr handelt also im Sinne des Großherzogs, wenn Ihr gegen die Liberalen Eure Stimmen abgibt.“

Wer, und ich nehme auch diejenigen nicht aus, die republikanische Neigungen haben, wer, steht der Person unseres Großherzogs nicht in größter Verehrung und Hochachtung gegenüber? Das ist eine Frage, über die brauchen wir uns gar nicht zu unterhalten. Aber das sollte auch feststehen, und man sollte nicht immer nötig haben, diese Trivialität hervorzuheben: Die Wahlen sind doch nicht dazu da, daß man unten im Volke erfährt, was der Wunsch des Fürsten oder der Regierung ist, sondern die Wahlen sind dazu da, daß man oben zur Kenntnis bekomme, was das Volk wünscht und braucht. Ich wiederhole: Wenn man mit derartigen Mitteln den Wahlkampf gekämpft hat, dann sollte man doch so bescheiden sein und nicht immer mit der großen Anzahl der Stimmen sich brüsten.

Ich habe hier eine andere Kundgebung bei mir, die ebensowenig von Ihnen abgelehnt werden kann. Es ist der „Pfälzer Bote“ Nr. 262. Hier ist in einem Artikel gesagt (es ist vorher davon die Rede, daß in Freiburg auch Beamte das große Staatsverbrechen begangen hätten, hier unseren trefflichen Kräutler von der Sozialdemokratie zu wählen). „Alle diese und eine Unmenge anderer Herren in hervorragender Lebensstellung haben sich für die Kräutlersche Wahl bemüht. Der konstitutionelle monarchische Staat kann sich eigentlich so etwas nicht gefallen lassen.“ Ich bemerke noch zur Charakteristik, daß im Eingang einige dieser Beamten namentlich genannt sind. „Im Königreich Preußen, den undenkbarsten Fall vorausgesetzt, ein hoher Beamter wählte sozialdemokratisch, würde man kurzen Prozeß machen. In Baden sind wir schon so weit, daß Regierung und Beamtenschaft die Abgabe sozialdemokratischer Stimmen als etwas Verzeihliches, wenn nicht Erwünschtes ansehen.“ Ja, wo bleibt da das Recht des Staatsbürgers, seiner inneren Ueberzeugung gemäß zu wählen, das Recht, das Sie immer, wenn es sich um Ausübung politischer Rechte, angeblicher oder wirklicher politischer Rechte auf Seiten der Geistlichen dreht, so scharf betonen? Nach der Stichwahl, nehme ich an, hat der Verfasser dieses schönen Artikels es für ein Gebot der Klugheit gehalten, der Großh. Regierung mitzuteilen, daß seine Denunziation sich selbstverständlich nicht gegen den Herrn Revisor Trentle in Karlsruhe, den bekannten Zentrumsbeamten richtete, der sozialdemokratisch agitierte und wählte (Sehr richtig!), sondern nur gegen die liberalen Beamten.

Da ich gerade an Flugblättern und Preßerzeugnissen vonseiten der Zentrumsparthei bin, will ich Ihnen noch eines unterbreiten. Es ist unterschrieben „das Zentrumswahlkomitee“. Es handelt sich um den 51. Wahlkreis, Bruchsal. Sie, meine Herren von der nationalliberalen Partei haben ein ganz besonderes Interesse, sich dieses Flugblatt etwas näher anzusehen. Es ist das, welches an die Eisenbahnbediensteten gerichtet war und ist datiert, „Bruchsal, den 12. Oktober 1905.“ Es wird hier gesagt, daß insbesondere die Zentrumsparthei sich immer der Eisenbahnbediensteten angenommen hätte, daß in der Sitzung vom 7. Mai zunächst der Herr Abg. Gießler gesprochen hätte, dann hätte sich auch der Herr Abg.

Schmidt der Interessen der Eisenbahner angenommen usw. usw. „Tatsache ist auch,“ wird nun hier allergnädigst berichtet, „daß die Nationalliberalen sich an der Debatte kaum beteiligten. Der erste liberale Redner, der Abg. Binz, hat aus der Interesslosigkeit seiner Partei scheint einen Schaden seiner Partei für die kommenden Wahlen befürchtet und eingangs seiner Rede gesagt: man müsse nicht denken, daß sie, die liberale Partei, kein Interesse für die Beamten hätte.“ Also, Herr Kollege Binz erklärt, man solle nicht denken, seine Partei habe keine Interesse für die Beamten, und dann macht das Flugblatt daraus den Satz, er habe damit die Interesslosigkeit der liberalen Partei konstatieren wollen. (Abg. Dr. Binz: Echt!) „Der Abg. Neuwirth meint sogar, die Lage bei den Bahnarbeitern könne nicht so schlecht sein, weil der Zugang so stark sei.“ Ich habe mir den Bericht der „Karlsruher Zeitung“ hervorgeholt und gefunden, daß der Herr Kollege Neuwirth gesagt hat: „Ich kann mich dem Antrag der Kommission“, — der bekanntlich auf Ueberweisung der betr. Petition und zwar mit einer sehr warmen Begründung gelaundet hat — „aus voller Ueberzeugung anschließen.“ Das verschweigt man, wie man es auch verschweigt, daß insbesondere unser jetziger Herr Präsident sich in jenen Tagen mit großer Wärme und Entschiedenheit der Interessen der Eisenbahner namens der nationalliberalen Partei angenommen hat; wie man auch verschweigt, daß mehrere sozialdemokratische Redner sich in derselben Weise äußerten, wie auch, daß mein Freund Benebey und nicht zuletzt ich sehr lebhaft diese Interessen vertreten haben.

Hier haben Sie wieder einmal ein typisches Beispiel von Waldmichelei. Es ist ja an und für sich im großen und ganzen nichts Unwahres, was geschrieben wird; aber man verschweigt die Hauptsache, man stellt damit den Tatbestand denn jeder, der dieses Flugblatt in die Hand bekommt, muß natürlich annehmen, daß eigentlich nur die Zentrumsleute sich der Eisenbahner angenommen hätten, während die übrigen entweder ihre Interesslosigkeit verschleiern hätten, oder sich um die ganze Sache garnichts kümmerten. Es scheint, daß der Geist der Waldmichel schon bedenklichere Verwüstungen angerichtet hat, als man glauben möchte. Zum Schluß wird in dem Flugblatt natürlich die Zentrumsparthei als einzig wahre Volkspartei bezeichnet und verlangt, die Eisenbahnbeamten sollen ihre Dankbarkeit — das ist gesperrt gedruckt — der Fraktion gegenüber beweisen und deshalb einen Zentrumsmann wählen. Also nicht bloß einen Akt katholischer Glaubensbetätigung, nicht bloß einen Akt der Loyalität dem Landesherrn gegenüber, sondern auch einen Akt der Dankbarkeit soll der Wähler vornehmen, derselbe Wähler, der, wenn es ihm mit dem Wahlrecht wirklich ernst ist, lediglich aus der richtigen Beurteilung der gesamten politischen Lage eine Ueberzeugung gewinnen und darnach seine Entscheidung treffen soll.

In der Sitzung, in der die Bonndorfer Wahlangelegenheit zur Beratung stand, hat zunächst der Abg. Zehner in einem nur an meine Adresse gerichteten Zwischenruf gemeint, ich sei jahrelang von der Zentrumsparthei auf den Sattel gehoben worden, ich hätte mich jahrelang von ihr wählen lassen. Nun, ich habe ja nie in Abrede gestellt, daß ich in den Landtag nicht gekommen wäre, wenn nicht auch die Zentrumsparthei in Offenburg mich gewählt hätte, und ich stände auch heute nicht an dieser Stelle, wenn nicht die Nationalliberalen und die Sozialdemokraten in Offenburg für meine Wahl eingetreten wären. Aber was folgt daraus? Bin ich denn dadurch zum Hürigen, zum Sklaven irgend einer Partei geworden? Habe ich auch nur einen Augenblick ein Hehl aus meiner persönlichen Ueberzeugung gemacht?

Waren Sie einen Augenblick in Zweifel darüber, daß Sie in mir einen Mann sehen, der, was das religiöse Gebiet anbelangt, auf einem sehr freien Standpunkt steht? Habe ich im ganzen Verlauf meiner politischen Tätigkeit auch nur einmal etwas gesagt oder etwas nicht gesagt aus Rücksicht auf meine Wahl, um mir Ihre Wahl sympathe zu verschaffen, oder wo ich sie habe, sie mir zu erhalten? Nie und nimmer, meine Herren! Die Zentrumsparthei und ihre Redner haben bei mehr als einem Anlaß das ausdrücklich konstatiert und sich dessen gerühmt, obwohl sie wußten, daß insbesondere wenn es sich um kulturelle Fragen handelt, tiefste Gegenseitigkeit zwischen ihnen und uns besteht. Es war nicht Neigung zu uns und zu unserer Sache, sondern es war der Haß gegen den Nationalliberalismus, der Sie veranlaßt hat, uns Demokraten zu wählen, und wenn Sie mich in den Sattel gehoben haben, so lag doch der Sattel auf meinem Pferd, und mein Pferd habe ich geritten, und es hat Ihnen sehr gut gefallen, so lange meine Rosinante mich gegen die Nationalliberalen trug. Der Herr Kollege Fehrenbach, den ich zu meinem Bedauern nicht erblicke, ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen und hat gesagt, „so lange hätte ich von den Leuten gelebt, und jetzt behandle ich Sie so.“ Ich verbeuge mich in Ehrfurcht vor der Noblesse einer solchen Gesinnung und vor der Höhe eines solchen Standpunktes. Herr Fehrenbach nannte mich eine Narrität. Nun, ich bin bescheiden genug, ihm neidlos neben manchen anderen Vorzügen auch den einzuräumen, daß er keine Narrität ist. Er hat sodann gemeint, es wäre mir in Offenburg ein Denkmal zu errichten mit der Inschrift, „vom Jahre 1889 bis zum Jahre 1903 Abgeordneter von Zentrumsparthei, und dann Abgeordneter von Gnaden der Nationalliberalen und Sozialdemokraten.“ Es ist mehr als einer unter Ihnen, der reichlich Gelegenheit hatte, meine politische Tätigkeit, die sich in aller Öffentlichkeit vollzog, nach allen Seiten hin zu kontrollieren, und wenn Sie ehrlich und gerecht in der Beurteilung auch eines Gegners sein wollen, dann dürfen Sie mir das Zeugnis nicht vorenthalten, daß ich in jedem Fall lediglich auf Grund meiner eigenen Ueberzeugung handle und daß ich nicht an irgend welche Vorteile gedacht habe. Wer in die Reihen der Demokratie eintritt, der muß darauf verzichten, irgend welche Vorteile einzubehalten. Er muß darauf gefaßt sein, unter Umständen sogar gesellschaftlich boykottiert zu werden, insbesondere, wenn er in Zeiten von Ausnahmegeetzen gemäß seiner Ueberzeugung es wagt, sich der unter diesen Geetzen Leidenden anzunehmen. Wenn Sie aber eine Inschrift brauchen auf ein Denkmal, das ich nicht verlange und nicht verdiene, dann wüßte ich Ihnen eine, die die wahre Natur der Verhältnisse deutlicher kennzeichnet als die, die Sie mir zugebacht haben, es wäre nämlich die: vom Jahre 1889 bis 1903 „Hosianna“ und von dort an „kreuzige ihn!“ (Oho! im Zentrum.)

Was ist nun das Verbrechen, das ich begangen habe? Ich habe mich scharf ausgesprochen gegen die Agitation der Geistlichen. Dazu hatte ich früher nie Gelegenheit, denn, das werden Sie mir doch zugeben, daß seitdem ich im Landtag bin, auch nicht ein einziges Mal ein derartiges geradezu unheilvolles agitatorisches Auftreten von Geistlichen zu konstatieren war. (Zwischenruf des Abg. Dieterle: Früher wie jetzt!) Nun, dann ist es nicht zu unserer Kenntnis gekommen, dann weiß der Herr Abg. Dieterle mehr über diese Dinge, und er wird vielleicht, wenn wir die Interpellation über die Agitation der katholischen Geistlichen zu erledigen haben, noch weiteres Material liefern, damit dann die Groß-Regierung weiter zurückgreifen kann. Jedenfalls sind derartige Fälle nicht zur Kenntnis des Landtags gelangt.

Ich habe auch, und darauf bezog sich der Zwischenruf des Herrn Abg. Zehner, niemals ein Fehl daraus gemacht, daß ich gerade das durch und durch reaktionäre Vorgehen des Zentrums anlässlich der Umsturzgesetzgebung auf das allerhöchste verurteile. Es war außerordentlich interessant, um nicht zu sagen amüßant, mit welcher Leichtigkeit der Herr Abg. Fehrenbach über dieses außerordentlich wichtige Kapitel hinweggegangen ist. Ich finde es sehr begreiflich; denn jener Antrag, der in der Presse viel zu wenig beachtet und nach seiner Tragweite gewürdigt worden ist, jener Antrag ist nicht bloß aus dem ureigensten Geiste des Zentrums herausgewachsen, sondern er zeigt uns auch, welche Zustände wir in Deutschland zu riskieren haben würden, wenn es der Zentrumsparthei gelänge, einen entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung unseres Staats zu erlangen. Denn was Sie damals versucht haben, das werden Sie wieder versuchen in dem Augenblick, wo Sie das haben, was Ihnen noch fehlt, die nötige Macht. Der Herr Kollege Kolb hat zwar heute gemeint, Sie würden nicht etwa den mittelalterlichen Staat rekonstruieren wollen. Mit einer gewissen Beschränkung ist das richtig. Wenn man die offiziellen oder offiziellen publizistischen Kundgebungen des Ultramontanismus und der Zentrumsparthei im speziellen verfolgt, dann kann man keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß das, was Sie im Jahre 1895 versuchten, von Ihnen wieder versucht werden wird und versucht werden muß, sobald Sie, wie ich gesagt habe, imstande sind, aus dem Versuchsstadium zur Vollendung überzugehen. Es ist nicht bloß das hervorzuheben, daß nach diesem Antrag derjenige bestraft werden soll, und zwar durch die Gesetzgebung des modernen Staats, des Staats der Denk- und Gewissensfreiheit, der in rein wissenschaftlicher, durchaus nicht verletzender Form die Existenz Gottes leugnet, nein, auch derjenige müßte gestraft werden, der die Unsterblichkeit der Seele angreift oder negiert und sogar der, der den religiösen Charakter der Ehe bestreitet. Wer also etwa sagt: die Ehe ist ein rein bürgerliches Rechtsverhältnis und kein religiöses, der wäre, wenn dieser Antrag Gesetz geworden wäre, dem Strafrichter zu überantworten. Das verlangt dieselbe Partei, die für sich das Recht in Anspruch nimmt, gerade gegen die staatliche Ehegesetzgebung, diesen außerordentlich wichtigen Teil der staatlichen Gesetzgebung, nicht bloß anzustürmen, sondern in der verächtlichsten, verlegtesten Form zu urteilen. Ich will nicht, all das, — das Beweismaterial ist geradezu erdrückend — vorbringen, was ich könnte. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß Ausdrücke, und zwar von Professoren der Theologie an der Universität, gefallen sind, wie die, daß die staatliche Zivilehe ein Kontubernat sei usw. Also Sie verlangen, meine Herren, der soll in das Gefängnis eingesperrt werden, der den religiösen Charakter der Ehe angreift oder bestreitet, während Sie sich für sich das Recht in Anspruch nehmen, wie gesagt in der beschimpfendsten Form Gesetze des Staates, staatliche Einrichtungen herunterzureißen, dabei sich aber doch immer als die patentierten Stützen nicht bloß des Altars — das will ich Ihnen zugeben — sondern auch des Trons zu präsentieren. In einer Flugchrift — sie nennt sich katholisches Flugblatt — herausgegeben von der „Germania“, betitelt „Staat und Religion“; soll der Staat religiös oder religionslos sein? — da heißt es: „Gewiß steht es jedem frei, zu denken und zu glauben, was er will. Darüber wird einst ein anderer richten.“ Also Proklamation der Denk- und Glaubensfreiheit! Aber sobald er mit seinen Geistesprodukten an die Öffentlichkeit tritt, dann hat der Wächter der öffentlichen Sicherheit sein Augenmerk darauf zu richten. „Bringt ein Lehrer oder Professor oder sonst jemand arglose Seelen um ihr kost-

bares Gut, um ihren Glauben und ihre Sitten, so bietet das Gesetz kaum eine Handhabe, ihm das Handwerk zu legen."

Es kommt mir vor, wie wenn jemand sagt, er sei für Pressfreiheit, er wolle das Recht gewahrt haben, daß man alles drucken dürfe, ohne vorher der Kontrolle des Zensors unterworfen zu sein; aber sobald man das Gedruckte publiziert, dann hört die Pressfreiheit auf. Sobald man das, was man im innern seiner Seele denkt, veröffentlicht, dann hört auch die Dent- und Gewissensfreiheit auf. Und das Wesen der Dent- und Gewissensfreiheit besteht aber doch gerade darin, daß ich nicht bloß das denken und glauben kann, was ich will — das bräuchte nicht als staatliches Grundgesetz verfassungsmäßig garantiert zu werden — sondern daß ich, soweit es nicht gegen das Strafgesetz verstößt, es offenbar und kundbar machen darf.

Und in einer anderen Flugschrift, da ist sehr klar und deutlich zu erkennen, wohin wir kämen, wenn sie wirklich noch mehr zur Macht gelangen, als sie schon gelangt sind. Und ich muß Ihnen auch das noch entgegenhalten, weil die Aenderung der Taktik, die Blockbildung, nicht, wie man leicht hin glauben könnte, lediglich auf Vorkommnisse der letzten Zeit zurückzuführen ist, sondern weil eine Reihe von politischen Erscheinungen in ihrer Totalität zu dieser Blockpolitik mit Naturnotwendigkeit geführt haben. In dieser Flugschrift heißt es mit Bezug auf Clemens v. Alexandrien: „Es gibt Fragen, auf die man eine Strafe setzen soll, z. B., ob es eine Vorsehung gibt, da der Anblick aller Dinge beweist, daß eine solche existiert.“ Also schon eine Frage soll strafbar sein. Es wird dann in derselben Flugschrift verlangt, daß der Staat nicht allein verpflichtet sei, die rein bürgerlichen Vergehen und die gemischten Vergehen abzuurteilen, sondern daß er auch als Staat die kirchlichen Vergehen abzuurteilen habe, wie die Apostasie, Schisma, qualifizierte Häresie usw. „insbesondere“, heißt es, „wenn die Kirche als natürliche, berufene Sachverständige über den Tatbestand entschieden hat und den Angeklagten bezw. den von ihr Verurteilten dem weltlichen Arm zur Strafe überweist.“ Mit anderen Worten: Sie verlangen gar nichts anderes, als daß der moderne Staat derartige rein kirchliche Vergehen strafe, durchaus im Widerspruch mit seiner Grundlage der Dent- und Gewissensfreiheit (Abg. Kopp: Wo haben wir das mal verlangt? . Ja, ich sage es Ihnen ja eben, geehrter Herr Kollege Kopp, daß Sie das finden in der katholischen Flugschrift: Staat und Religion, Religion und Strafgesetz, Nr. 121, herausgegeben von der „Germania“. Schütteln Sie doch nicht alles ab, sonst müssen Sie sich ja auch selbst noch abschütteln. Es wird auch hier ferner direkt verlangt, daß die Leugnung des Daseins Gottes und der Unsterblichkeit der Seele bestraft werden solle, und an einer andern Stelle findet man es unentschuldigbar, daß es keinen Strafschutz gibt gegen „unverschämte Angriffe auf katholische Konferenzen, Versammlungen und Kundgebungen“. Ich habe noch außerordentlich viel Material, stelle es aber zurück, weil ich befürchten müßte sonst Ihre Zeit und Geduld zu lange in Anspruch zu nehmen.

Was Sie aber insbesondere beachten wollen, ist nun Folgendes: Ich habe das, was ich gegen dieses reaktionäre Vorgehen des Zentrums zu bemerken hatte, schon im Jahre 1895 und zwar in öffentlichen Versammlungen gesagt und bin noch weiter gegangen. Ich habe damals mein Landtagsmandat niedergelegt. Ich habe damals erklärt: Meine Zentrumswähler wüßten zwar ganz genau, wie ich denke und sie haben ausdrücklich erklärt, daß sie es auch begreiflich und selbstverständlich finden, daß ich in der freien Aussprache meiner Ueberzeugung in keiner Weise gehemmt sein soll. Aber ich legte mir die Frage vor, ob ich das alte Vertrauen auch

dann noch haben würde, wenn ich wirklich von dieser Redefreiheit praktisch Gebrauch machte, und ob ich besonders auch die Gewähr dafür hätte, daß ich in Zukunft unbekümmert darum, daß mich auch Zentrumsleute gewalt haben, rückhaltlos sagen dürfte, was meine Ueberzeugung ist. Deswegen habe ich das Mandat niedergelegt; es ist nicht die einzige Konsequenz, die ich aus dem Verhalten des Zentrums gezogen habe; die andern sind hier nicht zu erörtern, meine Freunde kennen sie. Und was geschah? Dasselbe Zentrum, das mir zum Vorwurf macht, daß ich in Verletzung einer angeblichen Pflicht, der Dankbarkeit, so scharf gegen das Zentrum aufgetreten bin; dasselbe Zentrum hat mir einfach erklärt: Wir finden es ganz begreiflich und berechtigt, daß Sie in freier Betätigung Ihrer Ueberzeugung keinerlei Rücksicht darauf nehmen, daß wir vom Zentrum Ihnen die Stimmen gegeben haben und verlangen dies auch für die Zukunft nicht von Ihnen. Und dasselbe Zentrum hat mich wieder gewählt! Sie haben mir das Vertrauen ausgesprochen, und jetzt im Jahre 1906 kommt die Zentrumsparthei und ihr nach die Zentrums-pressen im ganzen Lande, und macht mir aus der freien Betätigung dieser Ueberzeugung einen Vorwurf! Diese Geschichte meiner persönlichen politischen Laufbahn ist, glaube ich, ein interessantes Kapitel der Zentrums-geschichte.

Ich darf hier weiter daran erinnern, daß ich, als die lex Heinzebewegung ins Leben trat, hier im Landtage eine Interpellation einbrachte; sie richtete sich direkt gegen das Zentrum. Ich habe darin in aller Schärfe hervorgehoben, was hervorzuheben war; Sie haben nichts dagegen eingewandt. Nun frage ich Sie, wenn Sie beachten den ersten Vorstoß im Jahre 1885 gegen die Freiheit des Denkens und der Wissenschaft, dann diesen Vorstoß gegen die Freiheit der Kunst, werden Sie es uns verübeln können, wenn wir in Zusammenstellung aller dieser Tatsachen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß das Zentrum nicht bloß innerlich reaktionär ist, sondern daß es auch den Zeitpunkt für gekommen hält, sein reaktionäres Wesen in Institutionen unseres Rechts- und Staatslebens umzusetzen? Werden Sie es uns dann verübeln dürfen, wenn wir in jedem numerischen Anschwellen der Zentrumsziffer ein Anwachsen der Zentrumsgefahr erblicken? Und die Zentrumsgefahr besteht gerade darin, daß die Zentrumsvorherrschaft in Deutschland eine Gefährdung unserer höchsten kulturellen Güter — der Freiheit des Denkens, der Freiheit der Wissenschaft und der Freiheit der Kunst ist! Ich muß ferner daran erinnern, daß, was wir früher nicht in diesem Umfang zu beklagen hatten, die Konfessionalisierung unseres ganzen Lebens unter sehr tatkräftiger Mitarbeit des Zentrums versucht und mit Erfolg praktiziert wird, die konfessionelle Absperrung des Einzelnen, nicht bloß, wie wie mein Freund Heimbürger gesagt hat, von der Wiege bis zum Grab, sondern, wo Sie die Macht und das formelle Recht haben auch über das Leben hinaus. Auch zwischen den Gräbern suchen Sie eine konfessionelle Demarkationslinie zu ziehen; denken Sie an die ominösen Kirchhofsangelegenheiten, an den Fall Fall Famed! denn man besser „Znfamed“ nennen sollte.

Da tritt allerdings eine Weltanschauung zu Tag, die uns von ihnen durch einen Abgrund trennt. Das gebe ich ihnen zu. Wir wollen nicht, daß die Menschen in den Schraubstock einseitiger Konfessionalität eingespannt und für ihr ganzes Leben festgehalten werden. Wir wollen nicht, daß schon den jungen Menschen das Gift zu konfessioneller Gegenfährlichkeit eingeträufelt wird. Wir wollen nicht, daß zu unseren wirtschaftlichen und sozialen Spaltungen noch die gefährlichsten, die religiöse und konfessionelle kommt. Wir wollen nicht, daß in den konfessionellen Verbänden diese geistige und geistliche

Massage einsetzt, um eine Abstinenz zu erzeugen gegen alle Wissenschaft, soweit sie nicht kirchlich abgestempelt ist. Nein, das wollen wir nicht und das dürfen wir nicht wollen; wir wollen, daß der Mensch das Recht hat zu zweifeln, sich eine eigene Ueberzeugung zu schaffen, wir wollen daß die Menschen volle Menschen, Persönlichkeiten, keine Marionetten werden. Gerade auch der Ausblick auf die Gefährdung, die mit dieser Konfessionalisierung verbunden ist, muß uns die Gefahren zum Bewußtsein bringen, mit denen uns der Klerikalismus bedroht. Es wundert mich, daß sie noch nicht einen Antrag gebracht haben, dahin gehend, daß in unseren Eisenbahnwagen nicht bloß Kupes für Nichtraucher und Raucher sondern auch solche für Katholiken und Nichtkatholiken eingerichtet werden sollen. Wenn Sie uns den Vorwurf machen, daß wir undankbar sind im Hinblick auf die angeblich genossenen Vorteile in Ihrer Herberge, so sagen wir: In Ihrer Herberge genossen wir nichts. Wir haben auch keine Lust in ihr einzufahren, am allerwenigsten wenn in ihr auch die illustre Gesellschaft verkehrt und gern gesehen wird, welche die Ausschmüffelung von Stipendienempfängern gewerbsmäßig betreibt, um Männer um dessenwillen an den Pranger zu stellen, weil sie ihre persönliche Ueberzeugung und damit sich selbst nicht gegen klingende Münze verschachert haben.

Der Herr Kollege Zehnter hat auch jetzt wieder die Behauptung aufgestellt, daß gar keine Gefahr für die Schule bestehe, und daß deshalb die Bloßbildung keine nachteilige gewesen wäre. Das wesentlichste hat in dieser Richtung schon Herr Kolb erwidert. Ich könnte Sie darauf hinweisen, was in sehr offiziellen Kundgebungen von kirchlicher Seite, z. B. in der öffentlichen Verwahrung des früheren Erzbischofs Vicari vom 18. März 1868 darüber gesagt worden ist.

Lesen Sie auch nach, was das Staatslexikon, das der Herr Kollege Zehnter ja als Quelle von Zentrumsauffassung gelten läßt, über die Verhältnisse des Staates zur Schule spricht. Denken Sie aber vor allem daran, daß jetzt auch wir mit der Tatsache zu rechnen haben, daß sich neben anderen konfessionellen Verbänden auch ein katholischer Lehrerverein gebildet hat zu dem ausgesprochenen Zweck, „katholische Pädagogik“ zu treiben. Ja, was heißt denn das? Das Wesen unserer gemischten Schule besteht darin, daß mit Ausnahme des Religionsunterrichts, keinerlei konfessionelle Pädagogik, weder protestantische, noch katholische, noch jüdische, zum Wort kommt. Sie können ganz gut sagen: „wir wollen nicht auf dem Wege der Gesetzgebung die gemischte Schule aus der Welt schaffen“, das brauchen Sie gar nicht; Sie sorgen dafür, daß ein Geist in die gemischte Schule eindringt, der diese in Wahrheit zur konfessionellen macht. Denn wenn wirklich eine „katholische Pädagogik“ auch in den Profanjahren der staatlichen Schule von den im katholischen Lehrerverein herangebildeten Lehrern praktiziert wird, dann können Sie zwar getrost über die gemischte Schule schreiben: Hier ist eine gemischte Schule — in Wahrheit aber ist es aber dann eine konfessionelle. Sie sehen, man kann also auch auf dem Umwege, ohne direkt die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen, die gemischte Schule beseitigen.

Der Herr Kollege Zehnter hat am Schlusse seiner Ausführungen den schweren, geradezu fränkenden und schmerzlichen Vorwurf an die Gegner des Zentrums gerichtet, diese wollten die Kirche und die Religion vernichten. Es ist zunächst sehr auffallend, daß der Herr Kollege Zehnter, als er den Satz aussprach, sich nicht an das erinnerte, was kurze Zeit vor ihm der Herr Abg. Zehrenbach gesagt hat. Letzterer berief sich darauf, daß im Jahre 1903 der Geistliche Rat Wacker in Stuttgart der nationalliberalen Partei geradezu ein Wahl-

bündnis der Zentrumsparthei antrug. Nun werden Sie doch nicht in Abrede stellen, daß die nationalliberale Partei von 1906 ganz die gleiche ist, wie die vom Jahre 1903. Der Herr Abg. Zehrenbach sagte, dem Herrn Wacker und ihm sei es mit dieser Proposition eines Wahlbündnisses ganz ernst gewesen. Wenn dem so ist, wie können Sie es verantworten, daß Sie diejenigen, die Sie zu Wahlverbündeten machen wollten, mit denen Sie also Arm in Arm gehen wollten, jetzt als die Feinde der Religion und der Kirche hinstellen? Sie, die frommen Herren, hatten wirklich die Lust, solch eine heillose Gesellschaft in den Landtag hineinzuwählen, damit dieselbe dann auch wirklich die Religion und die Kirche auf die Strecke bringen könnte? Ja, wie reimt sich denn das zusammen? Ich will es Ihnen sagen: diese Verurteilung, die der Herr Abg. Zehnter vorgenommen hat, die charakterisiert nicht uns auf dieser Seite, gegen welche der Vorwurf gerichtet war, sondern sie charakterisiert die Quelle, aus der der Vorwurf stammt, sie charakterisiert die Urheber, sie charakterisiert Sie! (Sehr richtig). Ich weiß ja sehr wohl, daß Sie jeden, der einen Unterschied macht zwischen Katholizismus und Ultramontanismus entweder mit Hohngelächter überschütteln, oder in einer anderen, der Zentrumspresse sehr geläufigen Weise herunterreißen. Aber, und auch das sei in aller Deffentlichkeit konstatiert, — es gibt eine Reihe sehr gut gläubiger Katholiken, treuer Anhänger der katholischen Kirche, welche den Ultramontanismus und die Zentrumsparthei auf das schärfste verurteilen, also Leute, welche Sie auch unter die Religionsfeinde, unter die Vernichter der Kirche rubrizieren müßten, wenn die Bekämpfung des Ultramontanismus gleichbedeutend mit Religionsfeindschaft wäre. Ich darf Sie daran erinnern, daß eine Leuchte der theologischen Wissenschaft, ein Professor der Kirchengeschichte in Freiburg, Franz Xaver Krauß, an mehr als einer Stelle ein sehr starkes Verdict über den Ultramontanismus ausgesprochen hat. Ich darf Sie daran erinnern, daß von ihm der Satz stammt: „Das natürliche Ergebnis aus dieser falschen Situation (von der er vorher sprach) ist der chronische Konflikt, in dem sich der Ultramontanismus mit der historischen Wahrheit befindet.“

Herr Krauß scheint bereits damals so eine unbestimmte Vorahnung auch von dem „Waldmichel“ gehabt zu haben (Heiterkeit): „Die Unwahrhaftigkeit seiner Geschichtsschreibung, die traurige Verlogenheit seiner Presse und das schimpfliche System der Verleumdung und Lüge, das gegen alle, welche nicht „korrekt“ denken, als erlaubt gehandhabt wird. Mit diesem System muß ausgeräumt werden, es widerstrebt dem Besten, was wir in unserer deutschen Eigenart besitzen. Es ist klar, daß es nicht zur Herrschaft bei uns gelangen kann, ohne das deutsche Reich und das deutsche Volk zu zerstören.“

Es liegt mir persönlich — Sie dürfen mir das aufs Wort glauben — vollständig fern, Ihnen damit wehe tun zu wollen. Ich will nur die Tatsache konstatieren, und diese Tatsache als einen Posten in meine Rechnung einstellen, daß, wie ich gesagt habe, gläubige Söhne der katholischen Kirche aufgetreten sind, welche eine so schwere Anklage gegen den Ultramontanismus erheben; und wenn Sie gerecht und konsequent sein wollen — und haben Sie einmal in dieser Beziehung den Mut der Konsequenz — dann müssen Sie auch diese treuen Söhne der katholischen Kirche unter die Religionsfeinde und Vernichter der eigenen Kirche einrechnen. Und derselbe Krauß sagt in seinem Testament: „als ein der Kirche bis in den Tod treu ergebener Sohn“. „Lebend und sterbend erkenne ich für die christliche Gesellschaft kein Heil, als in der Rückkehr zum religiösen Katholizismus und dem Bruch mit den irdischen, politischen und pharisäischen Aspirationen des Ultramontanismus!“

Ich glaube also, wir sind in guter Gesellschaft und können es überall verantworten, wenn Sie uns jetzt deswegen, weil wir es wagen, dasselbe zu bekämpfen, was derartige Männer zu bekämpfen, für ihre Gewissenspflicht gehalten haben, als Religionsfeinde und Kirchenfeinde an den Pranger stellen wollen.

Zum Schlusse darf ich darauf hinweisen, daß auch der letzte Trumpf, welchen Sie so gerne ausspielen, sich nicht gut in ihrer Hand ausnimmt, der Trumpf, daß wir (Demokraten) Religionsfeinde seien, weil wir die Trennung von Staat und Kirche verlangen. Ich werde selbstverständlich über dieses große Gebiet kein weiteres Wort verlieren, jedenfalls nicht an dieser Stelle.

Ich möchte mich nur darauf beschränken zu erklären: Erstens ist es sehr illohal und widerspricht den Geboten des allgewöhnlichsten Anstandes, daß, wenn eine Partei wie die nationalliberale (ich setze hinzu: zu meinem Bedauern) so offiziell erklärt, daß sie nicht auf dem Standpunkt der Trennung von Staat und Kirche stehe, Sie (zum Zentrum gewendet) und ihre Presse es doch über sich bringen, immer und immer wieder mit diesem Vorwurf zu kommen: nicht um eine vermeintliche Wahrheit zu konstatieren, sondern weil sie glauben, mit diesem Vorwurf auf die katholischen Gemüter einen abschreckenden Eindruck zu machen.

Zweitens möchte ich folgendes betonen: Ich habe schon im Jahre 1891, nicht bloß in öffentlichen Reden, sondern in einer Broschüre, betitelt „Die soziale Frage und die nächstliegenden Aufgaben der menschlichen Gesellschaft“, in einem Kapitel „Erziehung“, zwar nicht in der Ausführlichkeit, wie in meinem Buch, das vor zwei Jahren erschien — und das Sie mir scheinbar so sehr übel vermerkt haben! — sondern mehr in allgemeinen Umrissen, aber doch sehr scharf und deutlich mich für die Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen und die wesentlichen Belege für diese meine Ansicht offen und rückhaltlos benannt; das hat Sie aber nicht abgehalten, mich trotzdem zu wählen und wieder zu wählen, es war eben, wie ich Ihnen vorhin gesagt habe, noch in dem Zeitalter des Hofmanns. Es war noch in jenen Tagen, in denen ich in einer schroffen Kampfesstellung zum Nationalliberalismus stand, und nach der damaligen Sachlage meiner Ueberzeugung gemäß stehen mußte. Da durfte ich reden und schreiben, was ich wollte, es gab für mich keine läßliche Sünde, noch viel weniger eine Todsünde. (Geiterkeit!)

Und die dritte Bemerkung, die ich Ihnen zu machen habe, ist die: Wenn man sich um deswillen, weil man sich für die Trennung von Staat und Kirche ausspricht, den schweren kränkenden Vorwurf gefallen lassen muß, man wolle die Religion und die Kirche vernichten, ei, dann müßten Sie sehr weit auseinanderrücken; denn in Ihren eigenen Reihen sitzen Männer, die sich für die Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen haben; haben Sie nur die Güte, das auch in Ihrer Presse zu bringen, damit die Zentrumsleser auch einmal sehen, welche antikatholische Gesellschaft sie in Ihnen vor sich hat. Ich habe Ihnen früher schon vorgehalten, daß ein Wahlprogramm der Zentrumsparthei vom Jahre 1877 (beachten Sie das!) ausdrücklich erklärt hat: „wir befürworten deshalb entweder eine gerechte und billige Ausgleichung zwischen Staat und Kirche über deren gegenseitige Rechte oder aber eine ehrliche und vollständige Trennung beider.“ Und der Herr Kollege Hergt hat auf dem letzten Landtag in der Sitzung vom 26. Juni 1904 in einer Polemik gegen mich wörtlich gesagt, beachten Sie das: „Es ist ohne Zweifel richtig, daß hervorragende Männer des Zentrums den freihetlichen Zustand, wie ihn die Kirche in Amerika genießt, für sehr wünschenswert halten; ich und viele würden die Trennung

von Staat und Kirche nur begrüßen, wenn alle Bedingungen, die wir daran knüpfen, erfüllt werden.“ (Zurück des Abg. Hergt.)

Nun weiß ich sofort was kommt, Sie werden sagen: „ja die Bedingungen, die daran geknüpft werden!“ Aber auch damit kommen Sie mir nicht durch. Wir konzebieren Ihnen von vornherein, daß die Bedingungen, die Sie verlangen, von uns kaum würden akzeptiert werden können (Geiterkeit), aber darauf kommt es nicht an. Wenn alle Ihre Bedingungen angenommen würden — ich will einmal den Fall setzen — ja, dann hätten wir doch den Zustand; daß in den staatlichen Schulen kein Konfessionsunterricht erteilt würde; denn das ist das Wesentliche der Trennung von Staat und Kirche und Schule. Also, ich wiederhole nochmals: wir hätten dann die Auscheidung des Konfessionsunterrichts aus der staatlichen Schule auf Grund von Zentrumswünschen; wir hätten einen Zustand, den hervorragende Mitglieder des Zentrums nur von ganzem Herzen „begrüßen“ — und jetzt kommen diese Herren und bringen es über sich, uns den schweren, durchaus unbegründeten und kränkenden Vorwurf zu machen, und zwar nicht bloß hier im Hause, sondern auch draußen, lediglich weil wir — wenigstens wir, die nationalliberale Partei nicht und die Sozialdemokraten — offen und ehrlich das verlangen, was ein Teil von Ihnen und schon die ganze Zentrumsparthei verlangt hat. Wenn wir also deswegen an den Pranger gestellt werden, nun gut, dann stellen sie sich wenigstens neben uns! Seien Sie so offen, seien Sie so konsequent, seien Sie so gerecht! Seien Sie und Ihre Presse wenigstens so ehrlich! (Sehr gut!)

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß gerade die gefrigen Ausführungen des Herrn Kollegen Ziemer mit dem das Interessanteste gewesen sind, was der bisherige Landtag uns bot: Die „gemäßigte Richtung“ Zehnter-Zentrum hat sich gestern in ihrer ganzen „Mäßigung“ gezeigt. (Abg. Dr. Binz: Sehr richtig!) Diese Demaskierung des Zentrums ist es, was wir als den hervorragendsten und interessantesten Zug der ganzen bisherigen Landtagsverhandlungen vor dem ganzen Lande konstatieren wollen. Wenn das als eine Verletzung der Religion, als ein Verbrechen der Vernichtung der Kirche angesehen werden kann, daß wir gegen den heillosen Mißbrauch der Amtsgewalt durch die Kleriker protestieren, daß wir die volle Betätigung der Denk- und Gewissensfreiheit verlangen, daß wir verlangen, daß der moderne Staat, der paritätische Staat, sich in allen seinen Konsequenzen auslebe: wenn, sage ich, das eine Verletzung der Religion ist, dann haben wir so eine kleine Ahnung von dem Zustande, den eine Zentrumshegemonie uns bringen würde und natürlich gemäß uns bringen müßte. Wenn es noch eines Fermentes zwischen den Blockparteien und der Sozialdemokratie bedürfte, ein taktisches Zusammengehen zur Abwehr einer Zentrumsvorherrschaft bedurfte hätte, gestern wurde uns dieses Ferment in der denkbar schlüssigsten Form geboten. Ich möchte auch glauben, daß die Regierung allenfalls hätte, sich die Frage vorzulegen, ob denn diese „gemäßigte Richtung“ und diese „gemäßigte Richtung“, die der Minister mehr als einmal, wenn ich ihn recht verstanden habe, rühmend anerkannt hat, auch in Wahrheit besteht, und ob wirklich eine Regierung im Stande wäre, die Geschäfte des Landes gebehlich zu führen, wenn eine Sozialdemokratische Partei, nicht bloß in ihrer jetzigen Größe, sondern gar in einer solchen Stärke vorhanden wäre, daß sie einen entscheidenden Einfluß auf die Ausgestaltung unserer politischen Geschichte verlangen dürfte. Wir wollen uns dessen eingedenk sein, daß die Bildung des Landespolitischen Bündnis mit der Sozialdemokratie nicht bloß eine politische Notwendigkeit war, sondern im Hinblick auf die Gefahren, die mit jedem Nachzuwachs des Zentrums

verknüpft sind, eine Tat war, die wir mit Fug und Recht als eine patriotische bezeichnen dürfen, die Erfüllung einer Pflicht, einer geradezu unabweisbaren gebieterischen Pflicht im Dienste der Freiheit und der Kultur. (Bravo).

Abg. Schmidt-Bretten (Bund der Landw.): Zunächst möchte ich mir gestatten, den Standpunkt der Konservativen und meinen Standpunkt zu der Finanzvorlage im Reichstag auszusprechen. Nach unserer Ansicht kann nicht bestritten werden, daß eine Reichsfinanzreform notwendig war. Das Reich muß tatsächlich finanziell selbständig gemacht werden. Aber trotzdem können wir nicht all den Vorlagen, die jetzt gemacht worden sind, unsere Zustimmung geben. Wir müssen in erster Reihe die Fahrkarten- und die Quittungssteuer ablehnen, da dieselben eine außerordentliche Erschwerung des Verkehrs bedeuten würden. Bei der Quittungssteuer habe ich außerdem noch das juristische Bedenken, daß viele Leute, um die Steuer zu sparen, sich keine Quittung geben ließen, wodurch unliebsame Prozesse entstehen könnten. Für eine Fahrkartensteuer stimmen wir nur dann, wenn sie nur auf die 1. und 2. Klasse geschlagen und das Kilometerheft nicht beseitigt wird.

Großen Beifall hat auf dem Lande die geplante Automobilsteuer gefunden. Nach unserer Ansicht würde sie kein Hemmnis des Verkehrs bilden, wenn die Steuer nur auf Luxusautomobile gelegt würde: Wenn jemand ein Luxusautomobil für 20 bis 30 000 M. kaufen kann, schadet es ihm auch nichts, wenn er noch einige Hundert Mark Steuer bezahlt. Nach unserer Meinung kann die Automobilsteuer gar nicht hoch genug sein.

Der Brausteuern können wir unsere Zustimmung nicht verlagern, wenn sie die kleinen Betriebe zu Ungunsten der großen entlastet.

Der Tabaksteuervorlage stehen die badischen Bauern mit gemischten Gefühlen gegenüber. Sie müssen die weitere Besteuerung des inländischen Tabaks ablehnen, da dadurch der inländische Tabakbau auf Schwerste geschädigt würde. Schon das Steuergesetz vom Jahr 1879 hat den badischen Tabakbau aufs Schwerste geschädigt. Inzwischen ist die Produktion von 325 000 auf 250 000 Doppelzentner zurückgegangen und dies angesichts der Tatsache, daß der Konsum sich nahezu verdoppelt hat, und besonders angesichts der Tatsache, daß inzwischen der Getreidebau außerordentlich unrentabel geworden ist. Aber nicht nur durch die Steuer ist der Inlandstabakbau zurückgegangen, er ist noch mehr zurückgegangen infolge der Konkurrenz, die ihm durch die Auslandstabelle gemacht wurde. Während der Inlandstabakbau so außerordentlich zurückging, hat sich die Einfuhr in dieser Zeit mehr als verdoppelt. Das kam vor allen Dingen daher, daß ein außerordentliches Mißverhältnis besteht zwischen der Steuer und dem Zoll. Für Inlandtabak muß eine Steuer von 45 M. für den Doppelzentner bezahlt werden. Ebenso hoch ist ungefähr aber auch der Preis eines Doppelzentners Tabak; also beträgt die Steuer 100 Proz. vom Wert! Beim ausländischen Tabak ist es ganz anders. Es kommen da insbesondere ostindische Decktabake in Betracht, wo der Doppelzentner 200 bis 4000 M. wert ist. Da ist der Zoll, selbst wenn er 125 M. beträgt, als außerordentlich niedrig anzusehen. Ganz anders wird das Verhältnis bei den noch teureren Tabaken aus Savanna und Mexiko, wo er nur 5—10 Proz. beträgt. Wir sind dafür, daß der Zoll von 125 M. angenommen und der Inlandstabak nicht höher besteuert wird.

Der Herr Abg. Eichhorn hat sich auch gegen den Zigarettenzoll gewendet; er meint, daß dadurch die „Zigarette des armen Mannes“ verteuert werde. Ich glaube, das trifft so wenig zu, als wie „der Sekt der

armen Wöchnerin“ in Betracht kommen konnte bei der Sektsteuervorlage.

Bei der Erbschaftsteuer gehen die Meinungen auseinander. Wir stehen ihr sympatisch gegenüber und haben auch nichts dagegen einzuwenden, daß sie auf Abkömmlinge, auf Ascendenten und Descendenten erstreckt wird. Aber sie soll nicht beginnen, wie der Herr Abg. Eichhorn meint, bei Erbschaften von 3000 M., sondern erst da, wo die Vermögen des Mittelstandes aufzuhören pflegen, bei Erbschaften von 100 000 oder 200 000 M. Würde diese Steuer außerordentlich stark gestaffelt werden, so würde die Steuer ähnlich hohe Erträge liefern wie die englische.

Wenn wir verschiedene Abstriche gemacht haben an den Steuervorlagen, so müssen wir auch sehen, ob nicht andere Steuerquellen vorhanden sind, die nutzbar gemacht werden können. Man hat sich außerordentlich gewundert, daß die Regierung keine Wehrsteuervorlage gemacht hat. Es wird gegen diese Steuer vielfach geltend gemacht, daß die Beiträge, die sie einbringe, zu gering seien. Ich glaube, wenn man zu der Einkommensteuer bis zum Ende der 38. Lebensjahre (das ist das Ende der Landwehrzeit) einen Zuschlag erheben würde, so würde diese Steuer ganz erhebliche Beträge einbringen.

Dann würde ich es für gut halten, die Börsensteuer zu erhöhen. Es wird vielfach gesagt, die Börse könnte keine weitere Besteuerung ertragen. Dies wird aber hinsichtlich angeht der Tatsache, daß die Börsensteuer im letzten Rechnungsjahr 12 Millionen mehr eingebracht hat als vorgesehen war.

Sodann wünschen wir einen Ausfuhrzoll auf Kali. Kali ist ein wichtiges Düngemittel für viele Kulturpflanzen der Landwirtschaft und wird in vielen heimischen Industrien gebraucht. Es wird nirgends in der Welt sonst gefördert, als in Deutschland. Wir könnten diesen Umstand dadurch ausnützen, daß wir die Kalibergwerke verstaatlichen. Das wäre der richtigste Weg. Solange das aber nicht angeht, wäre es das Richtige, auf die Ausfuhr von Kali einen Zoll zu legen. Da könnte uns Chile ein Vorbild sein. Chile legt einen Zoll auf Chile-Salpeter und bezieht daraus jährlich 500 Millionen; das ist die Hälfte seiner Ausgaben, es läßt sich also die Hälfte seiner Ausgaben vom Ausland bezahlen. Durch diesen Zoll würde das Verschleudern dieses wichtigen Düngemittels verhindert, das selbe würde der einheimischen Landwirtschaft zu einem mäßigen Preise erhalten werden.

Diese Steuern werden schon deswegen notwendig sein, weil die Ausgaben des Reiches auch von Jahr zu Jahr wachsen. Es treten immer neue Aufgaben an das Reich heran und zu diesen neuen Aufgaben werden auch bessere Vergütungen für Quartierleistungen zu rechnen sein. In der Kommission des Reichstags ist ein Satz von 1,20 M. angenommen worden. Auch dieser Betrag stellt das Niedrigste dar, was der Quartiergeber als Vergütung für seine Leistung verlangen kann. Hierher gehört auch die anderweite Regelung der Flurschadenabschätzung. Diese stellt einen außerordentlichen Mißstand dar. Oft müssen die Bauern ihre Grundstücke mehr als sechs Wochen liegen lassen, bis diese abgeschätzt werden. Es müßten mehr Kommissionen gebildet und anders gestaltet werden. Jetzt ist es so, daß eine Kommission besteht aus einem Offizier und einem Intendanturbeamten, von denen jeder über 30 M. Tagesdiäten bezieht, und zwei bürgerlichen Mitgliedern mit je 15 M. Diäten; dazu kommt ein Verwaltungsbeamter, der auch eine entsprechende Diät erhält. Dann haben die Herren noch einen Wagen; so stellen sich die Kosten der Kommission täglich auf nahezu 120 M. Dabei ist es aber schon vorgekommen, daß die Kommission nicht viel mehr Schaden abgeschätzt hat im Tag als von 8 M.

Wenn die Kommissionen anders gestaltet würden, wenn sie aus drei bauerlichen Mitgliedern bestehen würden, von denen auch nicht jeder 15 M. bekommen müßte, würde es besser gehen und das Reich würde Geld sparen, selbst wenn die bauerlichen Kommissionen manchmal etwas mehr Schaden abschätzen würden, als richtig wäre.

Zu den neuen Ausgaben, die dem Reiche bevorstehen, gehören auch die Diäten der Reichstagsabgeordneten, die hoffentlich bald vom Bundesrat gewährt werden. Soviel über die Reichspolitik.

Einfachlich unseres Budgets bedauern auch wir, daß der Gehaltstarif jetzt noch nicht vorgelegt werden konnte, wir bedauern es im Interesse der niederen Beamten und da am meisten der niederen Eisenbahnbediensteten. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß es auch richtiger wäre, wenn die Volksschule zur Staatschule gemacht würde, wenn die Lasten, die die Volksschule mit sich bringt, vollständig von dem Staat übernommen würden. Der Herr Staatsminister hat heute vormittag dagegen eingewendet, daß dann der Mehraufwand etwa 10 Millionen betragen müßte, und daß diese von den Steuerzahlern bezahlt werden müßten. Das ist an sich ganz richtig, aber es ist auch zu bedenken, daß auf der anderen Seite die Steuerzahler diesen Betrag wieder an Umlage sparen. Anstatt daß man diese Lasten auf den Staat übernimmt, will man auch jetzt dazu übergehen, daß ein Teil der neuen Ausgaben auf die Gemeinden gelegt wird. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, den Gemeinden, insbesondere den dürftigen Gemeinden, diese Lasten abzunehmen, überhaupt möchte ich bitten, daß an den Zuschüssen an bedürftige Gemeinden nicht allzu sehr gespart wird.

Es ist während des Wahlkampfes und schon vorher vielfach die Behauptung aufgestellt worden, die Konservativen und der Bund der Landwirte hätten ein Bündnis mit dem Zentrum abgeschlossen. Diese Behauptung wurde wiederholt bestritten, aber sie immer wieder aufgestellt worden. Ich kann auch jetzt wieder behaupten, daß diese Ausführungen, die insbesondere in der nationalliberalen Presse gemacht worden sind, durchaus unrichtig sind, und die Herren vom Zentrum werden das auch durchaus bestätigen. Wir haben die Stimmen des Zentrums erhalten, ohne daß das geringste Zugeständnis von uns verlangt oder gegeben worden ist. Es ist auch jetzt wiederholt ausgeführt worden, wir seien ein Anhängsel des Zentrums (Heiterkeit), das ist ganz unrichtig. Wir werden unserer Ueberzeugung nach unsere Stimmen abgeben, gleichgültig ob es der linken oder rechten Seite gefällt, und wir werden unsere Selbstständigkeit hier im Hause wahren.

Der Herr Staatsminister hat in seinen Ausführungen leithin von vaterlandsfeindlichen Erscheinungen gesprochen, die in der nationalliberalen Presse zutage getreten seien. Demgegenüber hat der Herr Abg. Feimburger die nationalliberale Partei aufgefordert, sie solle dem letzten Teil ihres Namens mehr Ehre machen, als dem ersten. Er hat daran angeknüpft, daß er während des Wahlkampfes vielfach nationalliberale Wähler getroffen hätte, die empfänglich gewesen seien für demokratische Ideen. Er wird aber liberale Ideen nicht nur bei den liberalen Wählern finden, sondern auch bei den Konservativen.

Was die Ausdehnung des direkten Wahlrechts auf die Gemeindevahlen in den Orten über 2000 Einwohnern anlangt, so werden die Ansichten der Wähler sowohl der der nationalliberalen Partei als auch der Konservativen kaum verschieden sein. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß der größere Besitz nicht ein größeres Recht gewähren soll, bei der Gesetzgebung und bei der Verwaltung in Stadt und Gemeinde mitzuwirken. Es wird als ein Grund gegen das direkte Wahlrecht ange-

führt, es sei zu befürchten, daß durch das direkte Wahlrecht die Verwaltung vieler Orte an die Sozialdemokratie ausgeliefert würde. Ich würde aber in dieser Tatsache eher einen Grund dafür sehen, das direkte Wahlrecht zu gewähren, denn dann würde dadurch, daß die Sozialdemokratie viele Orte sich eroberte, endlich zum klaren Ausdruck kommen, daß unser Volk mehr und mehr proletariert und daß der Mittelstand mehr und mehr aufgerieben wird. Ich glaube, wenn das deutlicher in Erscheinung träte, so würde auf seiten der Regierung mehr getan werden, daß eben diese hochwichtigen Mittelstandsexistenzen nicht noch mehr vermindert werden. Die Erhaltung des Mittelstandes ist eine nationale Notwendigkeit. Dem bauerlichen Mittelstand glaubte man ja durch die Handelsverträge geholfen zu haben. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß diese Handelsverträge dem süddeutschen Bauernstand wenig genützt haben, vor allen Dingen deswegen, weil gerade die süddeutschen Produkte durch diese Handelsverträge sehr schlecht geschützt worden sind.

Der gewerbliche Mittelstand wird durch die Konkurrenz des Großkapitals außerordentlich gedrückt und geschädigt. Ebenso haben wir leider immer noch keine Umsatzsteuer auf die Großmühlen. Die im letzten Landtag zur Annahme gelangte Warenhaussteuer wird nichts nützen, da sie zu gering ist und auf den Fabrikanten abgewälzt wird. Die Erhaltung des Mittelstandes liegt aber auch im Interesse der anderen Stände. Jede Vernichtung einer solchen Existenz aus dem Mittelstande bietet eine lohn-drückende Konkurrenz für den Lohnarbeiter. Je unrentabler aber die Berufe des Mittelstandes werden, desto mehr werden sich die Söhne des Mittelstandes zu den gelehrten Berufen drängen, und desto größer wird das gelehrte Proletariat werden. Die ungesunde Tätigkeit in Fabrik- und Schreibstube läßt die Menschen nach wenigen Generationen entarten. Sorgen wir deshalb dafür, daß diesen Berufen aus dem Bauernstande ständig neues Blut zugeführt wird. Wir müssen den Rückgangsprozeß entschieden aufhalten, der Mittelstand darf nicht verschwinden. Alle diejenigen, die mitarbeiten an der Aufrechterhaltung des Mittelstandes, des Handwerkerstandes und des Kleingewerbestandes, die arbeiten auch mit an der Zukunft unseres Volkes. (Bravo!).

Abg. Wittum (natl.): Ich will nicht näher eingehen auf das Gebiet der hohen Finanzpolitik. Ich habe leider zu wenig Zeit dazu, um in ähnlicher Weise wie die Herren Abg. Frühauß und Kolb, diese so überaus schwierige und wichtige Materie genügend zu studieren. Ich bin aber gestern und heute den Vorträgen des Herrn Finanzministers mit großem Interesse gefolgt. Ich hatte auch den Eindruck, daß der Herr Finanzminister sein Fach ebenso gut beherrscht wie die beiden vorher genannten Abgeordneten. (Heiterkeit.) Da aber der Herr Finanzminister die Verwaltung unserer Staatsfinanzen als Fachmann im Hauptberuf und nicht im Nebenamt betreibt, so bin ich geneigt, der Autorität des Herrn Finanzministers mehr zu folgen wie der Autorität der verehrten Herren Kollegen Frühauß und Kolb.

Bezüglich der Reichsfinanzreform wurde ich durch die Opposition fast der gesamten Presse und durch die Opposition aller Interessenten immer wieder an den seligen Regensburger Reichstag des hl. römischen Reichs deutscher Nation erinnert. Zu jener Zeit, als zum Reichsheer der Abt von Gengenbach drei Mann und die Abtiffin, ich glaube, von Zellertissen anderthalb Mann stellte, als die Türken vor den Toren Wiens waren und die Franzosen diesseits des Rheines, da wollte man auch nicht zahlen und sang ganz allgemein das schöne alte Lied vom hl. St. Florian. In unserer Zeit ist es ganz ähn-

lich. Alle Parteien, selbstverständlich mit Ausnahme der Sozialdemokratie, wünschen eine starke Flotte und ein treffliches Heer. Wenns aber ans Zahlen geht, dann sollen die anderen blechen. Man sieht, es ist dasselbe Lied.

Ich will auch nicht über den Eisenbahntarif und die Betriebsmittel oder Eisenbahngemeinschaft sprechen. Ich habe darüber meine eigenen Gedanken, bin aber der Meinung, man soll unreife Früchte nicht vom Baume pflücken; wenn sie aufgereift sind, dann fallen sie von selber herunter.

Ich habe mich am letzten Montag während der großen Rede des Herrn Abg. Fehrenbach zum Worte gemeldet, weil derselbe auch mich in die Debatte zog und auf eine Episode hinwies, die auf dem letzten Landtag zwischen dem Herrn Minister des Innern und mir vorgefallen war. Ich muß nun sagen; die damalige Äußerung des Herrn Ministers hatte mich und andere auf das schwerste betroffen. Kaum hatte ich aber meine Rede beendet, da erhob sich der Herr Minister, um die von mir und anderen kritisierte Äußerung richtig zu stellen, und da muß ich sagen: mit dieser Erläuterung war ich für meine Person befriedigt. Ich will aber auf diesen Gegenstand nicht weiter eingehen.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat in seiner Rede auch darauf hingewiesen, daß ich offenbar heute der Meinung sei, es sei auf der schiefen Ebene kein Halt mehr, und der Herr Abg. Fehner hat diesen Gedanken dann noch weiter ausgepöppelt. Nur möchte ich aber ein Zeugnis ablegen. In der ersten Versammlung des Landesauschusses der nationalliberalen Partei, in welcher erstmals ein eventuelles Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie zur Sprache kam, da habe ich mit einigen anderen sehr eindringlich vor diesem Wahlbündnis gewarnt (Hört, hört!), und in der entscheidenden Sitzung war ich derjenige, welcher unter Motivierung als einziger gegen das Wahlbündnis gestimmt hat. Sie sehen: die Zentrumspreffe war seither auf falscher Fährte. Umso mehr bin ich aber in der Lage, ein objektives und zutreffendes und vor allen Dingen unbedächtigtes Zeugnis über das Motiv und den Zweck dieses Wahlbündnisses abzugeben. Ich lege Wert darauf, das zu tun, und ich bin dem Herrn Abg. Fehrenbach dankbar, daß er mir dazu Gelegenheit gegeben hat. Ich lege also großen Wert darauf, dieses Zeugnis auszusprechen gegenüber den vielen Vorwürfen und Verdächtigungen, wie sie gegen dieses Bündnis von verschiedenen Seiten erhoben worden sind. Schon in der ersten Versammlung, zu welcher die liberalen Männer des ganzen badischen Landes in großer Zahl hierher nach Karlsruhe geeilt waren, waren alle diese Männer sich voll und bewusst, daß sie vor einem sehr ernsten, verantwortungsvollen und entscheidungsreichen Schritte stehen. Das ist in dieser Versammlung sehr stark zum Ausdruck gekommen, und die beiderseitigen Meinungen haben sich mit aller Offenheit, aber auch mit aller denkbaren Entschiedenheit ausgesprochen. Wenige Tage darauf war die zweite entscheidende Versammlung. Da war aber das Bild schon geändert, die Situation war, wenn ich mich so ausdrücken darf, eine geklärte, eine entschiedene, eine entschlossene. Dabei wurde aber, obgleich das Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie fast einstimmig angenommen worden ist, mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß dieses Bündnis nur ein wahltaktisches sei, nur abgeschlossen, um mit dem Herrn Abg. Fehrenbach zu reden, für einen ganz bestimmten, engumgrenzten Zeitabschnitt, nämlich für den Tag der Stichwahl. Von allen Seiten wurde aber mit Entschiedenheit betont, daß durch dieses wahltaktische Bündnis der prinzipielle Unterschied, der die nationalliberale Partei von der Sozial-

demokratie trennt, in gar keiner Weise, nach keiner Richtung hin auch nur die leiseste Abschwächung erfahren dürfe. Mit allem Nachdruck wurde betont, daß wir unsere nationale und monarchische Gesinnung in keiner Weise dadurch alterieren lassen, daß wir diese nationale und monarchische Gesinnung wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft in allen Lagen und unter allen Umständen betätigen werden.

Als dann aber das Wahlbündnis abgeschlossen war, als aus einer politischen Zwangslage heraus, die der 18. Oktober gezeitigt hatte, die politische Klugheit und die politische Notwendigkeit zum Abschluß eines derartigen Wahlbündnisses führten, da war sich in der Versammlung alles einig, daß ein derartiges Bündnis, wenn es doch einmal geschlossen werden müsse, in aller Deffentlichkeit, nicht heimlich und nächtlicherweile, nicht wie der Herr Abg. Binz sich ausdrückte, so hintenherum, sondern am hellen und lichten Tage und vor aller Augen abgeschlossen werden sollte. Ich muß sagen, auch nach meiner Ansicht, nach meinem Empfinden war diese ehrliche Offenheit allein, um mit dem Herrn Abg. Fehrenbach zu reden, gentlemanlike, allein liberalen ehrlichen Männern, die alle Schlechwege verabscheuen, würdig. (Zuruf: Bravo!) Nun, was hat den Umschwung der ersten Versammlung bis zur zweiten innerhalb weniger Tage auch bei denjenigen Männern, die zuerst gegen das Wahlbündnis waren, hervorgerufen? Es war erstens die inzwischen zur Kenntnis gekommene wirkliche Stimmung der liberalen Wähler des ganzen Landes, und es war zweitens die inzwischen zur Gewißheit gewordene vorherige bloße Vermutung, daß das Zentrum, oder wenigstens die leitenden führenden Männer des Zentrums, in denjenigen Wahlkreisen, auf die es ankam, zu einem sofortigen öffentlichen oder geheimen Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie bereit waren.

Und was hat denn die sofortige und energisch fundgegebene Zustimmung der breiten liberalen Wählermasse des Landes veranlaßt? Was war der Grund, daß alle Liberalen, sowohl die mehr rechts als die mehr links stehenden, sowohl diejenigen, die mehr den nationalen, als diejenigen, die mehr den nationalliberalen Standpunkt betonen, die Männer, die national und monarchisch gesinnt sind bis auf die Knochen, die mit der Sozialdemokratie im Kampf jahrelang gestanden sind und weiter stehen werden, was war die Ursache, daß alle diese der ausgegebenen Wahlparole so willig gefolgt sind, eine Erscheinung, wie sie in unserem öffentlichen Leben kaum jemals da war? Eine solche allgemeine, man darf wohl sagen begeisterte und überraschende, mich überraschende Zustimmung und die in den Reihen der liberalen Partei geradezu beispiellose Disziplin, wie sie bei den Stichwahlen zu so erstaunlichem Ausdruck gekommen ist, das muß doch einen ganz bestimmten, ja tiefen und zwingenden Grund gehabt haben. Ich will Ihnen diesen Grund in einem Satz sagen: es war die Furcht (Sehr richtig! im Zentrum), Sie werden sagen eine eingebildete, ich sage aber, es war die tatsächlich vorhandene Furcht vor einer kommenden Herrschaft des Merkantilismus in unserem seit nahezu 50 Jahren liberal regierten Lande. Diese Furcht vor einer Herrschaft der Merkanten in unserem heutigen durch ein Jahrhundert voll schwerer Kämpfe entstandenen und ausgebauten modernen Staate hat Tausende von Wählern, die seither abseits stunden, zu der Wahlurne hingetrieben.

War aber diese Furcht einzig und allein das Ergebnis der Wahlen vom 18. Oktober? Ich sage nein, denn zu diesem Wahlausgange, der mit einem Schlage 28 Zentrumsabgeordnete aus der Urne hervorbringen ließ, kam noch das Triumphgeschrei der größeren und kleineren

Zentrumsblätter; dazu kam ferner die drohende Sprache, welche eben diese Blätter und allen vorkan der Führer und Wahlmarschall in geschwelltem, in diesem Falle aber etwas voreiligen Machtgefühl gegen die Groß. Regierung richtete.

Weiter kam hinzu die inzwischen zur allgemeinen Kenntnis gelangte ganz unerhörte Agitation der katholischen Geistlichkeit und auch weiter, nicht zum wenigsten, die tiefe Entrüstung und Empörung, welche der „Waldmichel“ (Gelächter im Zentrum) in die Herzen von tausenden sonst lauen und abseits stehenden, im Grunde ihres Herzens aber liberal denkenden Männer, darunter vielleicht auch ein guter Teil derjenigen, die der Herr Abg. Obkircher in treffender Weise die Partei der Parteilosen genannt hat, zu senken verstanden hat. Das waren die Ursachen.

Ich habe den „Waldmichel“ nun auch gelesen; es ist zwar schon so viel darüber geredet worden, die Herren auf jener Seite hören das nicht gern. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) Ich werde jetzt in meiner Weise darüber sprechen; ich habe den „Waldmichel“ gelesen; ich muß offen gestehen, mit großer Ueberwindung und einem gewissen Widerwillen. Der Herr Abg. Zehnter hat gemeint, daß der „Waldmichel“ ein ganz gewöhnliches Wahlflugblatt sei, ein persönliches Privatnachwerk, u. dafür könne die Zentrumsparthei nicht verantwortlich gemacht werden. Ich gestehe dem Herrn Abg. Zehnter zu, daß die Parteien nicht für jedes Wahlflugblatt, die ja in Wahlzeiten in tausenden von Exemplaren geschrieben, gedruckt und verwendet werden, verantwortlich gemacht werden können, das gestehe ich ihm gerne zu; es steht ja auch manches Zeug darin, das ein Parlamentarier und verantwortlicher Politiker niemals unterzeichnen könnte. Allein der „Waldmichel“ ist nicht nur in einem bestimmten Wahlkreis verteilt worden, sondern er wurde dem Hauptorgan der badischen Zentrumsparthei, dem „Badischen Beobachter“, und allen Zentrumsblättern des Landes beigegeben und in hunderttausenden von Exemplaren in allen denjenigen Wahlkreisen, in welchen das Zentrum Kandidaten aufgestellt hatte, verbreitet; damit hatte dieses angebliche Wahlflugblatt seine Eigenschaft als ein privates Nachwerk verloren und ist zu einer Kundgebung der gesamten Zentrumsparthei geworden. (Sehr richtig!) Dafür ist deshalb auch das Zentrum verantwortlich und alle dialektischen Künste können den „Waldmichel“ nicht mehr von den Hochschöhen des Zentrums abschütteln. Ein Wahllaborat, das in Wahlzeiten über die großen Aufgaben der Gegenwart, des staatlichen und politischen und geistlichen Lebens, über die schweren Kämpfe und Sorgen des wirtschaftlichen Betriebes, über die großen und schwierigen Kulturaufgaben, die unser heutiges Geschlecht zu erfüllen hat, über die Ursache und die historische Entwicklung unserer heutigen Zustände und Einrichtungen nichts, aber auch rein gar nichts zu sagen weiß; ein Laborat, das nur im engherzigen Interesse der Klerisei, in den Herzen und Gemüthern einfacher Menschen einen konfessionellen Fanatismus einzupflanzen und eine Sprache zu führen weiß, auch gegen die Groß. Regierung, wie sie seit den Revolutionszeiten von 1848 und 1849 in unserem Lande Baden nicht mehr gehört worden ist — von einem solchen „Waldmichel“ nehme ich wohl an, daß er die ohnehin schon vorhandene Spannung zwischen dem Zentrum und dem Liberalismus noch weiter verschärfen werde! Daß dies aber in einem so hohen Maße geschah, wie sich das bei den Stichwahlen gezeigt hat und bei den Nachwahlen zeigen wird, daran hätte ich niemals gedacht.

Man sieht, der „Waldmichel“ hatte durchaus nicht die von ihm beabsichtigte und erwartete Wirkung. Das Gegenteil desselben ist eingetreten zur Warnung für Sie! Wohl hat das Zentrum im ersten Wahlgang einige Man-

date gewonnen. Es werden ja fünf sein, aber an politischer Macht und an politischem Einfluß hat es sehr bedeutend verloren. Man sieht auch hier die Wahrheit der alten Lehre, daß allzu scharf nicht schneidet, daß alle Ueberreibungen zuletzt das Gegentheil bewirken, und daß auch die feinsten und klügsten Berechnungen eines hervorragenden Wahlfeldmarschalls zu Schanden werden können. Für den Kundigen zeigt dieses Hohe Haus gegen früher ein umgekehrtes, ein sehr verändertes Bild. Früher haben das Zentrum, die Demokraten, die Freisinnigen und Sozialdemokraten auf die isolierte nationalliberale Partei eingehauen, heute, wie Sigura zeigt, ist das umgekehrte der Fall, und das Zentrum ist heute viel isolierter, als dies bei der nationalliberalen Partei jemals gewesen ist. (Zuruf des Abg. Dr. Binz: Die Konservativen wollen auch nichts von ihm wissen.)

Die Sozialdemokratie hat aus eigener Kraft nur fünf Mandate erobert. Durch den Wahlpakt sind ihnen mit Hilfe der Liberalen ich glaube drei weitere zugewendet worden, und durch Zentrumsstimmen sind ihnen noch weitere drei oder vier hinzugefügt worden. Hierdurch sind die Sozialdemokraten, wie der Herr Staatsminister sagte, zum lachenden Dritten geworden und zum Jünglein an der Waage. Ohne die Sozialdemokratie, ohne ihren Willen kann jetzt in einer ganzen Reihe von wichtigen Fragen in der Zweiten badischen Kammer überhaupt nichts mehr geschehen; diese Situation werden die Herren Genossen — denn klug sind sie (Seiterkeit), wenn auch vielleicht nicht immer klug an politischer Einsicht und Voraussicht, aber klug in jeder Wahltaktik und Wahltechnik, auch sehr erfahren in allen parlamentarischen Dingen — ausnutzen bis zur letzten Konsequenz.

Diese Situation können aber auch Sie, meine verehrten Herren vom Zentrum, nicht als eine „hoch erfreuliche“ bezeichnen, ebensowenig, wie die Groß. Regierung und wie wir. An dieser Situation aber trägt nach meiner Erfahrung und meinen Kenntnissen und nach meiner Ueberzeugung das Zentrum weitaus die größere Schuld, denn das Zentrum ist der liberalen Vereinigung mit geheimen und offenen Wahlbündnissen vorausgegangen und die liberalen Wähler sind dem gegebenen Beispiel gefolgt.

Meine Herren! Ich bin an Jahren zu sehr vorangerrückt, um es noch erleben zu können, daß einmal die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie gegenüber, nicht dem ehrsamem Arbeiterstand, wohl aber der zielbewußten, sich selbst revolutionär nennenden Sozialdemokratie gegenüber, Schulter an Schulter stehen werden. Das wird erst dann geschehen, der Dämmerungszustand wird erst dann aufhören, und das „Uebermorgen“ des Herrn Ministers Schenkel wird erst dann kommen, wenn einmal das sozialdemokratische Messer den bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Gesellschaft gemeinsam an der Kehle sitzt.

Sie sind, meine Herren, heute vormittag unter dem Eindruck der Rede des Herrn Kollegen Kolb gestanden. Ich schätze diesen Kollegen als einen Mann, der es aus kleinen Verhältnissen durch seine Intelligenz und seinen Fleiß zu einer Stellung gebracht hat, die nur allgemeine Hochachtung verdient. Nun, meine Herren, hat er heute bei Ihnen schon durch seine Rednergabe eine Wirkung erzielt. Nun denken Sie sich einmal diesen Mann, der offenbar mit einer starken Leidenschaft und mit einer inneren Kraft ausgestattet ist, wenn der einmal nicht hier, wo das scharfe Auge des Herrn Präsidenten stets nach der Klingel gerichtet ist (Seiterkeit), wo er ohne Aussicht, ohne Rücksichtnahme alle seine Register ziehen kann, wie der dann einwirken muß auf die jugendlichen Gemüther!

Ich bedauere, daß der Herr Kollege Kolb nicht da ist. Er hat in seiner Rede auch manche Wendungen gebraucht, von denen ich befürchte, wenn sie zu Ohren der Ober-

genossen, der Herren Bebel und Singer kommen, daß dann der Herr Kollege Kolb sehr leicht wieder einmal der Gefahr ausgesetzt wird, unter Umständen aus der Partei hinauszufliegen. (Zuruf.) Ich will aber diesen Gegenstand nicht weiter behandeln. Ich könnte eine ganze Reihe von Zitaten und Ausführungen sozialdemokratischer tonangebender Führer bringen, die ganz anders sprechen als Herr Kolb hier teilweise gesprochen hat; allein ich mag nicht mehr, ich bin „des langen Saders müde“. (Heiterkeit.)

Nun möchte ich mich auch noch zum Herrn Kollegen Zehnter wenden. Auch den Herrn Kollegen Zehnter schätze ich seiner reichen Kenntnis und der Klarheit seiner Sprache wegen sehr hoch. Um so mehr aber habe ich bedauert, daß er gestern am Schlusse seiner Rede in einer derartigen Weise gegen uns gesprochen hat, daß man nur in allerschärfster Weise ihm wieder erwidern kann. (Abg. Vinz: Sehr richtig!) Der Herr Kollege Zehnter hat uns ins Angesicht die Behauptung geworfen, wir wollten die Kirche beseitigen, wir wollten in unseren letzten Zielen die Religion aus der Welt hinauswerfen! und er sagt dies trotz der bündigsten und heiligsten Versicherungen unserer Führer hier im Hohen Hause und draußen beim Volk; er sagt dies, trotzdem er mit eigenen Ohren angehört hat, daß wir es ablehnen, den Weg der Scheidung der Kirche vom Staate, den Herr Müller einzuschlagen gewillt ist, mitzugehen! Ich muß im Namen meiner ganzen Partei einer derartigen Behauptung gegenüber den allerentschiedensten Protest erheben. (Abg. Dr. Vinz und Andere: Bravo!)

Hat der Herr Kollege Zehnter — der so oft und immer mit Nachdruck das Recht beansprucht und verlangt, daß man seinen Versicherungen Glauben schenke — hat er denn nicht das Gefühl gehabt, wie schwer er uns mit einer solchen Behauptung getroffen und beleidigt hat? (Abg. Dr. Vinz: Die Waldmichelverwüstung! Heiterkeit, Lachen beim Zentrum.)

Der Herr Abg. Zehnter hat auch das Buch von Ruffmaul „Erinnerungen eines alten Arztes“ angezogen. Ich habe dieses Buch, das von einer tiefen, ernststen Lebensauffassung und von einer stark ausgeprägten Religiosität erfüllt ist, auch in meiner Bibliothek; aber weiß denn der Herr Kollege Zehnter nicht, daß Ruffmaul, der Verfasser dieses Buches, ein sehr guter Nationalliberaler gewesen ist? (Zuruf von Zentrumseite: Freilich!) Allein die Toten läßt man gelten — den Lebenden aber will man keinen Glauben schenken! Erst muß die Majestät des Todes auf die Leute wirken, bevor Sie den Lebenden die von Ihnen selbst so oft betonte und gepredigte Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat in seiner Rede einmal mit einer gewissen innern Erregung es ausgesprochen: in Beziehung auf metaphysische Dinge habe er mit seiner Person selber genug zu tun! — und das selbe wird auch auf uns Alle zutreffen. Aber wir sind der Ueberzeugung, daß wir dereinst ebensogut wie Sie (zum Zentrum) vor dem Ewigen Richter werden bestehen können.

Und nun will ich kurz auf die in Stuttgart gehaltene Rede des Herrn Geistlichen Rats Wacker zu sprechen kommen. Ich habe hier den „Pfälzer Boten“ vor mir; der Herr Geistliche Rat Wacker hat später in einer Versammlung in Augsburg ganz anders gesprochen. Ich habe mir eine ganze Reihe von Stellen hier angezeichnet; ich habe aber das Empfinden, es seien genug Zitate vorgelesen worden, ich will es deshalb unterlassen.

Ich will nur das Eine sagen: es ist ganz merkwürdig, daß wir diese Friedensschalmei aus der schwäbischen

Hauptstadt vernahmen, daß wir aber niemals das leiseste Wort gehört haben, daß Herr Geistlicher Rat Wacker in unserem eigenen Lande Baden irgend welche Schritte getan hätte, um die Friedensworte, die er in Stuttgart sprach, in die Tat umzusetzen. Der Herr Geistliche Rat Wacker hätte bei der letzten Reichstagswahl nur seinen kleinen Finger in die Höhe heben dürfen, dann wäre Herr Bassermann Vertreter der Residenz Karlsruhe — und an Stelle des Herrn Abg. Eichhorn säße als Vertreter des Wahlkreises Pforzheim-Durlach-Etlingen der Abg. Wittum im Reichstag. (Lebhafte Heiterkeit.) Darauf können Sie sich verlassen! (Abg. Dr. Vinz: stimmt!)

Nur noch Eines will ich sagen. Der Herr Abg. Zehnter hat ferner an uns, die nationalliberale Partei, gewendet, uns zugerufen: Ihr habt und sucht das Vaterland nur dort, wo Ihr Euer Parteiinteresse findet. Ich muß auch hier wieder sagen und fragen: ob denn der Herr Abg. Zehnter kein Empfinden dafür hat, wie schwer er uns damit kränkt, haben doch wir stets, in allen Versammlungen, im ganzen Lande, in der Presse, in Parteifundgebungen betont, daß die Partei für uns kein Endzweck ist, sondern nur ein Mittel zum dem Zwecke, dem Vaterlande zu dienen; wir haben immer betont: Parteien sind vorübergehende Erscheinungen, sie entstehen und vergehen; was aber ewig währt, und was ewig wahren muß, das ist unser Vaterland, unser deutsches Volkstum! Alles was wir innerhalb unserer Partei tun und lassen — und dasselbe gestehe ich auch gerne Ihnen und Allen anderen zu — alles das betrachten wir nur unter dem Gesichtswinkel, ob es dem Vaterlande frommt, oder ob es ihm schadet.

Ich betrachte es als den größten Triumph des nationalen Gedankens seit Gründung des deutschen Reiches, daß dieser deutsch-nationale Gedanke, zuerst nur schüchtern und leise und langsam, dann immer stärker und stärker auch in diejenigen Kreise hineingedrungen ist, die vorher nichts davon gewußt haben, daß dieser deutsch-nationale Gedanke nunmehr auch schon seit längerer Zeit das Zentrum durchdränkt und belebt hat, daß auch in der Demokratie, wenn derartige Saiten anschlagen werden, wärmere Töne sich äußern — und daß sich der unwiderstehlichen Wirkung dieses nationalen Gedankens nicht einmal die Sozialdemokratie in allen Fällen zu entziehen vermag.

Ich las einmal während des letzten Wahlkampfes eine so patriotische Rede des Herrn Abg. Fehrenbach, die er, ich glaube, zu Offenburg gehalten hat. In der Freude meines Herzens, daß ein Zentrumsmann so warmherzige patriotische Töne findet, habe ich einen Teil dieser Rede der Wahlversammlung in der Festhalle in Durlach zur Kenntnis gebracht. Aber, meine Herren, und mit dem will ich schließen, den nationalen, den deutsch-nationalen Gedanken hat unsere nationalliberale Partei zuerst, seit Beginn ihrer Geschichte, am meisten, am tiefsten, am warmherzigsten gepflegt und betätigt. Dieser Ruhmes-titel kann der nationalliberalen Partei niemals geraubt werden. (Bravo.)

Präsident Dr. Wilkens unterbricht hierauf im Einverständnis mit dem Hause die Diskussion für heute und teilt noch mit, daß seitens der Petitionskommission ein vom 6. d. Mts. datierter Bericht an das Präsidium der Zweiten Kammer eingekommen sei in Betreff der Bitte des Oberpostassistenten Johannes Riemensperger in Mannheim um Unterstützung einer Petition der Reichspostbeamten in Mannheim an den Hohen Reichstag wegen Veretzung der Stadt Mannheim in die Servistklasse A. Dieser Bericht lautet folgendermaßen: „Die an den Hohen Reichstag gerichtete Petition der Mannheimer Postbeamten um Veretzung der Stadt Mannheim in die Servistklasse

A wird damit begründet, daß die Preise der Lebensbedürfnisse und der Wohnungsmieten in Mannheim mindestens eben so hoch seien, wie die einer Reihe von Städten, die schon in die Servisklasse A aufgenommen sind; sie erbitten von der Zweiten Kammer eine Unterstützung dieses Gesuchs im Sinne, daß die Großh. Regierung ersucht werde, im Bundesrat für die Einreihung der Stadt Mannheim in die Servisklasse A des Wohnungsgeldzuschußtarifs mit allen zu Gebot stehenden Mitteln einzutreten.

Der Gewährung dieses Ansuchens steht das ernste Bedenken entgegen, daß es wohl nicht angängig ist und von nicht absehbaren Folgen begleitet sein müßte, eine Reichsangelegenheit, die nur einen eng umgrenzten Kreis von Personen berührt, also eines allgemeinen Interesses entbehrt, zum Gegenstand der Beschlußfassung der badischen

Zweiten Kammer zu machen. Zudem hat es der Landtag in seiner Tagung 1902/03 anlässlich der Beratung des Gesetzes über das Wohnungsgeld ausdrücklich abgelehnt, einer Anregung Folge zu geben, die dahin ging, für die in Mannheim wohnenden Beamten im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse dieser Stadt einen weiteren Zuschlag zum Wohnungsgeld in der Höhe von 10 Proz. bzw. 7 Proz. zu gewähren.

Die Petitionskommission kommt daher zu dem Antrag, die vorliegende Petition als zur Behandlung im Plenum des Landtags nicht geeignet zu erklären.

Präsident Dr. Wilkens erklärt, daß er dem Vorschlag der Petitionskommission beistimme.

Schluß der Sitzung um 7 Uhr 25 Min. nachmittags.